Hans-Bodo Thieme

„Gegen Putzien wurde ... Schutzhaft beantragt" Leben und Wirken des Altenhundemer Pfarrers Dr. Paul Putzien in der Zeit des „Dritten Reiches"[1]

Vorbemerkung

In der Regionalliteratur ist bisher nur sehr kurz auf das Leben und Wirken des evangelischen Pfarrers von Altenhundem-Meggen, Dr. Paul Putzien, eingegangen worden. Der vormalige Direktor des Altenhundemer Gymnasiums „Maria Königin", Paul Tigges, von Haus aus Historiker, publizierte in seinem Buch „Jugendjahre unter Hitler"[2] über Putzien vornehmlich die im Kreisarchiv Olpe verwahrten Berichte der Polizei und des Landrats aus der NS-Zeit, ohne diese indes kritisch zu betrachten und auszudeuten, ohne exakte Quellenangaben zu machen, ohne die Dokumente in den zeit- und kirchengeschichtlichen Kontext zu stellen und ohne eigene Forschungsergebnisse unterbreiten zu können. Sein Text stellt mithin weitgehend eine reine, zudem unvollständige Materialsammlung dar.

Dabei ist das Wirken von Paul Putzien in der Kirchengemeinde Altenhundem-Meggen durchaus einer näheren Betrachtung wert, denn in des-

[1] Für die überaus freundliche und hilfreiche Unterstützung bei der Bearbeitung der Thematik habe ich zu danken: Anna Warkentin, Claudia Seyfried und Wolfgang Günther (Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Kirche von Westfalen, Bielefeld), Rolf Westhelle (Archiv des Kirchenkreises Lüdenscheid-Plettenberg), Jörg Endris Behrendt (Kreisarchiv Olpe), Martin Vormberg (Gemeindearchiv Kirchhundem), Jürgen Kalitzki (Stadtarchiv Lennestadt), Pfarrer Martin Behrensmeyer und Christiane Hanses (Evangelische Kirchengemeinde Lennestadt-Kirchhundem), Dr. Gerald Kreucher (Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen in Münster), dem Universitätsarchiv Bonn, Frau Martha Vogt, geb. Brill, Nichte von Aloys Heldmann (Grevenbrück), und Nachkommen von Dr. Paul Putzien. Ferner hat sich um die akribische Durchsicht des Manuskripts und die Tilgung von Fehlern mein Freund und Kollege Hans-Jürgen Dienstuhl, Olpe-Neuenkleusheim, sehr verdient gemacht. Die in einigen Zitaten vorkommenden abgekürzten Wörter Pfr. (Pfarrer), P. (Pastor), u. (und), evgl. (evangelisch) und ähnliche sind stillschweigend aufgelöst worden.

[2] Tigges, Paul: Jugendjahre unter Hitler. Auf der Suche nach einer verlorenen Zeit. Erinnerungen – Berichte – Dokumente. Iserlohn 1984, hier S. 96-103. Die in der „Geschichte Kirchhundems" (Becker, Günther/Vormberg, Martin: Kirchhundem. Geschichte des Amtes und der Gemeinde. Kirchhundem 1994) von Vormberg gemachten Angaben über Putzien (S. 357) beruhen auf dessen Auswertung einer Akte des Kreisarchivs Olpe (Nr. A 236) und einer des Gemeindearchivs Kirchhundem (Amt Kirchhundem, Teil 2, Nr. 157); so freundliche Mitteilung von Martin Vormberg.

sen Verhalten spiegelt sich geradezu der Kirchenkampf im „Dritten Reich", und es zeigt sich, wie diese innerkirchliche Auseinandersetzung insbesondere auch im abgelegenen Sauerland, sodann noch in der Diaspora und fernab der Zentren des überregional bekannten Kirchenkampfes (Barmen, Berlin-Dahlem) tendenziell zu einem auch in den politischen Raum hineinreichenden „Widerstehen" wurde. Nachforschungen in etlichen Archiven[3] förderten wichtiges Material zutage, mit dem eine Charakterisierung der Person und eine Darstellung und Kommentierung des Verhaltens Putziens in der Zeit des Nationalsozialismus und der frühen Nachkriegszeit gegeben und eine Interpretation vorgenommen werden kann.

Paul Putzien hat alle Materialien der „Bekennenden Kirche" (BK), die ihn erreichten – mithin Rundschreiben, Synodalbekanntmachungen, Mitteilungen aus verschiedenen Kirchenprovinzen und Ähnliches in zumeist hektographierter oder gedruckter Form – im Archiv der Evangelischen Kirchengemeinde Altenhundem-Meggen aufbewahrt. Es handelt sich um ein relativ umfangreiches Konvolut von Verlautbarungen der „Bekennenden Kirche".[4] Dass die Gestapo bei Putziens Verhaftung am 18. Oktober 1939 Unterlagen beschlagnahmt hat, ist möglich, aber nicht nachzuweisen.

Im Protokollbuch der Kirchengemeinde spiegelt sich der Kirchenkampf nicht wider. Wohl aus Vorsicht hat Putzien vermieden, das Presbyterium nachweisbar in die kirchenpolitischen Auseinandersetzungen einzubeziehen und dies auch noch zu protokollieren.[5] Persönliche Unterlagen, die über Putziens Ergehen in der Zeit des „Dritten Reiches" Auskunft geben könnten, existieren nicht, auch keine Mitteilungen zu Vorgängen in der Kirchengemeinde. Abkündigungsbücher aus jener Zeit, mitunter ergiebige Quellen, sind ebenfalls nicht vorhanden. Über seine Haftzeit hat Putzien nach Aussage seiner Ehefrau und seiner engsten Mitarbeiterin, der Gemeindeschwester Elsa Mann[6], keinen Bericht gege-

3 Folgende Archive wurden aufgesucht, oder es wurden von ihnen Informationen eingeholt: Kreisarchiv Olpe (KAO); Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Kirche von Westfalen (LkA EKvW); Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland (LkA EKiR); Landesarchiv NRW Abteilung Westfalen in Münster (LA); Gemeindearchiv Kirchhundem (GAK); Archiv der Evangelischen Kirchengemeinde Lennestadt-Kirchhundem (früher: Altenhundem-Meggen) (ALK); Hauptarchiv der von Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel (HA Bethel); Landeskirchenarchiv der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens in Dresden (LkA Sa); Archiv des Kirchenkreises Lüdenscheid-Plettenberg (AKLP); Stadtarchiv Lennestadt; Universitätsarchiv Bonn (UAB).

4 ALK Nr. 195 bis 202, 206, 210.

5 So heißt es im Protokollbuch des Presbyteriums vom 24.1.1936 unter Punkt 4 (Die kirchliche Lage) lediglich: „kirchliche Lage wird besprochen"; s. ALK Nr. 144. Protokollbuch S. 133.

6 *1902 Falkenau, jetzt Flöha (Sachsen). 1926 Aufnahme in die Diakonissenanstalt Sarepta (Bethel). 1930 bis 1948 Gemeindeschwester in der Kirchengemeinde Alten-

ben.[7] Möglicherweise musste er sich bei seiner Entlassung zum Stillschweigen verpflichten.

Von Bedeutung ist die von Putzien 1955 als Typoskript verfasste „Geschichte einer hundertjährigen Diasporagemeinde des Sauerlandes [Altenhundem-Meggen]".[8] Auf einige Ausführungen Putziens in dieser „Geschichte" wird später einzugehen sein – wie auch auf einige Predigten, die erhalten sind.[9]

Paul Putziens Werdegang bis 1932

Gustav Rudolf Paul Putzien wurde am 16. November 1888 in Krauleidehlen bei Tilsit (Ostpreußen) als Sohn des Gutsbesitzers Eugen Putzien und dessen Ehefrau (und Cousine) Helene geb. Putzien geboren.[10] Vom sechsten bis zum zehnten Lebensjahr wurde er von einem Hauslehrer unterrichtet, besuchte danach das Realgymnasium in Tilsit und legte dort am 28. Februar 1910 das Abitur ab. Danach studierte er ab dem Sommersemester 1910 für vier Jahre Romanische Philologie, vergleichende Sprachwissenschaft, Philosophie und Religionswissenschaft in Berlin, danach im Sommersemester 1914 in Wien. Eingezogen am 19. Dezember 1914, leistete er Kriegsdienst bis zum 25. November 1918. Wegen seiner Fremdsprachenkenntnisse fand er zuletzt als Übersetzer bei der Obersten Heeres-

hundem-Meggen. 30.4.1948 aus der Diakonissenanstalt ausgetreten (freundliche Mitteilung des Hauptarchivs Bethel vom 8.1.2016). Am 2.2.1949 Verehelichung mit Vikar Harry Körner (freundliche Mitteilung LkA Sa, Bestand 2, Nr. 3701). †1998 Arnsberg (freundliche Mitteilung des Standesamtes Flöha).

7 So Pastor Möllhoff an Vf., 30.6.1997. Privatbesitz des Vfs.

8 Putzien, Paul: Geschichte einer hundertjährigen Diasporagemeinde des Sauerlandes [Altenhundem-Meggen]. Maschinenschriftlich, 44 Seiten. Meschede 1955 [Gemeindegeschichte]. Bibliographisch sind zwei Exemplare nachzuweisen – in der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund und im Evangelisch-Theologischen Seminar der Universität Münster. In diese „Geschichte" hat Putzien den von ihm 1938 verfassten Beitrag für das vom Olper Landrat Dr. Herbert Evers herausgegebene „Handbuch des Kreises Olpe" [Loseblatt-Sammlung. Bd. I-III. Olpe 1937-1939] mit dem Titel „Geschichte der evangelischen Kirchengemeinde Altenhundem-Meggen" [Band I, Abschnitt I, Abt. V 3a] eingearbeitet.

9 Dr. Putziens Amtsnachfolger, Pfarrer Richard Möllhoff, hat vier der Predigten ermittelt und sie 1998 dem Vf. in Kopie überlassen. Die fünfte Predigt ist im Archiv der Kirchengemeinde Lennestadt-Kirchhundem zu finden, s. ALK Nr. 1.

10 Die Angaben zu Putziens Lebenslauf nach: Bauks, Friedrich Wilhelm: Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945 (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte 4). Bielefeld 1980. Nr. 4880. S. ferner: Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung: http://bbf.dipf.de/hans/lek/lek-0055/lek-0055-0542.jpg und http://bbf.dipf.de/kataloge/archivdatenbank/digiakt.pl?id=p174270 – hier die Personaldaten und der Putzien betreffende Personalbogen. Seine Erziehung durch einen Hauslehrer erwähnt er bei seiner Vernehmung durch die Gestapo in Dortmund am 19.10.1939, s. KAO A 3706. Vernehmungsprotokoll der Gestapo vom 19.10.1939, Kopie für den Landrat in Olpe.

leitung Verwendung. Nach dem Krieg setzte Putzien sein Studium von Juni 1919 bis Ostern 1921 in Bonn fort und belegte unter anderem Sanskrit, Altspanisch, Umbrisch und verschiedene romanistische Veranstaltungen.[11] Bereits am 7. November 1919 wurde er an der Bonner Universität mit einer sprachwissenschaftlichen Arbeit bei Professor Dr. Wilhelm Meyer-Lübke, dem führenden Romanisten seiner Zeit, zum Dr. phil. promoviert.[12] Am 15. Juli 1921 bestand Putzien in Bonn sodann die erste Lehramtsprüfung für den höheren Schuldienst und wurde am 1. Oktober 1921 in Bonn Studienreferendar, ein Jahr später Studienassessor. Ausweislich der Angaben auf seinem „Personalbogen" und seiner „Personalkarte" besaß er die Lehrbefähigung in der 1. Stufe für Französisch und philosophische Propädeutik, in der 2. Stufe für Latein, Italienisch und Spanisch. Später traten noch die Fächer (evangelische) Religionslehre und Hebräisch hinzu.

Putzien muss ein primär wissenschaftsorientierter Akademiker gewesen sein und eine ausgesprochene Sprachbegabung, ein umfangreiches Wissen, eine schnelle Auffassungsgabe und ein sehr gutes Lernvermögen besessen haben, zumal er während seiner Referendar- und Assessorenzeit noch ein Theologiestudium in Bonn aufnahm[13] und dieses vor dem Koblenzer Konsistorium mit der 1. Theologischen Prüfung Ostern 1924 abschloss. Er quittierte sodann den Schuldienst, wurde Vikar in Solingen, legte Ostern 1925 das 2. Theologische Examen ab und wurde in diesem Jahr auch ordiniert. Nach einer vierjährigen Tätigkeit als Krankenhausgeistlicher in Köln bekam er im November 1929 eine erste Pfarrstelle in Gelsenkirchen-Rotthausen übertragen. 1932 wechselte er nach Altenhundem.

An dieser Stelle ist die Frage nach den Gründen für die berufliche Umorientierung Putziens hin zum Pfarrberuf zu stellen – sie ist aber schlechterdings nicht zu beantworten. Allenfalls sprechen einige Indizien dafür, dass Putzien glaubte, sich den schulimmanenten Schwierigkeiten und Friktionen nicht stellen zu sollen, und er meinte wohl, dem bürokra-

[11] Mitteilung UAB an Vf. vom 9.9.2015: Belegungsbögen WS 1919/1920; SS 1920; WS 1920/1921; SS 1921.

[12] Die Dissertation ist bibliographisch nicht nachzuweisen. Putzien vermerkt handschriftlich auf seinem Personalbogen: „Doktorarbeit: Das Apennino-Balkanische (vor der Drucklegung)". Im Promotionsalbum der Universität wird die Dissertation mit dem angegebenen Titel aufgeführt; s. Mitteilung UAB an Vf. vom 9.9.2015.

[13] Im Wintersemester 1923/1924 belegte Putzien laut Belegungsbogen sechs theologische Vorlesungen: Amos, Psalmen, Praktische Theologie II, Kirchengeschichte II, Neutestamentliche Theologie, Homiletisches Seminar. Weitere Belegungsbögen aus der Theologischen Fakultät Bonn konnten nicht ermittelt werden; so Mitteilung UAB an Vf. vom 9.9.2015.

tisch-pädagogischen Prokrustesbett eines reglementierten Schulbetriebes nichts abgewinnen zu können.[14]

Die Kirchengemeinde Altenhundem-Meggen und ihr Umfeld

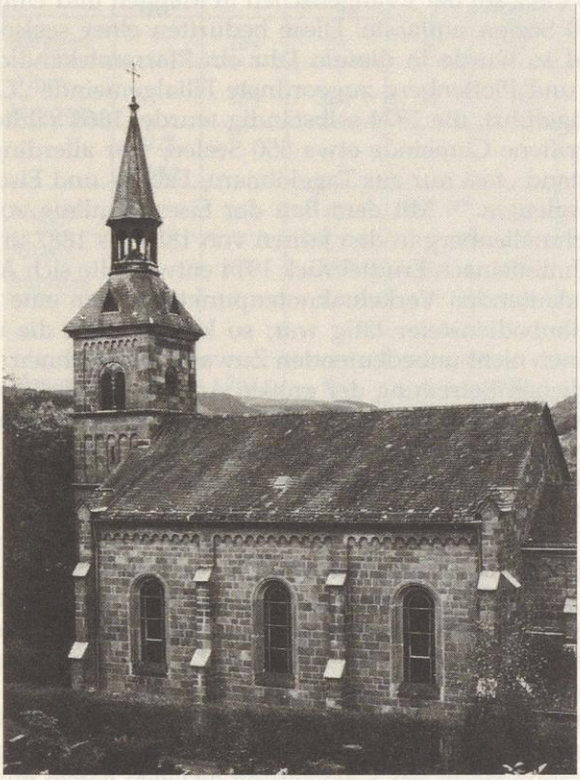


Abb. 1: Evangelische Kirche Altenhundem (um 1950)
Archiv der Evangelischen Kirchengemeinde Lennestadt-Kirchhundem, Fotograf unbekannt

Eine nennenswerte Anzahl Evangelischer im Bereich der späteren Kirchengemeinde Altenhundem-Meggen hat es erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts gegeben. Der Bau der Ruhr-Sieg-Eisenbahn, der damit verbun-

[14] Putziens pädagogische Schwierigkeiten im von ihm erteilten Religionsunterricht im Lüdenscheider Zeppelin-Gymnasium im Jahr 1950/1951 könnten darauf hindeuten. Er musste seine Unterrichtstätigkeit beenden; s. AKLP Nr. C 1,3; dem Schreiben von Superintendent Köllner an Präses Wilm vom 14.5.1955 zu entnehmen.

dene Aufschwung der Eisenindustrie und die bergmännisch betriebene Schwefelkiesgewinnung in Meggen brachten einen stärkeren Zuzug von Menschen evangelischen Bekenntnisses – darunter auch solchen mit einem ausgeprägt pietistischen Frömmigkeitsprofil, die sich zu einer „Evangelischen Gemeinschaft" innerhalb der Kirchengemeinde formierten – aus dem Kreis Siegen, aus Wittgenstein und aus Hessen-Nassau mit sich, so dass die Zahl der Evangelischen in Meggen und Umgebung 1858 mehr als 200 Seelen umfasste. Diese bedurften einer seelsorglichen Betreuung, und so wurde in diesem Jahr ein Pfarramtskandidat in die so bezeichnete und Plettenberg zugeordnete Filialgemeinde „Grevenbrück-Meggen" eingeführt, die 1874 selbständig wurde. 1864 zählte die im Zunehmen begriffene Gemeinde etwa 550 Seelen, war allerdings sehr arm, denn sie bestand „fast nur aus Tagelöhnern, Fabrik- und Eisenbahnarbeitern und Bergleuten."[15] Mit dem Bau der Eisenbahnlinie von Altenhundem nach Schmallenberg in den Jahren von 1885 bis 1887 und der Eröffnung der Bahnlinie nach Erndtebrück 1914 entwickelte sich Altenhundem zu einem bedeutenden Verkehrsknotenpunkt, an dem eine größere Anzahl Eisenbahnbediensteter tätig war; so konnte auch die evangelische Gemeinde einen nicht unbedeutenden Zuwachs verzeichnen.

Der geistlichen Betreuung der großen Anzahl in Fabriken und sonstigen Betrieben Beschäftigter wurde 1919 durch die Gründung eines evangelischen Arbeitervereins Rechnung getragen, der in diesem Jahr über 100 Mitglieder aufwies. Dieser kirchliche Arbeiterverein überstand die Zeit des „Dritten Reiches" unter der Bezeichnung „Evangelischer Männerdienst" und zählte Anfang der 1950er Jahre immerhin noch 60 Mitglieder.[16] Als Aufgabe hatte sich dieser Verein gestellt, „die Männer der Gemeinde auf glaubensmäßiger Grundlage zu sammeln [und] ihnen das nötige Rüstzeug [...] zu vermitteln, durch das sie dann in den Stand gesetzt wurden, in der Fabrik oder sonst auf der Arbeitsstätte den Gegnern des christlichen Glaubens entgegenzutreten".[17]

Diese Formulierung lässt erkennen, dass es im Altenhundem-Meggener Gebiet erhebliche soziale, politische und damit einhergehend auch religiöse Spannungen in der Bevölkerung gegeben haben muss. Ein Blick auf die Wahlresultate (aufgeführt sind die abgegebenen Stimmen[18]) am Ende der Weimarer Zeit offenbart eine geradezu signifikant zunehmende

15 So die Gemeinde in einem Bericht aus dem Jahr 1864 an die Gustav-Adolf-Stiftung in Westfalen. Abgedruckt in: Evangelische Diaspora in Westfalen. Coesfeld 1998. S. 283.

16 Putzien, Gemeindegeschichte S. 14.

17 A.a.O., S. 13.

18 Wahlresultate nach den Angaben im „Sauerländischen Volksblatt" vom 16.9.1930, 1./2.8.1932 und 6.3.1933; für die Reichspräsidentenwahl: „Sauerländisches Volksblatt" vom 14.3.1932 und 11.4.1932. Die Abkürzungen bedeuten: DNVP – Deutschnationale Volkspartei (konservativ), DVP – Deutsche Volkspartei (demokratisch, bürgerlich), Zentrum (katholische Partei).

Schwäche demokratischer – abgesehen von der katholisch orientierten Zentrumspartei – und zugleich eine Zunahme radikaler Parteien (NSDAP, KPD). Meggen war seither eine Hochburg der KPD, bedingt durch den Bergbau.

Reichstagswahl		**14.9. 1930**	**SPD**	**DNVP**	**DVP**	**Zentrum**	**KPD**	**NSDAP**
	Meggen		184	54	40	347	295	55
	Altenhundem		104	219	32	1187	36	96
Reichstagswahl		**31.7. 1932**						
	Meggen		344	62	2	485	352	201
	Altenhundem		97	135	6	1397	103	306
Reichstagswahl		**5.3. 1933**						
	Meggen		262	50	6	582	337	320
	Altenhundem		70	99	8	1510	78	448
Reichspräsidentenwahl		**13.3. 1932**	**Hindenburg**		**Hitler**		**Thälmann**	
	Meggen		935		114		361	
	Altenhundem		1505		249		98	
	Meggen		991		189		263	
	Altenhundem		1593		329		72	

Ergebnisse der Reichstags- und Reichspräsidentenwahlen 1930–1933

Aus Meggen stammte auch der nach dem Zweiten Weltkrieg im sächsischen Steinkohlebergbau tätige Adolf Hennecke, der 1948 in einer minutiös vorbereiteten Sonderschicht seine Arbeitsnorm mit unrealistischen 387 Prozent erfüllt hatte und auf diese Weise durch hohe Normvorgaben die Ausbeutung der Bevölkerung durch das neue sowjetdeutsche Regime einleitete und legitimierte.[19]

[19] Leo, Anette/Wiehlgohs, Jan: [Art.] Hennecke, Adolf, in: Müller-Enbergs, Helmut/Wielgohs, Jan/Hoffmann, Dieter (Hgg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographi-

Erst 1927 wurde die flächenmäßig sehr große Kirchengemeinde geteilt, und zwar in die Evangelischen Kirchengemeinden Grevenbrück und Altenhundem-Meggen; beide mit je einer eigenen Pfarrstelle.[20] In diesem Jahr betrug die Zahl der Gemeindeglieder in der Kirchengemeinde Altenhundem-Meggen 1.450 Seelen,[21] und bei dieser Anzahl verblieb es in etwa auch in den nächsten zehn Jahren. Der „Gemeinde- und Pfarralmanach für die Kirchenprovinz Westfalen"[22] vermeldete nach dem Stand vom 1. Oktober 1937 für den Bereich dieser Kirchengemeinde (auf einer Fläche von 180 qkm) eine Gesamtzahl von 20.940 Einwohnern, davon 1.420 Evangelische. Für Kirchhundem (mit Altenhundem) wurden 7.880 Einwohner mit 800 Evangelischen, für Meggen (mit Teil von Elspe) 7.030 Einwohner bei 520 Protestanten genannt.

Der evangelische Bevölkerungsanteil hat sich auch zu dieser Zeit vornehmlich aus Bergleuten, Fabrikarbeitern und Bahnpersonal zusammengesetzt. Andere Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes waren – anders als in der Kreisstadt Olpe mit einer Vielzahl von Behörden – nicht besonders zahlreich vertreten. Lediglich einige Gendarmeriebeamte zählten bis Ende der 1930er Jahre noch zur Gemeinde, bis sich die meisten von ihnen aus Gründen der Opportunität zum Kirchenaustritt und zur Annahme der (nationalsozialistischen) Religionsbezeichnung „gottgläubig" entschlossen.[23]

Dr. Paul Putzien wird Pfarrer in Altenhundem-Meggen

Zum 30. Juni 1932 wurde der seit 1914 in Grevenbrück-Meggen amtierende Pfarrer Wilhelm Hoos emeritiert.[24] Nach Maßgabe der zuständigen Kirchenbehörde, des Evangelischen Konsistoriums in Münster, sollte die Besetzung der Pfarrstelle (bei bestehendem kirchenbehördlichem Besetzungsrecht) im Zuge einer sogenannten „Gemeindewahl" erfolgen. Auf der Einladungsliste zur Pfarrwahl finden sich 31 mit eigenhändiger Un-

sches Lexikon (Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung). Bonn 2001. S. 336f.

20 Murken, Jens: Die evangelischen Gemeinden in Westfalen. Band 1 (Ahaus – Hüsten). Bielefeld 2008, hier: Evangelische Kirchengemeinde Grevenbrück. S. 710-713.

21 Verzeichnis der evangelischen Kirchengemeinden und Geistlichen in der Provinz Westfalen. Münster [1927]. S. 38.

22 Gemeinde- und Pfarralmanach für die Kirchenprovinz Westfalen. Münster 1937. S. 115.

23 Die folgenden Gendarmeriebeamten erklärten (teilweise samt Familienangehörigen) ihren Austritt aus der evangelischen Kirche: Gendarmerieobermeister Wilhelm Niemeyer, Altenhundem, und Gendarmeriemeister Adolf Beckmann, Kirchhundem, am 1.3.1937, Gendarmeriemeister George[!] Weissmüller, Altenhundem, am 21.1.1938, und Gendarmeriewachtmeister Franz Gonther, Maumke, am 5.5.1938; s. ALK Nr. 186. Austrittsmeldungen des Amtsgerichtes an die Kirchengemeinde.

24 *1874 Wenigenhausen, †1952 Bonn; s. Bauks, Pfarrer Nr. 2806.

terschrift quittierte Namen der Mitglieder des Presbyteriums und der sogenannten Größeren Gemeindevertretung, die am 28. August 1932 einstimmig (bei Abwesenheit dreier Stimmberechtigter) Dr. Putzien zum neuen Pfarrer der Gemeinde wählten.[25]

Im streng katholisch orientierten „Sauerländischen Volksblatt" vom 26. Oktober 1932 findet sich ein sehr ausführlicher und blumiger Bericht über Putziens Eintreffen in Altenhundem am Dienstag, 18. Oktober:

> „Bei seinem Eintreffen bereitete ihm die Gemeinde einen würdigen Empfang. Die Schulkinder und zahlreich versammelte Gemeindeglieder entboten dem neuen Pfarrer den ersten Gruß. [...] Unter feierlichem Glockengeläut durchschritt der Pfarrer die langen Reihen der spalierbildenden Fackelträger und begab sich mit seiner Begleitung in das reich geschmückte und illuminierte Pfarrhaus. [...] Der Kirchenchor, der Männergesangverein Altenhundem-Meggen und der Gemischte Chor der Ev[an]g[e]l[ischen] Gemeinschaft begleiteten durch vorzüglich vorgetragene gesangliche Darbietungen Empfang und Einzug des Pfarrers."

Die Einführung Putziens fand dann am Sonntag, dem 23. Oktober 1932, durch den zuständigen Lüdenscheider Superintendenten Karl Turck[26] in einem Gottesdienst statt. Zu der nachmittäglichen „würdevolle[n] Festfeier" im großen Saal der Altenhundemer Schützenhalle hatten sich – zumindest berichtete die Zeitung dies – über 700 Teilnehmer eingefunden, die sich nach den obligatorischen Ansprachen von Superintendent Turck, dem Olper Landrat Wening, dem katholischen Ortspfarrer Brisgen und fünf weiterer Honoratioren „dem von den Mitgliedern des Frauenvereins in anerkennenswerterweise bereiteten Kaffeetisch" widmen konnten.

Der Zeitungsbericht fasste die Veranstaltung wie folgt zusammen:

> „In bewegten Worten kam das tiefe Sehnen nach einem harmonischen Zusammenstehen von Gemeinde und Pfarrer, das Verlangen nach einem Leben in Glauben und im Vertrauen zu Gott unserem Lebenshort und sicheren Beschützer, in gefahrvoller Zeit zum Ausdruck."

Es sollten nur wenige Monate vergehen, bis offenbar wurde, dass alle guten Wünsche und alles „tiefe Sehnen" sich als Trugbilder erweisen sollten. Die Nationalsozialisten ergriffen die Macht, die „Deutschen Christen" suchten die evangelische Kirche zu erobern, der „Kirchenkampf" begann und war bis in die Kirchengemeinde Altenhundem-Meggen vernehmbar. Für Pfarrer Putzien und dessen Frau (mit seinerzeit noch zwei Kindern) begann eine schwere Zeit.

[25] AKLP Nr. C 2,6.

[26] *1863 Valbert, †1938 Partenkirchen. Superintendent des Kirchenkreises Lüdenscheid 1923–1933; s. Bauks, Pfarrer Nr. 6402.

Putziens politische und theologische Einstellung

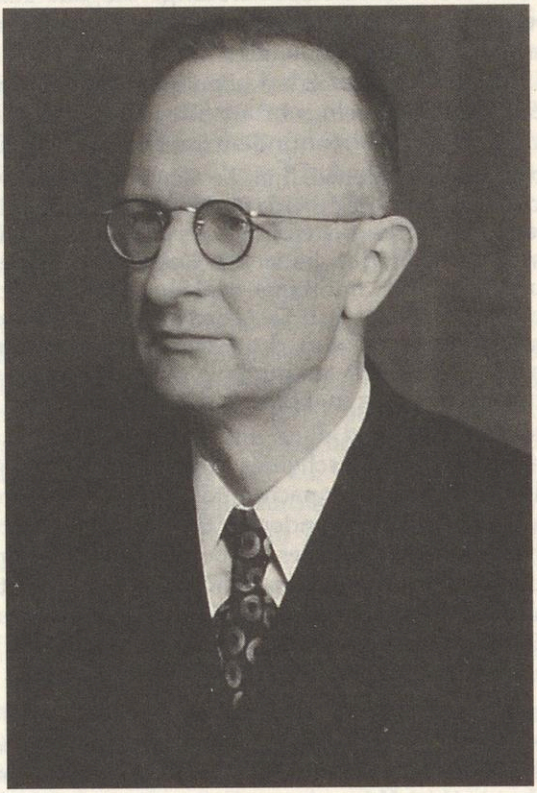


Abb. 2: Dr. Paul Putzien 1942
Passfoto, Fotograf unbekannt, Repro Hans-Bodo Thieme
Gemeindearchiv Kirchhundem, Amt Kirchhundem Teil 2, Nr. 176

Über Putziens politische Einstellung kann wenig gesagt werden. Zu politischen (nicht: kirchenpolitischen!) Geschehnissen hat er sich nur höchst zurückhaltend oder allenfalls verklausuliert geäußert, sieht man einmal von unbedachten Worten im Konfirmandenunterricht ab, die ihn 1939 ins Dortmunder Gestapo-Gefängnis bringen sollten. Kirchenpolitische Positionierungen hat er indes sehr vernehmlich vorgenommen. Auf sie wird an späterer Stelle näher einzugehen sein.

Von seiner Grundstruktur her muss Putzien gemäßigt konservativ, das heißt nationalprotestantisch eingestellt gewesen sein, so wie es bei der erdrückenden Mehrheit der evangelischen Pfarrer vor und nach dem Ersten Weltkrieg der Fall war. Dabei war Putzien, der aus gutbürgerli-

chen Kreisen stammte, durchaus nicht unkritisch. Mit Blick auf die Erfordernisse des (Ersten) Weltkriegs notierte er in der „Gemeindegeschichte":

> „Der Krieg 1914/[19]18 stellte auch an die Gemeinde Grevenbrück-Meggen erhöhte Anforderungen. Die Einschränkungen, die der Krieg brachte, wurden willig und geduldig getragen. Das ist selbstverständlich und braucht nicht weiter betont zu werden. Die drei Glocken, die zum Gottesdienst läuteten, wurden geopfert."[27]

Mit Blick auf die Niederlage von 1918 schrieb er in der „Gemeindegeschichte":

> „Leider waren alle Opfer, menschlich betrachtet, vergeblich gebracht. Der erste Weltkrieg ging verloren; die Revolution 1918 traf unser Volk schwer und wirkte sich verhängnisvoll auch für die Kirche aus."[28]

Andererseits besaß Putzien aber auch einen klaren Blick hinsichtlich des problematischen landesherrlichen Kirchenregiments:

> „Es liegt ja auch klar zutage, daß die evangelische Kirche, die jahrhundertelang bis zum Jahre 1918 und bis zur Abdankung der bisher mit der Kirche enge verbundenen Monarchie Staatskirche war, durch diese Bindung an irdische Mächte in ihren Lebensäußerungen stark gehemmt war und in ihrer äußeren Erscheinung vielfach den Eindruck einer erstarrten Organisation machte."[29]

Mit dieser durchaus zutreffenden Analyse war indes nun nicht ein politisches oder ethisches Bekenntnis zu einem parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaat und zu gesellschaftlichem Pluralismus verbunden. Putzien wollte einen „starken Staat". Anders ist nicht zu erklären, dass er bei seiner Vernehmung am 19. Oktober 1939 durch die Gestapo in Dortmund erklärte:

> „Vor der Machtübernahme habe ich keiner Partei als Mitglied angehört. An den Wahlen habe ich mich stets beteiligt, ich habe meine Stimme stets dem Führer gegeben."[30]

Die Vermutung, Putzien habe hier aus durchsichtigen Gründen bewusst die Unwahrheit gesagt, trifft keinesfalls zu. Er hat in dieser Vernehmung andere und ihn sehr belastende Vorhaltungen durchaus bestätigt. Mit der Aussage, Hitler gewählt zu haben, stand Putzien nicht allein. Von Pfarrer Martin Niemöller,[31] einem der führenden Köpfe der „Bekennenden Kirche" (BK) und bis Kriegsende Häftling im Konzentrationslager Dachau, ist bekannt, dass er seit 1924 nationalsozialistisch gewählt und 1933 den

[27] Putzien, Gemeindegeschichte S. 12.
[28] Ebd.
[29] A.a.O., S. 15f.
[30] KAO A 3706. Vernehmungsprotokoll der Gestapo vom 19.10.1939, Kopie für den Landrat in Olpe. Ohne Eingangsdatum.
[31] *1892 Lippstadt, †1984 Wiesbaden. 1933 Gründer des Pfarrernotbundes; s. Bauks, Pfarrer Nr. 4508.

„Führerstaat" begrüßt hat. Sein Bruder Wilhelm Niemöller,[32] ebenfalls Pfarrer und entschiedener Vertreter der BK, war „alter Kämpfer" und bereits 1923 der NSDAP beigetreten.

Die politisch-theologische Grundüberzeugung dieser Pfarrergeneration, zu der die Brüder Niemöller wie auch Putzien gehörten, lässt sich zutreffend mit den Worten aus einer Predigt des kurmärkischen Generalsuperintendenten D. Otto Dibelius[33] charakterisieren, die dieser in der Potsdamer Nikolaikirche am 21. März 1933 anlässlich der Reichstagseröffnung gehalten hat:

> „Neue Entscheidungen, neue Orientierungen, Wandlungen und Umwälzungen bedeuten immer den Sieg des einen über den anderen. Und wenn es um Leben und um Sterben der Nation geht, dann muß die staatliche Macht kraftvoll und durchgreifend eingesetzt werden [...] Ist die Ordnung hergestellt, so müssen Gerechtigkeit und Liebe wieder walten, damit jeder, der ehrlichen Willens ist, seines Volkes froh sein kann."[34]

Diese Pfarrergeneration wusste sich in einer heute nicht mehr nachvollziehbaren Weise an die deutsche Nation gewiesen und zum Dienst am eigenen Volk aufgerufen, so dass sich Martin Niemöller, als der Zweite Weltkrieg begann, als ehemaliger U-Boot-Kommandant und Freikorpskämpfer aus der KZ-Haft heraus aus vaterländischem Pflichtbewusstsein freiwillig zur Kriegsmarine meldete; dies wurde aber von höherer Stelle selbstredend abgelehnt. Und auch Putzien – folgt man den Angaben seiner Frau im November 1939 gegenüber dem Landrat nach der Verhaftung ihres Mannes – konnte sich vorstellen, „dass er im Kriege wi[e]derum seinen Dienst wahrscheinlich zur Verfügung stellen könnte, dass man ihn als Dolmetscher [...] auch jetzt wieder gebrauchen könnte".[35]

Dieses nationale Gewiesensein an Volk und Vaterland können wir auch bei Putzien selbst belegen.

In einer nicht datierten Predigt über Johannes 15,1-8[36] – sie muss in den ersten Jahren des Zweiten Weltkriegs gehalten worden sein – findet sich folgende Sequenz:

> „Wir sind ja jetzt in der Kriegszeit. Wohl in allen Häusern sind die Gedanken bei denjenigen, die draußen in der Ferne den Frontdienst tun. Jedes Kriegsjahr ist in besonderer Weise ein Gottesjahr. Gott will uns in dem

32 *1898 Lippstadt, †1983 Bielefeld; s. Bauks, Pfarrer Nr. 4510.

33 *1880 Berlin, †1967 Berlin; s. Braun, Hannelore/Grünzinger, Gertraud (Bearbb.): Personenlexikon zum deutschen Protestantismus 1919–1949 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte A 12). Göttingen 2006. S. 58.

34 Zitiert nach: Becker, Ruth/Becker, Josef (Hgg.): Hitlers Machtergreifung 1933. Dokumente zum Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933. München 1983. S. 157.

35 KAO A 3706. Aktennotiz vom 1.11.1939 mit Weitergabevermerk an die Gestapo Dortmund.

36 Sogenannte „Weinstockperikope": „Ich bin der wahre Weinstock und mein Vater der Weingärtner".

> Sturm und Drang unserer Zeit in besonderer Weise nahe sein und uns zu sich ziehen. Das ist der letzte Sinn, den der Krieg hat, der tiefste Sinn von Gott her."[37]

Putzien konnte also dem Krieg immer noch positive Seiten abgewinnen. Kriegsdienst, Fronterlebnis und Gottesnähe waren Korrelate, zumindest widersprachen sie einander nicht. Damit bewegte sich Putzien theologisch in den Begründungsmustern, die schon im Ersten Weltkrieg Verwendung gefunden hatten. Ihm war folglich in jenen Jahren (es mag 1940 oder 1941 gewesen sein) noch nicht die Absurdität des Krieges klargeworden – und auch nicht die Verantwortlichkeit eines verbrecherischen Systems für diesen Krieg.

Anders sieht es mit einer Sequenz aus, die sich in einer ebenfalls undatierten Predigt über die Austreibung der Wechsler aus dem Tempel (Johannes 2,13-17) findet, die Putzien höchstwahrscheinlich zum Reformationsfest 1944 gehalten hat:

> „Gewiß, uns bewegen angesichts der Weltereignisse andere Fragen, uns bewegt nicht die Frage [...]: ‚Wie bekomme ich einen gnädigen Gott?' [...] War damals die Frage der Sündenvergebung im Mittelpunkt des Fragens und Suchens, so steht in unseren Tagen die Frage nach dem Sinn der Weltgeschichte im Vordergrund. Angesichts des apokalyptischen, d[as] h[eißt] endgeschichtlichen Grauens, das durch den alle Ausmaße überschreitenden gegenwärtigen Krieges[!] über die ganze Welt geht, entzweiten sich damals die Menschen wegen des Verständnisses um die Wahrheiten des Evangeliums. So tritt heute in unseren Tagen zwischen uns die Frage: ‚Welches doch der Sinn des Menschenlebens in der Geschichte, in dem Weltgeschehen unserer Zeit ist'".[38]

Was uns in diesen Worten begegnet, ist schlechthin die Befürchtung eines über die Welt hereinbrechenden endzeitlichen Chaos, einer apokalyptischen Katastrophe, in welcher entfesselte Dämonen ihre Brutalität austoben und alles dem Nichts überantworten wollen. Putzien sprach diese erschreckenden Worte just zu der Zeit, als die Sowjetarmee seine ostpreußische Heimat eroberte und heftigste Kämpfe um Ostpreußen und Kurland geführt wurden (zweite Kurlandschlacht). Er schien angesichts dieses Befundes zu verzweifeln und stellte, ohne sie beantworten zu können, die Frage nach dem Sinn des Lebens und der Geschichte. Hier wurde der Krieg nicht mehr als „Heimsuchung" gesehen wie noch Jahre zuvor, hier begegnet uns in den Worten Putziens der „Horror vacui", hier traf Putzien auf die apokalyptischen Reiter.

Mit sehr vorsichtigen und bedächtigen, keineswegs vollmundigen Worten wagte dann der Prediger, sich des Zuspruchs des Evangeliums zu vergewissern: „Da kann uns vielleicht auch unser Evangelium wenigstens

[37] Kopie der maschinenschriftlichen Predigt beim Vf., Original verschollen. Vf. hat die Kopie von Pastor Möllhoff erhalten.
[38] Ebd.

in etwa helfen, so wie es uns Jesus Christus aufzeigt". Und er erinnerte daran mit den Schlussworten: „Jesus Christus gestern und heute und derselbe auch in Ewigkeit."[39]

Putziens verstörende und von Zweifel und Sinnverlust zeugende Predigtpassage stand weder im Zusammenhang mit dem Perikopentext noch mit Inhalt und Duktus der Predigt. Bei der Konzipierung seines Manuskripts war ihm wohl unvermittelt und erschreckend klargeworden, wie das gegenwärtige Weltgeschehen sich immer schneller auf einen Abgrund hin bewegte, wie das Schicksal von Völkern verspielt wurde und eine Unheilsgeschichte Raum gewann. Mit diesen Worten sprach der Prediger nicht nur zu seiner Gemeinde, sondern auch und vor allem zu sich selbst.

Beim Versuch einer konfessionellen Standortbestimmung Putziens im Kaleidoskop der unterschiedlichen protestantischen Strömungen sind wir auf Vermutungen angewiesen, die allerdings gut begründet sind. Von Hause aus lutherisch erzogen und aufgewachsen,[40] scheint er diese Prägung zeit seines Lebens behalten zu haben. Damit korreliert auch seine unbedingte Hochschätzung Luthers und des Reformationsgeschehens, wie es in seiner bereits erwähnten Reformationspredigt zum Ausdruck kam. Ferner haben nach Angaben seines Amtsnachfolgers Richard Möllhoff[41] seinerzeitige Mitarbeiterinnen in der Gemeinde ihrem Pfarrer ein „großes Interesse an liturgischen Fragen" bescheinigt –[42] was als ein weiterer Hinweis auf Putziens lutherische Orientierung gewertet werden mag. Dass er indes kein „ultraorthodoxer" Lutheraner war, zeigt seine Sympathie für den evangelisch-reformierten Bonner Theologieprofessor und „Vordenker" des Kirchenkampfes Karl Barth.[43] In ihm sah er Gott am Werke und schrieb:

> „Was wäre, um nur ein Beispiel aus der jüngsten Kirchengeschichte zu nennen, die Bekennende Kirche ab 1933 ohne Karl Barth, den Theologen seltenen Formats, gewesen, der ihr in prophetischer Weise den Weg wies?"[44]

Geradezu anrührend ist, dass sich bei den Archivalien der Altenhundemer Kirchengemeinde eine Predigt Karl Barths befindet, die dieser 1941 zur Beerdigung seines Sohnes Matthias, der in den Schweizer Bergen abgestürzt war, selbst gehalten hat. Diese Predigt muss Putzien wichtig

39 Ebd.

40 So die Angabe seiner Tochter, Frau Dorothea Jens, Lüdenscheid, im Gespräch mit dem Vf. am 21.9.2015.

41 *1923 Neuenrade, †2005 Neuenrade. Freundliche Mitteilung LkA EKvW vom 29.10.2015.

42 Pfarrer Möllhoff an Vf. vom 4.5.1997.

43 *1886 Basel, †1968 Basel. Professor in Bonn und Basel, eine der theologischen Führungsgestalten der BK.

44 Putzien, Gemeindegeschichte S. 19f.

gewesen und zu seinen Zeiten in die Akten gelangt sein. Sie trägt keine Verfasserangabe und ist als maschinenschriftliche Kopie gefertigt worden.[45]

Zu den erhalten gebliebenen Predigten Putziens ist anzumerken, dass zwei von ihnen (wie bereits beschrieben) in die Zeit des „Dritten Reiches" zu datieren sind. Eine Predigt (Markus 10,13-16 – Die Segnung der Kinder) ist zeitlich nicht einzuordnen, eine weitere aus dem Sommer 1932 war die Probepredigt zu 1. Petrus 5,7, mit der Putzien sich der Altenhundemer Gemeinde vorgestellt hat.[46] Die fünfte Predigt – sie wurde 1951 gegen Ende seiner Amtszeit von Putzien vor der Lüdenscheider Kreissynode gehalten – verdient eine gesonderte Besprechung.

Vom Gehalt, vom Aufbau, von der Entfaltung der Texte, von Satzbau und Wortwahl, von der durch die Texte hindurchschimmernden Rhetorik und auch von ihrer theologischen Konzeption her sind alle Predigten sehr konventionell und entbehren einer gewissen Originalität. Sie sind, bis auf wenige zeitgeschichtliche Einsprengsel – auf die teilweise oben bereits eingegangen wurde – theologisch und im Sinne der „reinen Lehre" völlig korrekt und geben evangelisches Glaubensverständnis angemessen wieder. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Putzien sich in der wenig komfortablen Lage befand, als einziger Pastor seiner Diasporagemeinde zumeist jeden Sonntag eine neue Predigt konzipieren zu müssen und nicht mit benachbarten Amtsbrüdern alternieren zu können. Eine gewisse „Routine" mit Wiederholung über lange Jahre eingeschliffener Denkkategorien und Sprachmuster stellte sich dabei von alleine ein.

Die Entstehung der „Bekennenden Kirche"

Die Krisensituationen in der unmittelbaren Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik zeitigten Auswirkungen auch auf den inneren Zustand und die Verfasstheit der evangelischen Kirche. 1932 bildete sich – mit Vorläufern schon seit 1930 – reichsweit eine „Glaubensbewegung Deutsche Christen" (DC), die ein deutsches und kämpferisches, ein artgemäßes, „positives" Christentum propagierte, die die Sittlichkeit des Volkes heben und volksmissionarisch wirken wollte und die der Kirche verlorengegangenen Massen wiederzugewinnen trachtete. Diese im kirchlichen Bereich nicht geringe Resonanz findenden „Reformbestrebungen" trafen auf verwandte Bewegungen im politischen Raum: Die „Deutschen Christen" mit ihrer Forderung nach Einrichtung einer

[45] ALK Nr. 1. – Zum Tode von Matthias Barth s. Busch, Eberhard: Karl Barths Lebenslauf. München 1975. S. 325. Die fehlende Verfasserangabe ist wohl damit zu erklären, dass sich eine Predigt des in der NS-Zeit verfemten Karl Barth bei Haussuchungen durch die Gestapo als sehr belastend hätte erweisen können.

[46] ALK Nr. 1. Die Predigt ist undatiert.

straff geführten, zentralistischen deutschen Reichskirche und die Nationalsozialisten mit ihrem Bestreben, eine funktionsunfähig gemachte Demokratie durch einen schlagkräftigen Führerstaat abzulösen, besaßen daher etliche Gemeinsamkeiten. Dabei waren Forderungen der DC im kirchlichen Raum durchaus populär, so das Verbot der Gottlosenpropaganda und die Schließung sogenannter „weltlicher Schulen", die Propagierung nationaler (seinerzeit sprach man auch von „völkischer") Identität und der Kampf gegen den Bolschewismus jeglicher Art – alles Forderungen, die die NSDAP nach der „Machtergreifung" alsbald auch aus Eigeninteresse erfüllte. Sehr viele Pfarrer und zahlreiche Gemeindeglieder sahen daher zunächst in den DC einen Neubeginn im erstarrten Kirchensystem und standen ihnen zumindest nicht prinzipiell ablehnend gegenüber.

Selbst Putzien muss anfangs noch unschlüssig gewesen sein, wie sich die kirchlichen Dinge entwickeln würden, denn – und dies war seine erste Äußerung in den beginnenden kirchlichen Auseinandersetzungen – er berichtete auf Nachfrage des Superintendenten am 26. Mai 1933: „Sie [wohl: die DC] arbeiten scheinbar noch weiter, zwar versteckt, aber spürbar." Und er fuhr fort: „Einige Punkte der Deutschen Christen sind durchaus annehmbar"[47], – ohne dies allerdings näher auszuführen.

Die DC hatten zur preußenweiten Kirchenwahl für die Größere Gemeindevertretung im November 1932 in Altenhundem eine eigene „DC-Liste" mit sieben Kandidaten aufgestellt, die „Kirchenliste" umfasste hingegen 50 Namen.[48] Seltsamerweise finden sich die auf der „DC-Liste" vermerkten Namen auch auf der „Kirchenliste". Möglicherweise war es Putzien gelungen, die meisten Vertreter der DC in die „Kirchenliste" zu integrieren, darunter auch den Kirchmeister Daniel Beckmann, der Putzien in der Kirchenkampfzeit eine treue und verlässliche Stütze werden sollte.[49]

Wortführer der sehr kleinen Gruppe der „Deutschen Christen" in der Kirchengemeinde war allem Anschein nach der Reichsbahnwerkmeister Rudolf Müller aus Altenhundem[50] – bis nach Kriegsende finden wir ihn im Presbyterium –, der in einem Schreiben mit dem Absender „Glaubensbewegung Deutscher[!] Christen" vom August 1933[51] über Pfarrer Putzien an das Presbyterium den Antrag stellte:

> „Das Presbyterium wolle beschliessen: Wir stehen auf dem Boden der Abendmahlsgemeinschaft der deutschen evangelischen Kirche und for-

47 ALK Nr. 195. Die Antwort wurde an Pfarrer Karl Geffken (Brügge) (s. Bauks, Pfarrer Nr. 1883) adressiert und war bestimmt für das evangelische Provinzialamt für Apologetik.
48 ALK Nr. 191. Beide Listen sind nicht datiert.
49 Putzien, Gemeindegeschichte S. 25.
50 Wohnhaft Altenhundem, Kampstraße 7.
51 Ohne Tagesangabe.

dern, dass Pfarrer, die sich diesem Beschluss widersetzen, aus der kirchlichen Arbeit ausgeschlossen werden. gez. Rudolf Müller."[52]

Hintergrund und Absicht dieses Antrags sind unklar. Möglicherweise hatte Putzien mit dem Gedanken gespielt, vielleicht ihn sogar in die Tat umgesetzt, Mitglieder der DC vom Abendmahl auszuschließen. Allerdings dürfen wir wohl unter den Altenhundemer „Deutschen Christen" keine ideologisierten und militanten Nationalsozialisten verstehen, sondern wahrscheinlich sehr fromme, auch blauäugige „Gemeinschaftschristen", die in Hitler Gottes Rettung für Deutschland erblickten und ansonsten sehr engagiert und treu in der Kirchengemeinde mitarbeiteten. Eine deutsch-christliche Opposition gegen Pfarrer Putzien waren sie keinesfalls, sie führten allenfalls das Leben einer „Eintagsfliege".

Putziens Liebäugeln mit einigen programmatischen Punkten der DC war nur von höchst kurzer Dauer; die innerkirchlichen Konflikte hatten schon im August 1933 die Gemeinde erreicht, und der Pfarrer war bereits in das Schussfeld der Auseinandersetzungen geraten.

Bei den Kirchenwahlen im Juli 1933 kam es in Altenhundem (wie in den meisten Gemeinden) nicht zu einer Konfrontation unterschiedlicher Kirchenparteien innerhalb der Gemeinde. Wie man sich durchweg auf eine „Einheitsliste" einigte, so auch hier. Putzien meldete dem Konsistorium am 31. Juli:

„Gestern [...] fand die Neuwahl des Presbyteriums in unserer Gemeinde statt. Es wurde ein Wahlvorschlag eingebracht, auf den sich von 30 Stimmen 27 vereinigten. Ein weiterer Wahlvorschlag unterblieb."[53]

In der Folgezeit hörte man von den Altenhundemer DC nichts mehr. Auseinandersetzungen mit ihnen hat es in der Kirchengemeinde nach allem, was bekanntgeworden ist, nicht gegeben. Nach dem Krieg, wohl Ende 1945, resümierte Putzien in einem Bericht an die Kreissynode:

„Die Deutschen Christen haben sich nicht durchsetzen können, weder mit Gewalt noch mit List, und haben sich dann allmählich, teils durch Kirchenaustritt, aufgelöst."[54]

Der Einbruch nationalsozialistischer Überzeugungen in weite Teile der evangelischen Bevölkerung und bei nicht wenigen Pfarrern, die sich als „Deutsche Christen" sahen, führte in allen Landeskirchen zur Bildung „bekennender Gemeinden", die Bibel und Bekenntnis nicht einer völkischen, rassischen und nationalsozialistischen Interpretation überantwortet sehen wollten. Dabei, und dies ist zu beachten, standen auch diese Kreise bis etwa 1934/1936 dem Nationalsozialismus nicht prinzipiell ab-

[52] ALK Nr. 195.
[53] ALK Nr. 191. Meldung Putziens an den Wahlkommissar der Kirchenprovinz Westfalen vom 31.7.1933.
[54] AKLP Nr. C 1,27. Synodalbericht, ohne Datum, wohl Ende 1945.

lehnend gegenüber. Einige Synodale der Bekenntnissynoden waren sogar NSDAP-Mitglieder.

In Berlin bildete sich im September 1933 unter Martin Niemöller der „Pfarrernotbund", Keimzelle der „Bekennenden Kirche", der sich bald über das gesamte Reich ausbreitete und den Kampf gegen die DC aufnahm. Da die NSDAP diesen Konflikt (zunächst) als rein innerkirchlichen definierte, konnte vorerst den Vertretern der BK kein staatsabträgliches Verhalten angelastet werden. Bei wem indes in praxi die Sympathien der Partei zu finden waren, lag klar zutage.[55]

Initiator und Organisator des gemeindlichen Kirchenkampfes in Altenhundem war Pfarrer Putzien. Er berichtet in der „Gemeindegeschichte":

> „Der Kirchenkampf selbst fand die Gemeinde [...] von Anfang an auf der Seite der bekennenden Kirche. [...] So wurden dann in der Kirchengemeinde alle Maßnahmen befolgt, die von der BK [...] als notwendig erachtet wurden."[56]

Dazu gehörte auch, alle Verlautbarungen der „Bekennenden Kirche" der Gemeinde mitzuteilen. Noch 1938 schrieb Putzien: „Alle Bekanntmachungen des Bruderrates [der BK] werden verlesen."[57]

Putzien war klug genug zu wissen, dass sich der Konflikt BK – DC auf Dauer nicht auf einen innerkirchlichen reduzieren ließ, sondern dass der NS-Staat mit seinem Machtinstrumentarium in immer größerem Maße eine Rolle spielen würde. Für einen lutherischen Theologen, dem renitentes Verhalten und offene Widersetzlichkeit gegen staatliche Vorgaben und Weisungen wahrlich nicht in die Wiege gelegt worden waren, war dies ein mühsamer Lernprozess, aber Putzien wusste sich unbedingt an sein Ordinationsgelübde gebunden und war nicht bereit, sich dies abhandeln zu lassen.

Die Kirchenwahlen zu den Gemeindevertretungen (und darauf aufbauend zu den übergeordneten kirchlichen Leitungsgremien) im Juli 1933 erbrachten in allen preußischen Provinzialkirchen eine Mehrheit für die DC. Nur in der Provinz Westfalen obsiegte die Gruppe „Evangelium und

[55] Die „Bekennende Kirche" druckte in ihren Publikationsorganen, hektographierten Mitteilungen usw. immer wieder auch kirchen- und christentumsfreundliche Zitate aus Hitlers Schriften und Reden und auch aus „Mein Kampf" ab. Dies missfiel den staatlichen Stellen so sehr, dass der Reichskirchenminister derartiges als unzulässig ansah, „sofern nicht nachgewiesen werden kann, dass eine ausdrückliche Genehmigung zur Verwendung der gebrachten Zitate vorliegt"; s. Verordnung vom 10.8.1937, Abschrift in: ALK Nr. 211.

[56] Putzien, Gemeindegeschichte S. 23.

[57] AKLP Nr. C 1,25. Putzien an Superintendent Arning vom 5.4.1938. Als „Bruderrat" wurde das jeweilige bekenntniskirchliche kollegiale Leitungsorgan in den Kirchengemeinden und Synoden bezeichnet.

Kirche" (mithin die spätere BK), und die Westfälische Provinzialsynode wählte daraufhin im August 1933 D. Karl Koch[58] (erneut) zu ihrem Präses.

Auf der Gegenseite nutzten die DC ihre überwältigenden Mehrheiten und bestimmten am 5. September 1933 auf der altpreußischen Generalsynode in Berlin einen Vertrauten Hitlers, den Wehrkreispfarrer Ludwig Müller,[59] zum Landesbischof; am 27. September 1933 wurde Müller auf der sogenannten „Nationalsynode" in Wittenberg auch zum Reichsbischof („Reibi") gewählt. Müller setzte nun alles daran, die hergebrachten presbyterial-synodalen Strukturen der westfälischen Provinzialkirche zu zerstören. Ein von ihm erlassenes Kirchengesetz vom 2. März 1934 sah vor, dass sich die Provinzialsynoden so umbilden und verkleinern mussten, dass auch in der Westfälischen Provinzialsynode die DC eine Mehrheit stellten und die Synode damit durch einen DC-Bischof geführt werden konnte. Dagegen erhob sich provinzweiter Protest. Die Westfälische Provinzialsynode tagte am 16. März 1934 in Dortmund letztmalig in alter Zusammensetzung und wurde, als sie dem Oktroy nicht folgte, durch die Gestapo aufgelöst; die BK-Synodalen der Synode konstituierten sich indes noch am gleichen Tage als „1. Westfälische Bekenntnissynode".

Diese kirchenpolitischen Vorgänge hat Putzien offensichtlich sehr aufmerksam verfolgt. In einem Schreiben vom 14. März 1934, also inmitten der Turbulenzen um die Zukunft der westfälischen Provinzialkirche, wandte er sich namens des Presbyteriums an Präses Koch:

> „Das Presbyterium [...] bittet den Herrn Präses der Westfälischen Provinzialsynode, D. Koch, davon Kenntnis nehmen zu wollen, dass es einmütig sich gegen die letzten Verfügungen des Herrn Reichsbischofs wendet, durch die die Rheinisch-Westfälische Kirchenordnung aufgehoben wird, wir betrachten den Präses der Provinzialsynode als unseren berufenen Führer und trete[n] dafür ein, dass der presbyterial-synodale Aufbau der kirchlichen Körperschaften gewahrt wird."[60]

Dem Wortlaut nach hat das gesamte Presbyterium („einmütig") diesen Protest mitgetragen. Ob es sich der Tragweite seiner Worte bewusst war und auch darüber, dass es damit auch wider den Stachel des Staates löckte, kann nicht entschieden werden.

Es sollte noch einige Wochen dauern, bis sich die Altenhundemer Kirchengemeinde auch formell der „Bekennenden Kirche" anschloss. Mit Datum vom 24. Mai 1934, also wenige Tage vor der ersten reichsweiten Bekenntnissynode in Wuppertal-Barmen, verfasste Putzien ein gesiegeltes Schreiben:

[58] *1896 Witten, †1951 Bielefeld. Seit 1927 Präses der Westfälischen Provinzialsynode, Mitglied des Preußischen Landtags 1919–1933, Mitglied des Reichstags 1930–1932, jeweils für die DNVP; s. Bauks, Pfarrer Nr. 3330.

[59] *1883 Gütersloh, †31.7.1945 Berlin (Suizid?); s. Bauks, Pfarrer Nr. 4331.

[60] ALK Nr. 195. Abschrift, ohne Unterschriften.

„An Herrn Pfarrer [Wilhelm] Siebel[61] in Lüdenscheid[,] Loherstraße 6. Das Presbyterium der ev[an]ge[l]ischen Kirchengemeinde A[ltenhundem]-Meggen hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, sich der Bekenntnissynode anzuschließen. I[m] A[uftrag] Dr. Putzien, Pf[arre]r + praes[es] presb[yterii]".[62]

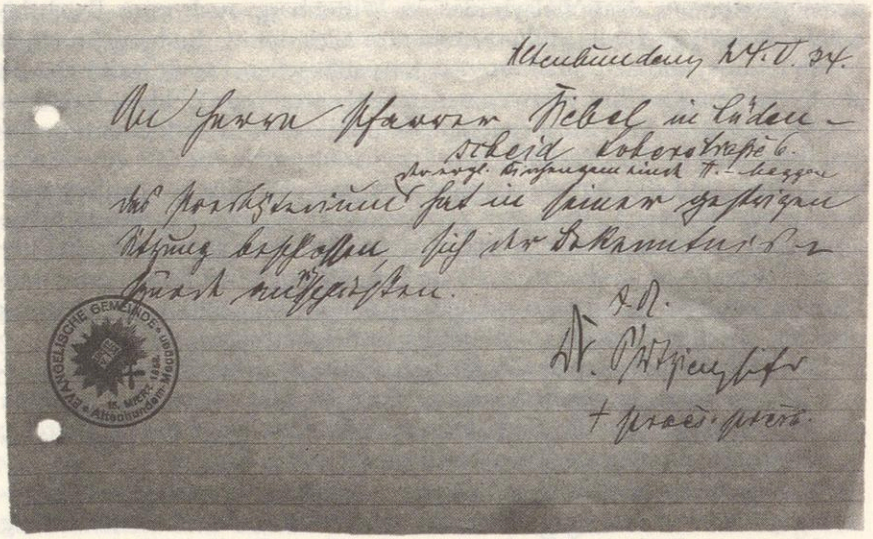


Abb. 3: Erklärung des Presbyteriums
der Evangelischen Kirchengemeinde Altenhundem-Meggen
über den Anschluss an die Westfälische Bekenntnissynode vom 24. Mai 1934
Archiv der Evangelischen Kirchengemeinde Lennestadt-
Kirchhundem Nr. 195. Foto: Hans-Bodo Thieme

Pfarrer Siebel, an den das Schreiben gerichtet wurde, war der Vertrauensmann der westfälischen BK im Kirchenkreis Lüdenscheid.[63]

Altenhundem dürfte damit zu denjenigen Kirchengemeinden zählen, die dank der Initiative des Ortspfarrers früh den Weg in die „Bekennende Kirche" gefunden haben. Die evangelische Gemeinde in Olpe, ebenfalls in der sauerländischen Diaspora, war dagegen viel zögerlicher. Der dortige

61 *1900 Elberfeld, †1974 Lautenbach; s. Bauks, Pfarrer Nr. 5855.
62 ALK Nr. 195.
63 Niemöller, Wilhelm: Bekennende Kirche in Westfalen. Bielefeld 1952. S. 79.

Pfarrer Paul Koch,[64] dem der kämpferische Mut von Putzien fehlte, vollzog diesen Schritt mit seinem Presbyterium erst im November 1934.[65]

Die erste umfassende, von der BK im gesamten Reich getragene theologische Positionierung gegenüber den DC (und darüber hinaus auch gegenüber dem „totalen" Staat) begegnet in der sogenannten „Barmer Theologischen Erklärung", die am 31. Mai 1934 von der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) in Wuppertal-Barmen angenommen wurde. Diese Erklärung (deren Bekenntnischarakter bis heute umstritten ist) sollte sich in den nächsten Jahren als wichtiges Kampfinstrument erweisen und auch der theologischen Selbstvergewisserung der BK dienen. In ihren wesentlichen Punkten von Karl Barth verfasst, genießt die Barmer Theologische Erklärung in vielen Landeskirchen hohe Anerkennung, in manchen tritt sie als „Barmer Bekenntnis" neben das Apostolikum und die Confessio Augustana; entsprechend werden Pfarrerinnen und Pfarrer bei ihrer Ordination auf sie verpflichtet.

Putzien muss die Bedeutung der aus sechs Thesen bestehenden Barmer Theologischen Erklärung sehr wohl erkannt haben, denn er brachte sie in seiner Gemeinde „von der Kanzel" zur Verlesung.[66]

Die Auseinandersetzungen um den Reichsbischof und das „Neuheidentum"

In den ersten Wochen und Monaten nach der „Machtergreifung" unternahmen die Nationalsozialisten alles, die beiden Kirchen und die Bevölkerung glauben zu machen, die NSDAP werde dem Christentum im öffentlichen Raum wieder die ihm gebührende Geltung verschaffen und der Dekadenz und dem Sittenverfall der Zeit der ungeliebten Republik wehren. Dies zu betonen, eignete sich hervorragend der vielzitierte Punkt 24 des Parteiprogramms der NSDAP: „Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums". Am 31. Januar 1933, einen Tag nach der „Machtergreifung", erklärte Hitler, die Reichsregierung werde

[64] *1875 Ratzebuhr, †1953 Honnef. Pfarrer in Olpe 1912–1946; s. Bauks, Pfarrer Nr. 3328.

[65] Thieme, Hans-Bodo: Geschichte der Evangelischen Kirchengemeinde Olpe von 1842 bis 1946. Kreuztal 1993. S. 190. – Zu welchem Zeitpunkt die Gemeinde Attendorn sich unter Pastor Thomä (auch: Thomae) der BK angeschlossen hat, geht aus der Publikation von Broecker, Eva von: Suchet der Stadt Bestes. Evangelisch in Attendorn. Attendorn 1998. S. 113f., nicht hervor. Da in diesem Buch weder die verwendeten Quellen nachgewiesen werden noch ein Literaturverzeichnis beigegeben ist und auch kein Anmerkungsapparat existiert, konnte die Frage nicht geklärt werden.

[66] Putzien, Gemeindegeschichte S. 24. Putzien gibt kein Datum an. Die Verlesung wird aber zeitnah nach Mai 1934 stattgefunden haben, da die Gemeinde unmittelbar nach der Barmer Bekenntnissynode der BK beigetreten ist.

„das Christentum als Basis unserer gesamten Moral [...] in ihren festen Schutz nehmen."[67] Und selbst im „Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933 wurde beteuert: „Die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert."

Für eine gewisse Zeit konnten diese Erklärungen tatsächlich bei vielen Gläubigen den Eindruck erwecken, die neue Regierung sei christlich orientiert. Nicht zuletzt sah man in Reichspräsident Paul von Hindenburg einen Garanten dafür. Doch Hindenburg starb am 2. August 1934 und wurde fünf Tage darauf in einem nationalsozialistischen Trauerakt im ostpreußischen Tannenberg-Ehrenmal beigesetzt. Hitlers Traueransprache endete mit den Worten: „Toter Feldherr, geh' nun ein in Walhall!"[68]

Wer diese Worte aufmerksam vernahm – sie standen in allen Zeitungen, und die Beisetzung mit der Rede Hitlers wurde vom Rundfunk übertragen –, der konnte einen Paradigmenwechsel wahrnehmen. Hier wurde Hindenburg in Verbindung zur germanischen Mythologie gebracht und von dieser mit Beschlag belegt, wobei doch gerade er derjenige gewesen war, der für einen (vielleicht schlichten, aber nicht minder überzeugten) preußisch-protestantischen Glauben stand, der von einer tiefen Frömmigkeit bestimmt war und der bei seinem regelmäßigen Kirchgang auf den Gebrauch eines Gesangbuches verzichtete, da er sämtliche Choräle auswendig kannte.[69] Hitler indes begann, einer anderen, einer paganen Religiosität den Weg zu ebnen, einem „Neuheidentum".

Die Verlesung der BK-Kanzelabkündigung vom 23. September 1934

Die BK hat die veränderte Lage sehr wohl erkannt und gesehen, dass ihr Kampf gegen die DC in einen solchen gegen das „Neuheidentum" einmünden werde. Da der von der „braunen" Nationalsynode gewählte Reichsbischof Ludwig Müller am 23. September 1934 in sein Amt eingeführt werden sollte, veröffentlichte die Leitung der reichsweiten BK, der „Bruderrat der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche", am 18. September eine vom westfälischen Präses Karl Koch unterzeichnete „Erklärung", die am darauffolgenden Sonntag, also am Tag der Einführung des Reichsbischofs in sein neues Amt im Berliner Dom, in allen Kirchen verlesen werden sollte. Die wichtigsten Passagen dieser Erklärung lauteten:

[67] „Aufruf der Reichsregierung vom 31. Januar 1933". In: Jacobsen, Hans-Adolf/Jochmann, Werner (Hgg.): Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus. 1933–1945. Bd. 2. Bielefeld 1961, keine Paginierung (Dokument 31.I.1933).

[68] Zitiert nach Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler. München 2007. S. 871.

[69] A.a.O., S. 22.

„Gerade in diesen Tagen erfährt die kirchliche Lage eine wesentliche Klärung. Ministerialdirektor Dr. [August] Jäger [70] [ihm war aufgetragen worden, mit Gewalt die evangelische Kirche ‚gleichzuschalten'] hat am 8. September 1934 in Stuttgart vor vielen Zeugen [...] ausgeführt: ‚Bekenntnisse sind wandlungsfähig. Das Bekenntnis muss im Lauf der Entwicklung neue Elemente in sich aufnehmen. Als Fernziel steht vor uns die Überwindung der Konfession,[71] die Beseitigung der religiösen Spaltung im deutschen Volke.' Mit diesen Ausführungen hat Dr. Jäger ausgesprochen, [...] dass an Stelle des christlichen Glaubens eine nordisch-christliche Mischreligion treten soll. [...] In dieser Stunde sehen wir uns zu folgender Erklärung an die Gemeinden genötigt: Wir verwerfen die Irrlehren, die [...] eine deutsche Nationalkirche mit deutschgläubigem Einschlag erstreben. Weil sie das tun, haben sich der Reichsbischof Ludwig Müller und der Rechtswalter Dr. Jäger sowie alle, die ihnen hierin Gefolgschaft leisten, von der kirchlichen[72] Gemeinde geschieden. Sie haben den Boden der christlichen Kirche verlassen und sich aller Rechte an ihr begeben."[73]

Das Geheime Staatspolizeiamt Berlin hatte in Kenntnis der geplanten Verlesung alle Polizeibehörden per Funkspruch angewiesen, die Gottesdienste im Hinblick auf die Abkündigung dieser „Erklärung" zu überwachen. Der Altenhundemer Gendarmeriewachtmeister Ahrens berichtete daraufhin noch am selben Tag seiner Behörde:

„Auf Anordnung habe ich heute vorm[ittag] den Gottesdienst in der ev[an]g[e]l[ischen] Kirche in Altenhundem als Beobachter besucht, um etw[aige] Kanzelankündigungen anlässlich der Einführung des Reichsbischofs zu überwachen. Der Pastor hielt sich in seiner Predigt an den [...] Bibeltext. Die Einführung des Reichsbischofs und des Kirchenstreites erwähnte er mit keinem Worte. Am Ende der Predigt forderte er die Gemeinde auf, nach [...] einer [...] Taufe eine Erklärung entgegen zu nehmen. Er verlas dann die [...] Erklärung und bat dann die Gemeinde[,] im Gebet zusammenzustehen zum Segen des Volkes."[74]

Die Kirchhundemer Ortspolizeibehörde[75] sandte den Bericht an den Olper Landrat, der diesen an die Geheime Staatspolizei weiterreichte.[76] Auch fand die „Erklärung" ohne nähere Erläuterungen Eingang in den landrätlichen „Bericht über die politische Lage im Monat September 1934", der

[70] *1887 Diez, †1949 Posen (in Polen zum Tode verurteilt und hingerichtet), s. [Art.] Jäger, August. In: Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Augsburg 2005. S. 280.

[71] Im Original: „Konfessionen".

[72] Im Original: „christlichen".

[73] Abgedruckt in: Schmidt, Kurt Dietrich (Hg.): Die Bekenntnisse und grundsätzlichen Äußerungen zur Kirchenfrage. Bd. 2: Das Jahr 1934. Göttingen 1935. S. 135f.

[74] KAO A 64. Fernmündliches Ersuchen an die Kirchhundemer Polizeibehörde vom 22.9.1934.

[75] Altenhundem gehörte zum Amt Kirchhundem. Dort befand sich auch das Rathaus mit Ortspolizeibehörde.

[76] KAO A 64. Vermerk des Landrats vom 25.9.1934.

sowohl an den Arnsberger Regierungspräsidenten als auch an die Gestapo-Dienststelle in Dortmund weitergeleitet wurde.[77] Ungeklärt muss bleiben, wie Wachtmeister Ahrens es zuwege gebracht hat, sich in den Besitz der „Erklärung" zu bringen, denn diese ist dem Vorgang im Original beigeheftet worden.

Putzien war mit der Verlesung der „Erklärung" erstmals bei den Behörden unangenehm aufgefallen und damit aktenkundig geworden. Die für staatsabträgliches Verhalten zuständigen Dienststellen haben Putzien seitdem nicht mehr aus den Augen gelassen, ihn mittelbar oder unmittelbar beobachtet und alle seine „Sünden" aufgelistet. Dabei bedienten sie sich evangelischer Gendarmeriebeamter, die sich ihrem Pfarrer unbefangener nähern konnten als andere, bezogen vertrauliche Informationen von einem wohl anfangs zu den „Deutschen Christen" gehörenden Presbyter und forschten zudem Minderjährige aus, die den kirchlichen Unterricht bei ihrem Pfarrer besuchten.

Die Eskalation der Lage in Kirche und Ortsgemeinde

Zu Reichsbischof Müllers Plänen gehörte es, auch die württembergische und die bayerische Landeskirche „gleichzuschalten", das heißt, sie seiner Kontrolle zu unterwerfen, sie ihrer Eigenständigkeit zu berauben und sie in die von den DC dominierte Reichskirche einzugliedern. Zu diesem Zweck bediente er sich des schon erwähnten Staatskommissars und „Rechtswalters" der DEK, Dr. August Jäger – wegen seines Kirchenhasses auch „Kirchenjäger" genannt –, der am 8. September 1934 im Stuttgarter Evangelischen Oberkirchenrat erschien und die württembergische Kirchenleitung ihres Amtes enthob. In München kam er, begleitet von Politischer Polizei und Berliner (DC-)Kirchenbeamten, am 11. Oktober 1934 in das Landeskirchenamt und setzte den Landesbischof und die bayerische Kirchenregierung kurzerhand ab. Die renitenten Württemberger und Bayern widersetzten sich aber auf mannigfache Weise diesen Gewaltakten, und in der BK setzte ein Proteststurm sondergleichen ein. Der Bruderrat der BK erließ am Freitag, 12. Oktober 1934, eine Weisung, wegen der geschehenen Gewalttaten die „Kirchenglocken in sämtlichen bekennenden Gemeinden bis auf weiteres schweigen" zu lassen.[78]

Putzien muss sofort von dieser Anordnung des Bruderrates Mitteilung erhalten und beschlossen haben, ihr umgehend Folge zu leisten. Tatsäch-

[77] KAO A 236. Abschrift.

[78] Zitiert nach Scholder, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. Band 2: Das Jahr der Ernüchterung 1934. Berlin 1985. S. 336.

lich wies er den Küster an, das Läuten bis auf weiteres einzustellen.[79] In Altenhundem dürfte sich das Schweigen der Glocken sofort herumgesprochen und eine nicht geringe Verwunderung hervorgerufen haben. Das Presbyterium war von Putzien in diese Entscheidung nicht eingebunden worden und deshalb höchst irritiert. Nach den Angaben des Presbyters Müller haben sämtliche Presbyter mit Schreiben vom 16. Oktober 1934 an Putzien eine sofortige Rücknahme des Läuteverbots gefordert. Dieser war sich seiner Sache aber – auch gegenüber dem Presbyterium – sehr sicher:

> „Er erklärte, für diese Maßnahme die alleinige Verantwortung übernehmen zu wollen[,] und daß er das Läuteverbot nicht rückgängig machen werde. Diese Anweisung habe er von dem Präses Dr. Koch erhalten und werde sie restlos durchführen."[80]

Der Pfarrer beharrte auf seiner Entscheidung – für drei Wochen verstummten die Kirchenglocken.[81] Ende Oktober 1934 war Jäger gescheitert. Er musste sowohl aus seinem staatlichen Amt als Ministerialdirektor als auch aus seinem kirchlichen als „Rechtswalter" zurücktreten. Die süddeutschen Bischöfe konnten in ihre Ämter zurückkehren und die Glocken wieder geläutet werden.

Und auch als im Frühjahr 1935 die „Deutschen Christen" in der Landeskirche von Hessen und Nassau mit brutalen Mitteln und Unterstützung der Staatsbehörden, insbesondere der Gestapo, die gesamte Macht zu übernehmen und die „Bekennende Kirche", die vehement gegen das „Neuheidentum" zu Felde zog, auszuschalten suchten und die ersten evangelischen Pfarrer in Konzentrationslager kamen,[82] protestierte Putzien dadurch, dass er am Palmsonntag, dem 14. April 1935, die Glocken der Altenhundemer evangelischen Kirche schweigen ließ.[83]

Putzien vertrat den Standpunkt, etwa 600 Gemeindeglieder (von 1.420 im Jahr 1937) hätten sich mit ihrer Unterschrift auf den Boden der Bekenntnissynode gestellt und ihn damit in seinem Handeln legitimiert. Er betonte, dass diese 600 die Mehrheit in der Gemeinde verkörperten, und erläuterte im Einzelnen dem Superintendenten:

> „Hierdurch teile ich mit, daß unsere Gemeinde [...] bisher 567 namentlich erfaßte Mitglieder der Bekenntnisgemeinde hat. Am treuesten sind die Arbeiter, von denen sich sozusagen keiner ausgeschlossen hat. Es stehen

[79] KAO A 3706. Laut Angaben des Presbyters Rudolf Müller vom 19.10.1934 bei der Polizei. Das Protokoll wurde von Gendarmerie-Hauptwachtmeister Ahrens und von Müller unterzeichnet.

[80] Ebd.

[81] Putzien, Gemeindegeschichte S. 23.

[82] S. dazu Steitz, Heinrich: Geschichte der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Marburg 1977. S. 575; Meier, Kurt: Der evangelische Kirchenkampf. Bd. 2. Gescheiterte Neuordnungsversuche im Zeichen staatlicher „Rechtshilfe". Halle (Saale) 1976. S. 304f.

[83] Putzien, Gemeindegeschichte S. 23.

abseits einige Beamte, vor allem Lehrer, auch einige Geschäftsleute, die um ihr Brot, bzw. ihr Geschäft besorgt sind, also rein *äußere* Gründe für ihr Verhalten maßgebend sein lassen. Da die [roten Mitglieds-]Karten der Bekenntnissynode erst sehr spät herauskamen und die Gemeinde ungeduldig wurde, habe ich anfangs Mai weiße Karten drucken lassen. Die angenommene Altersgrenze [für die Eintragung in die BK-Liste] beträgt 16 Jahre. Die Jugend will sich nicht ausschließen, da sie instinktmäßig das Verhalten des Reichskirchenregiments durchschaut. *Bemerkungen:* Die Zahl der Bekenntnistreuen läßt sich noch leicht erhöhen, so daß mindestens die Zahl 600 erreicht werden kann."[84]

Die angegebene Zahl von 600 wird tatsächlich eine vielleicht knappe Mehrheit repräsentiert haben, berücksichtigt man, dass Jugendliche unter 16 Jahren nicht mitgezählt worden waren.

Die zögerliche, geradezu zaghafte Haltung des Presbyteriums in der Frage nach dem Schweigen der Glocken erstaunt. Offensichtlich fühlte es sich vom Pfarrer überrumpelt und wollte dessen eigenmächtiges Handeln nicht sanktionieren. Möglich erscheint auch, dass das Presbyterium den gesamtkirchlichen Kontext des Läuteverbotes nicht durchschaute und nicht wahrnahm, welche kirchenzerstörenden Gewaltakte in Süddeutschland geschahen. Der „normale" Presbyter verfügte vermutlich nicht über die Informationsfülle, die die BK an ihre Pfarrer und Vertrauensleute auf den Weg brachte. Lediglich den Kirchmeister Daniel Beckmann wusste Putzien voll auf seiner Seite.[85] Ansonsten scheint er mit seiner konsequenten BK-Linie kaum Unterstützung aus dem Presbyterium bekommen zu haben. Ein wenig enttäuscht resümierte er noch 1955:

„Das Presbyterium hielt [...] im Ganzen eine neutrale Linie ein. Das soll kein Vorwurf sein, da ja auch das Bekennen eine Gnade ist."[86]

Da sich die Altenhundemer Diasporagemeinde nicht auf einem gewachsenen protestantischen Milieu aufbaute, auch wegen recht hoher Fluktuation nicht darauf aufbauen konnte und zudem viele ihrer Mitglieder in mittelbar oder unmittelbar vom Staat abhängigen Beschäftigungsverhältnissen (zum Beispiel bei der Reichsbahn) standen, konnte sich kein resistentes (oder gar renitentes) Potential bilden und im Presbyterium angetroffen werden – wie etwa im Siegerland, im Tecklenburger Raum oder in Minden-Ravensberg.

Von den Vorgängen im Presbyterium um das Läuteverbot hatten die Behörden durch den Presbyter Rudolf Müller erfahren.[87] Unter Bruch seiner Verschwiegenheitsverpflichtung, die mit dem Amt des Presbyters verbunden war, teilte er am Freitag, dem 19. Oktober, dem Gendarmerie-

84 AKLP Nr. C 1,23. Putzien an Superintendent Arning vom 4.10.1934. Hervorhebungen im Original.
85 Putzien, Gemeindegeschichte S. 25.
86 Ebd.
87 KAO A 3706. Siehe oben Anm. 78.

beamten Ahrens die oben erwähnten Einzelheiten mit, die dieser am nächsten Tag der landrätlichen Behörde in Olpe kommentiert zur Kenntnis brachte:

> „Es ist bekannt geworden, daß der Pfarrer Putzi[e]n in seiner Eigenschaft als Seelsorger in den Religionsunterrichten in den Schulen, Konfirmationsunterrichten, Bibelstunden, Versammlungen des Frauenvereins u[nd] dergl[eichen] den Kirchenstreit in einer Form erörtert, die nicht zuletzt den Interessen des Staates entgegenstehen."[88]

Dem Landrat war diese Unterrichtung wohl recht bedeutsam, unterstrich er doch den (zitierten) letzten Halbsatz.

Offensichtlich war den Behörden die Dokumentation des kirchen- und wohl auch staatspolitisch renitenten Verhaltens des Pfarrers so wichtig, dass noch am 19. Oktober 1934 die beiden Gendarmeriebeamten Gonther und Ahrens gemeinsam Einzelvernehmungen von vier 13- und 14-jährigen Schülerinnen und Schülern durchführten, die inhaltlich identische Aussagen machten – hier mit den Worten von Alfred T. aus Meggen:

> „Am Dienstag, den 16.10.[19]34[,] hatten wir Konfirmationsunterricht. Der Pfarrer sagte uns, daß die Glocken nicht mehr läuten würden. In der Regierung säßen einige Ketzer. Wenn das so weitergehe[,] werden wir alle noch einmal Heiden und würden dann den Wotan anbeten."[89]

Wer die Vernehmung der Schüler angeregt hat, kann nicht mehr geklärt werden. Möglicherweise werden es Eltern mit nationalsozialistischer Prägung gewesen sein. Dass die Schüler von sich aus auf die Polizei zugegangen sind, dürfte wohl ausgeschlossen werden können.

Noch widerfuhr Putzien kein Unheil, die Staatsbehörden warteten ab. Es war zu diesem Zeitpunkt untunlich, den Pfarrer mit Verfolgung zu überziehen.

Kanzelabkündigung nach der Dahlemer Bekenntnissynode im Oktober 1934

Vom 19. bis 20. Oktober 1934 hatte die reichsweite „Bekennende Kirche" zur „Dahlemer Bekenntnissynode" in Berlin-Dahlem geladen. Auf ihr wurde das sogenannte „kirchliche Notrecht" verabschiedet, das regelte, wie sich die BK-Gemeinden in den deutschchristlich beherrschten („zerstörten") Kirchengebieten verhalten sollten.[90] In einem längeren, sechs Punkte umfassenden „Aufruf an die Gemeinden der Deutschen Evangeli-

[88] KAO A 3706. Eingangsvermerk vom 23.10.1934. Orthographie und Grammatik originaliter.

[89] KAO A 3706.

[90] Brunotte, Heinz: [Art.] Notrecht, kirchliches. In: Kunst, Hermann/Herzog, Roman/Schneemelcher, Wilhelm (Hgg.): Evangelisches Staatslexikon. 2. Aufl. Stuttgart/Berlin 1975. Sp. 1640f.

schen Kirche" wurde dieses „kirchliche Notrecht" begründet und unter anderem so erklärt:

> „Die Bekenntnissynode hat ein Notkirchenregiment bestellt. Es wird den Wiederaufbau der [durch die DC und den Reichsbischof] zerstörten Kirchen entschlossen in die Wege leiten. Wir wollen Frieden in der Kirche! Aber keinen Frieden, bei dem das Evangelium gefährdet und bei dem die Kirche zu einer Religionsgesellschaft wird, in der heidnische Elemente eine Rolle spielen."[91]

Zu den Gepflogenheiten in der Altenhundemer Kirchengemeinde gehörte es, in fast jedem Jahr eine „Evangelisation" abzuhalten – das stellte insbesondere für die Gemeindeglieder in der „Evangelischen Gemeinschaft" ein zentrales geistliches Ereignis dar.[92] In der Regel dauerten diese Evangelisationen zehn bis mitunter 14 Tage und beinhalteten besondere Abendveranstaltungen für Frauen, Männer, Mädchen und Jungen. Vergleichbar sind diese Evangelisationen mit den „Missionen" auf katholischer Seite. 1934 fand im zeitlichen Anschluss an die Dahlemer Synode erneut eine solche Evangelisation in Altenhundem statt, „gerade als die Wogen des Kirchenkampfes besonders hochgingen".[93] Gehalten wurde sie von dem in der BK engagierten Pfarrer Lic. Dr. Johannes Wilkens[94] aus Lienen. Putzien berichtete darüber später:

> „Sie schloß ab mit einem Gottesdienst, in welchem durch den Ortspfarrer [Putzien] die schwerwiegenden Beschlüsse der eben zu Ende gegangenen Dahlemer Synode verlesen wurden, die in ihrem Schlußsatz den Reichsbischof Ludwig Müller aus der Kirche exkommunizierte und das Wort über ihn prägte: ‚Durch ihn tut der Satan sein Werk'."[95]

Noch bei Abfassung seiner „Gemeindegeschichte" im Jahr 1955 war Putzien der Überzeugung, die Dahlemer Synode habe den Reichsbischof expressis verbis exkommuniziert und in ihm den Satan am Werk gesehen. Dass Putzien diese Auffassung bereits Ende 1934 vertreten hat, dürfte schwerlich zu bezweifeln sein, zumal er die Formulierung „Durch ihn tut der Satan sein Werk" als wörtliche Rede kennzeichnete.

Wahrscheinlich hatte er die Erklärung des Bruderrats der BK vom 18. September 1934 (siehe oben) noch in seiner Erinnerung, die davon spricht, Müller habe den Boden der christlichen Kirche verlassen. Und er

91 Beckmann, Joachim (Hg.): Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1933–1944. 2. Aufl. Gütersloh 1976. S. 85.

92 „Evangelisationen" sind in pietistisch geprägten Gemeindekreisen wie der Altenhundemer „Evangelischen Gemeinschaft" geistliche Höhepunkte, die dazu dienen, die Gemeindeglieder in ihrer geistlichen Überzeugung zu stärken und neue Mitglieder zu gewinnen.

93 Putzien, Gemeindegeschichte S. 31.

94 *1896 Oldenburg. †1995 Lengerich; s. Bauks, Pfarrer Nr. 6963. Wilkens war an der Abfassung des „Tecklenburger Bekenntnisses", einer Vorstufe zur Barmer Theologischen Erklärung, beteiligt; s. Niemöller, Kirche S. 47.

95 Putzien, Gemeindegeschichte S. 32.

erinnerte sich vielleicht der von Präses D. Koch unterzeichneten Erklärung des Bruderrates vom 12. Oktober 1934 angesichts der kirchenzerstörenden Ereignisse in Süddeutschland:

> „Verantwortlich für solche Verwüstung der Kirche sind der Reichsbischof Ludwig Müller und sein Rechtswalter Dr. Jäger. Durch sie treibt der Satan sein Werk."[96]

In sachlicher Hinsicht war die Verknüpfung der Äußerungen über den Reichsbischof, mögen sie aus dem Jahr 1955 oder auch 1934 stammen, mit den Beschlüssen von Dahlem durchaus gerechtfertigt, in formaler hingegen nicht.

Putzien war sehr wagemutig. Er musste damit rechnen, dass seine Worte den Behörden hinterbracht würden, zumal bei der Abschlussveranstaltung einer solchen Evangelisation mit geschärfter Aufmerksamkeit zugehört wurde und eine größere Zuhörerzahl als üblich anwesend war.[97]

Aber Putzien stand mit seiner Gemeinde nicht allein da: Am 17. Dezember 1934 hatte sich eine „Bekenntnissynode Lüdenscheid" konstituiert, „die nur die Pfarrer und Abgeordneten der Bekenntnisgemeinden umfaßt[e] unter Ausschluß der allerdings nicht mehr zahlreichen Anhänger des deutsch-christlichen Kirchenregiments"[98]. Zu dieser Bekenntnissynode zählten die Kirchengemeinden Lüdenscheid, Meinerzhagen, Rummenohl, Altenhundem, Grevenbrück und Attendorn. In anderen Kirchengemeinden waren Bekenntnisgemeinden im Entstehen begriffen. Anfang 1938 zählten sieben Gemeinden im Kirchenkreis Lüdenscheid expressis verbis zur BK. Zu den oben genannten war noch Rönsahl hinzugekommen. Vier Gemeinden definierten sich als DC-Gemeinden (Herscheid, Brügge, Neuenrade und Plettenberg). Die übrigen zwölf hielten sich zur geistlichen Leitung von Präses Koch, „die meisten haben eine bekenntnismäßige Mehrheit, einige sind in ihrer Haltung neutral. Alle verkehren ordnungsmäßig mit dem Superintendenten."[99] 1937 gehörten 22 Pfarrer zur „Bekennenden Kirche", vier zu den „Deutschen Christen" und drei zu den „Neutralen". Zwei Pfarrverweser und zwei Hilfsprediger zählten ebenfalls zur BK, ein Hilfsprediger begriff sich als „Neutraler".[100]

Es dürften sowohl taktische als auch Überzeugungsgründe gewesen sein, die dazu beitrugen, dass sich die im Kirchenkreis Lüdenscheid bildende „Bekennende Kirche" als recht staatsfromm definierte und verhielt. Dies kann man dem „Protokoll über die 1. Sitzung des Bruderrates der

[96] Schmidt, Bekenntnisse 1934, S. 154; Niemöller, Kirche S. 142, Anm. 3.

[97] Abschlussveranstaltungen sind erfahrungsgemäß sehr gut besucht und dürften daher auch das Interesse observierender Behörden auf sich gezogen haben.

[98] ALK Nr. 195. Faltblatt der Bekenntnissynode vom 2.3.1935.

[99] AKLP Nr. C 1,15. Bericht des Superintendenten an die Westfälische Bekenntnissynode vom 28.1.1938.

[100] AKLP Nr. C 1,15. Bericht des Superintendenten an den Bruderrat der Westfälischen Bekenntnissynode vom 29.12.1937.

Bekenntnissynode Lüdenscheid am 10.I.1935" entnehmen. Um dem Ruch der Staats- und NS-Abträglichkeit zu entgehen und den DC, den staatlichen Institutionen und der NSDAP keine „offene Flanke" zu bieten, bestimmte der Bruderrat:

> „In Fällen, wo etwa politische Gesichtspunkte die Veranlassung zur Unterschrift [unter die Beitrittserklärung zur BK] bilden sollten, ist von einer Aufnahme in die Bek[enntnis]gemeinde abzusehen."[101]

Bekenntnis- und Fürbittgottesdienste

Infolge der Verkündung des „kirchlichen Notrechts" und zunehmender Pressionen auf nicht botmäßige Gemeinden haben sich Kirchengemeinden entweder geschlossen einem deutsch-christlichen Kirchenregiment widersetzt, oder es bildeten sich innerhalb der Gemeinden Bekenntnisbewegungen, die sich gegen die DC und das entstehende „Neuheidentum" mit geistlichen, aber auch juristischen Mitteln zur Wehr setzten. Diese Gemeinden oder auch Gruppen in den Gemeinden sammelten sich zu „Bekenntnisgottesdiensten", die späterhin auch als „Fürbittgottesdienste" für die von den Staats- oder auch den DC-Kirchenbehörden verfolgten Pfarrer und Laien verstanden wurden. Die westfälische „Bekennende Kirche" – hier Pfarrer Ludwig Steil –[102] gab eine Handreichung für diese Gottesdienste heraus, in der markante Bibelstellen als Leitgedanken in deren Zentrum gestellt wurden.[103] Theologisch sehr kompetent und konzentriert erläuterte Steil: Die Gemeinde

> „muß ganz neu lernen, ein Ja zu gewinnen zur Führung Gottes unter dem Kreuz. Der Gegensatz zwischen Kirche und Welt ist das Normale, darum bleibt alle Fürbitte, die nur die rasche Beendigung der schweren Tage erbittet, in einem falschen Mitgefühl stecken [...]. [Das Unterschiedliche] in jedem [genannten Bibel-]Wort ist der Akzent. Ob die Anfechtung der Gemeinde aus der Macht ihrer Feinde oder aus dem eigenen Kleinglauben kommt, ist nicht nur für den Prediger ein Unterschied, sondern es bedeutet auch für die Gemeinde eine Hilfe, die von diesen beiden Ursachen wegschauen soll auf den Herrn [...]."[104]

Für Altenhundem ergab sich aus der Rückschau des Jahres 1945/1946 folgendes Bild:

101 AKLP Nr. 1,25. Handschriftliches „Protokoll über die 1. Sitzung des Bruderrates der Bekenntnissynode Lüdenscheid am 10.I.1935[,] 10,30 h im Vereinshaus Lüdenscheid" (3 S.).

102 *1900 Lüttringhausen. †17.1.1945 Dachau (im KZ); s. Bauks, Pfarrer Nr. 6043.

103 Psalm 93 (insbesondere V. 4b); Jesaja 26,1-13 (insbesondere V. 12f.); Matthäus 5,1-16 (insbesondere V. 11); Matthäus 10,16-34 (insbesondere V. 25); Johannes 16,22-33 (insbesondere V. 33); Apostelgeschichte 4,23-31 (insbesondere V. 29).

104 ALK Nr. 206. Hektographiertes Blatt. Ohne Datierung (ca. 1935). Unterzeichnet mit „L[udwig] St[eil]".

„Es fanden in der ersten Zeit des Kirchenkampfes besondere Bekenntnisgottesdienste statt, die eine Zeitlang jeden Sonnabend als Wochenschlußgottesdienste bis etwa 1936 gehalten wurden. Auch Bekenntnisbibelstunden fanden neben der regelmäßigen Bibelstunde in jeder Woche während dieser Zeit statt."[105]

Ende 1935 gab Putzien die „durchschnittliche Besucherzahl besonderer Bekenntnisgottesdienste [mit] 50", die der Sonntagsgottesdienste sogar mit 150 Personen an,[106] in denen bekanntlich die Fürbittlisten mit den Namen der gemaßregelten Pfarrer verlesen und die Verlautbarungen der BK der Gemeinde mitgeteilt wurden.[107]

Über einzelne Bekenntnis- und Fürbittgottesdienste, die der staatlichen Überwachung ausgesetzt waren, wird an anderer Stelle berichtet.

Kanzelabkündigung nach der „Preußensynode" im März 1935 Denunzierungen und Verfolgungen

Am 4. und 5. März 1935 fand in Berlin-Dahlem wiederum eine Bekenntnissynode statt, deren Mitglieder aus den Kirchenprovinzen der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union (EKdapU) kamen; anwesend waren also auch Synodale aus dem Rheinland und aus Westfalen. Diese „Preußensynode" genannte Zusammenkunft war insofern von großer Bedeutung, als sie mit aller erforderlichen Deutlichkeit vor dem „Neuheidentum", mithin auch vor den Publikationen von Alfred Rosenberg[108] („Mythus des 20. Jahrhunderts") warnte, der im Januar 1934 von Hitler zum „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP" ernannt worden war.

In dem von der „Preußensynode" herausgegebenen „Wort an die Gemeinden" hieß es unter anderem:

„Das erste Gebot lautet: Ich bin der Herr dein Gott. Du sollst nicht andere Götter haben neben mir. [...] Die neue Religion ist Auflehnung gegen das erste Gebot. In ihr wird die rassisch-völkische Weltanschauung zum Mythus. In ihr werden Blut und Rasse, Volkstum, Ehre und Freiheit zum Abgott. Der in dieser neuen Religion geforderte Glaube an das ‚ewige

[105] AKLP C 1,27. Putzien an die Kreissynode Lüdenscheid (Synodalbericht). Ohne Datum, wohl Ende 1945.

[106] AKLP C 1,15. Putzien an den Westfälischen Bruderrat (durch Superintendent Arning) vom 17.12.1935.

[107] Putzien, Gemeindegeschichte S. 24. Das umfangreiche Konvolut der Fürbittlisten der BK findet sich in ALK Nr. 195 bis 202, 206, 210.

[108] *1893 Reval (heute Tallinn), †1946 Nürnberg (hingerichtet als Hauptkriegsverbrecher); s. [Art.] Rosenberg, Alfred. In: Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon. Frankfurt (Main) 1987. S. 293-297.

Deutschland' setzt sich an die Stelle des Glaubens an das ewige Reich unseres Herrn und Heilandes Jesus Christus."[109]

Das Verbot der Verlesung dieser Kanzelabkündigung durch das Reichsinnenministerium führte dazu, dass 715 renitente altpreußische Pfarrer und dazu noch eine Reihe weiterer aus anderen Landeskirchen kurzfristig und kurzzeitig inhaftiert wurden. Dr. Putzien war nicht unter den Verhafteten, obwohl er die ungemein brisante und auch die Staatsideologie tangierende Abkündigung seiner Gemeinde von der Kanzel zu Gehör gebracht hatte.[110] Besonders im Regierungsbezirk Arnsberg wurde den Pfarrern im Verlaufe des 16. März 1935, eines Samstags, eine Erklärung vorgelegt, in der sie sich mit Unterschrift verpflichten sollten, die Kanzelabkündigung zu unterlassen. Da Sonntag, 17. März 1935, als Termin für die Abkündigung nicht infrage kam, weil überall Konfirmationen stattfanden und der Tag als „Heldengedenktag" nicht sonderlich für diese Botschaft geeignet erschien, bestimmte die BK dafür einen Sondergottesdienst am Dienstag, 19. März 1935. Putzien hat – entweder am Sonntag, 17. März, oder zwei Tage später – das „Wort an die Gemeinden" verlautbart. Es war ihm ein theologisches und seelsorgerliches Anliegen, „gegen den Ansturm des modernen Antichristentums und der neuen Abgötterei"[111] vernehmlich zu protestieren. Unterstützung fand er beim Lüdenscheider Superintendenten Friedrich Arning,[112] der noch am 17. März brieflich „die Amtsbrüder herzlich [bat,] den vom Bruderrat angeordneten Bekenntnis-Gottesdienst zu halten."[113] Dabei waren die Pfarrer der Lüdenscheider Bekenntnissynode schon trefflich auf die Thematik vorbereitet worden. In einem Faltblatt vom 2. März 1935 hatte der Bruderrat der Kreissynode den eigentlichen Gegner bereits ins Visier genommen:

„Unsere deutsche evangelische Kirche krankt daran, daß sie [...] eine [...] unzuverlässige Leitung hat. [...] das ist aber geradezu lebensgefährlich zu einer Zeit, wo unsere Kirche mit einem entschlossenen und starken Gegner, der heidnischen deutschen Glaubensbewegung (nicht dasselbe wie „Deutsche Christen"), zum Kampf um die Seele des Volkes antreten muß".[114]

[109] Abgedruckt in: Schmidt, Kurt Dietrich (Hg.): Die Bekenntnisse und grundsätzlichen Äußerungen zur Kirchenfrage. Bd. 3: Das Jahr 1935. Göttingen 1936. S. 70.

[110] Vgl. dazu Niemöller, Wilhelm (Hg.): Die Preußensynode zu Dahlem. Die zweite Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union. Geschichte – Dokumente – Berichte (Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes 29). Göttingen 1975. S. XXIff. Ferner Niemöller, Kirche S. 157f.

[111] Putzien, Gemeindegeschichte S. 24.

[112] *1885 Recklinghausen, †1947 Lüdenscheid. Superintendent des Kirchenkreises Lüdenscheid 1933–1947; s. Bauks, Pfarrer Nr. 125.

[113] ALK Nr. 195. Hektographiertes Schreiben.

[114] ALK Nr. 195. Faltblatt der Bekenntnissynode vom 2.3.1935. 4 S. („als Manuskript gedruckt, öffentliche Verteilung nicht gestattet").

Und der Bruderrat beschwor daher die Pfarrer und Gemeinden:

„Eine Kirche, die zu so etwas schweigt, begeht Selbstmord!"[115]

Im Lüdenscheider Kirchenkreis zeigte man sich sehr kämpferisch und war nicht gewillt, sich Verlautbarungen der „Preußensynode" durch staatliche Verfügungen verbieten zu lassen. Superintendent Arning wandte sich am 2. April 1935 an alle Pfarrer (und also auch an Putzien) und bat

„um umgehende Beantwortung folgender Fragen: 1) Ist Ihnen eine Erklärung betr[effs] Nichtverlesung der Kundgebung der Preuß[ischen] Bek[enntnis-]Synode vom 4.3.[19]35 abverlangt [worden]? 2) Haben Sie diese Erklärung unterschrieben? (ev[en]t[uel]l Begründung). 3) Haben Sie Hausarrest bekommen? 4) Waren Sie verhaftet? 5) Haben Sie die Kundgebung im Gottesdienst verlesen? und wann? (ev[en]t[uel]l Begründung)."[116]

Putziens Amtsbruder in Olpe, Paul Koch, suchte in dieser delikaten Situation nach einem Mittelweg. Er unterließ es, besagte Kanzelabkündigung im Abendgottesdienst am Dienstag zu verlesen, hatte sich aber zuvor auch geweigert, eine entsprechende Unterlassungserklärung zu unterzeichnen. Von den ihm im Vorfeld übersandten 100 Exemplaren der Botschaft der Bekenntnissynode konnte er in der Gemeinde bereits zuvor 98 verteilen lassen.[117]

Richteten sich bis zu Jahresbeginn 1935 die Proteste, Widersetzlichkeiten, juristischen Auseinandersetzungen usw. der „Bekennenden Kirche" primär gegen den Reichsbischof und die „Deutschen Christen", so trat nun zunehmend ein anderer Widersacher auf: der nationalsozialistische Staat mit seiner „neuheidnischen" Ideologie, mit der Gegnerschaft zum christlichen Glauben und auch zum christlichen Erbe Deutschlands und mit einer Fülle von Maßnahmen zur sogenannten „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens". Im hier interessierenden Zusammenhang richteten die Behörden ihr Augenmerk in erster Linie auf Putzien, dessen Aversion gegen das „Neuheidentum" hinlänglich bekannt war.

Überwachung eines Bittgottesdienstes im Juni 1935

Als für Mittwoch, 5. Juni 1935, wieder ein Bittgottesdienst anberaumt war, bekam Gendarmeriehauptwachtmeister Ahrens die Anweisung, diesen zu überwachen und darüber einen Bericht zu fertigen. Ahrens notierte, dass Pfarrer Putzien etwa Folgendes ausgeführt hatte:

[115] Ebd.

[116] ALK Nr. 195. Arning an Putzien und Antwortvermerk vom 3.4.1935. – Die Antwort Putziens hat sich nicht auffinden lassen.

[117] Dazu ausführlich Thieme, Geschichte S. 196f., S. 518f.

„Die Diener des Wortes Gottes sollen staatsgefährdend sein. 3 Hessische, 21 Sächsische und 11 Pfarrer aus dem Reiche säßen heute noch in Schutz- und Polizeihaft. Also man fürchtet die Wahrheit. Neu sei, daß man jetzt dazu übergegangen sei, Pfarrer aus dem Lande zu verweisen. Es müße aber auch die ganze Gemeinde bereit sein, Leid zu tragen um dieser Sache willen. Schwere Heimsuchungen seien über die Diener Christi hereingebrochen. [...] Mag man noch so viel Christen martern lassen und ausweisen, das Wort Gottes ist doch stärker, das sich auf die Dauer nicht bannen ließe. [...] Er [Putzien] erwähnte weiter, daß in Teilen der Deutschen Lande[n] das Heidentum schon die Oberhand habe. Er sprach von Sodom und Gomorra, von Ausweisungen und Redeverbote[n], die den Pfarrer[.] in diesen Gegenden besonders betroffen habe. Das Gefährlichste im Deutschen Volke sei das getarnte Gottlosentum. Sie aber wollten sich die Botschaft nicht rauben lassen und alles auf sich nehmen."[118]

Bei den Polizeibeamten, die zur Observierung der Geistlichen, der Gottesdienste und anderer kirchlicher Veranstaltungen herangezogen wurden, ist zwischen den Gendarmeriebeamten einerseits und den kommunalen Polizeibeamten andererseits zu unterscheiden; erstere unterstanden den Regierungsbehörden (Regierungspräsident, Landrat), letztere den Ortsbürgermeistern. Während Gendarmeriebeamte, weil sie landesweit eingesetzt waren, auch versetzt werden konnten und vielfach der jeweiligen Minderheitskonfession angehörten, eine Einbindung in lokale Bezüge schwieriger war und sie daher „an kurzer Leine" geführt wurden, entstammten die kommunalen Polizisten häufig dem örtlichen Milieu und waren darauf bedacht, bei ihren Amtshandlungen insbesondere gegenüber Geistlichen und bei kirchlichen Dingen Augenmaß zu bewahren und Mäßigung an den Tag zu legen. Ihre Berichte unterschieden sich mitunter beträchtlich von den Aufzeichnungen der forscheren Gendarmen.

Dass mit Ahrens ein Beamter begegnet, dem Hemmungen gegenüber Putzien fremd waren, zeigt die folgende Begebenheit. Der Altenhundemer Gendarmerieobermeister und Abteilungskommandant Wilhelm Niemeyer berichtete mit Datum vom 7. Juni 1935 dem Olper Landrat ohne Aufforderung (also aus eigener Initiative):

„Der Pastor Dr. Putzi[e]n kam am nächsten Tage [nach dem Bittgottesdienst] mit Gend[armerie-]Hauptwachtm[ei]st[e]r Ahrens in ein Gespräch[,] und fragte ihn der Pastor, ob er ihn mal wieder abgehört habe. Auch sagte er, daß es die in den Lagern und Gefängnissen einsitzenden Pfarrer schlecht hätten, aber sie würden für ihren Glauben leiden. Er würde es auch tun. Wenn sie noch weiter verfolgt und aus den Kirchen ver-

[118] KAO A 3706. Bericht Haupt-Gendarmeriemeister Ahrens an Gendarmerie-Abteilungskommandant in Altenhundem, weitergeleitet an Landrat in Olpe (Eingangsvermerk Landrat [7.?] Juni). Orthographie und Grammatik originaliter.

jagd [!] würden, gingen sie wie im Mittelalter[,] in die Katakomben. Auch sei das Reich nicht von langer Dauer."[119]

Offensichtlich handelte es sich bei Ahrens um einen botmäßigen, sehr auf seine Karriere bedachten Polizisten, der ohne Skrupel und Gewissensbisse Putziens Äußerungen ohne jede Not und ohne Auftrag seiner vorgesetzten Behörde in Person des Abteilungskommandanten Niemeyer zur Kenntnis gab, wohl wissend, dass sich daraus eine Verfolgung des Pfarrers ergeben könnte.

Dass die beiden Gendarmeriebeamten Niemeyer und Ahrens kein besonders großes geistiges Potential aufzuweisen hatten, mag man aus deren orthographischen und grammatikalischen Kenntnissen schließen. Zudem unterliefen ihnen auch sachliche Fehler. Dr. Putzien als ein hochgebildeter Pfarrer hätte nie und nimmer die erwähnten „Katakomben" ins „Mittelalter" datiert.

Den Bericht über die Observation des Bittgottesdienstes vom 5. Juni 1935, der an den Landrat gegangen war, leitete dieser am 14. Juni in Abschrift sowohl an die Gestapo in Dortmund als auch an den Arnsberger Regierungspräsidenten als auch an den Olper NSDAP-Kreisleiter Fischer weiter.[120] Daraufhin forderte die Gestapo vom Kirchhundemer Amtsbürgermeister als Ortspolizeibehörde einen „Bericht über die politische Einstellung des evangelischen Pfarrers Putzien in Altenhundem", den der Bürgermeister am 10. Juli 1935 wiederum den obengenannten Instanzen übersandte:[121]

> „Die [...] Ermittlungen haben ergeben, daß Putzien nur an solchen Maßnahmen und Anordnungen der [NS-]Bewegung und des Staates, welche seinen eigenen kirchlichen Interessen zuwider laufen, scharfe Kritik übt. P[utzien] lehnt den Zusammenschluß der [muss heißen: mit den] Deutschen Christen ab; er gehört der Bekenntniskirche an und wirbt für diese. Seine Predigten, bei denen er in seiner Ausdrucksweise sehr vorsichtig ist, bauen sich auf dieser Einstellung auf. Auch übt P[utzien] in seinen Predigten Kritik an den Ausführungen, welche seitens des Reichsleiters Rosenberg in kirchlicher Hinsicht gemacht worden sind. Er verlangt, daß der Kirchendienst dem Dienst der Bewegung (SA. und HJ.) vorgeht. Durch die Art seiner Predigten hat Putzien einer Anzahl von Parteiangehörigen den Besuch des Gottesdienstes verleidet."

Es versteht sich, dass die staatlichen Autoritäten und die Parteifunktionäre Pfarrer Dr. Putzien, der sich um keinen Deut in der Ablehnung der staatlichen Religionspolitik von seinen katholischen Kollegen unter-

[119] KAO A 3706. Orthographie und Grammatik originaliter.

[120] KAO A 3706. Weiterleitungvermerke auf der Rückseite des der Gestapo übersandten Berichts.

[121] KAO A 3706. Randbemerkung des Bürgermeisters: „Auf Grund der Stapo V[er]f[ü]g[ung] v[om] 17.6.[19]35 dieser [den Bericht] eingereicht, sowie [an den] R[egierungs]P[räsidenten] u[nd] Kr[ei]sl[ei]t[e]r".

schied,[122] je mehr er sich als kämpferischer BK-Pfarrer positionierte, desto genauer ins Visier nahmen.

Vor allem der seinerzeitige Amtsbürgermeister von Kirchhundem, Dr. Siegfried Hucke,[123] ließ es sich angelegen sein, die evangelische Gemeinde genau unter Beobachtung zu nehmen. Hucke „kam im Februar 1933 auf Wunsch des Kreisleiters Wilhelm Fischer in den Kreis Olpe, wo er an der *Durchführung der nationalsozialistischen Revolution* mitwirken sollte. Zuvor hatte er sich in Milspe schon als Blockwart der NSDAP betätigt. Im Sommer 1933 wurde Dr. Hucke zum Kreiskulturwart der NSDAP [...] ernannt."[124] Die Arnsberger Bezirksregierung berief ihn im Januar 1934 zum kommissarischen, im Dezember 1934 dann – gegen den Widerstand der Bevölkerung – zum ordentlich bestallten Amtsbürgermeister.[125] Das „Sauerländische Volksblatt" berichtete am 20. Januar 1934 über ihn:

> „Schon früh als Student stand er als echter Nationalsozialist in den Reihen der SA. Später hat er erfolgreich an dem Ausbau verschiedener örtlicher Parteiorganisationen gearbeitet."

Da Hucke evangelisch war, kannte er sich im protestantischen Kirchensystem gut aus, verließ allerdings seine Kirche im Mai 1938,[126] ist aber offenbar nach dem Krieg wieder zu ihr zurückgekehrt.[127]

Mit Datum vom 6. Juli 1935 meldete sich aufgrund des landrätlichen Berichts vom 14. Juni die Dortmunder Gestapo beim Olper Landrat und teilte mit:

> „In den Ausführungen des Pfarrer[s] Putzi[e]n [...] am 5. Juni erblicke ich einen Verstoß gegen § 130a Str[af]G[esetz]B[uch]. Ich ersuche, die Zeugen und den Pfarrer P[utzien], letzteren verantwortlich, vernehmen zu lassen und mir die Untersuchungsverhandlungen [...] einzureichen."[128]

Bei besagtem Paragraphen handelt es sich um den berüchtigten „Kanzelparagraphen", eine Vorschrift des Strafgesetzbuches noch aus der Zeit

122 Die Ablehnung der staatlichen Religionspolitik durch die katholische Geistlichkeit des Kreises Olpe arbeitet sehr detailliert Arnold Klein in seiner Dissertation heraus; s. Klein, Arnold: Katholisches Milieu und Nationalsozialismus. Der Kreis Olpe 1933–1939 (Schriftenreihe des Kreises Olpe 24). Siegen 1994. Hier ist insbesondere das 5. Kapitel (S. 240-330) von Interesse („Die Geistlichen auf dem Lande und die nationalsozialistischen Herausforderungen").

123 Siegfried Emanuel Hucke, *7.2.1905 Milspe (heute Ennepetal), †19.6.1987 Ennepetal. Freundliche Mitteilung von Gemeindearchivar Martin Vormberg.

124 Vormberg, Martin: Die neuere Geschichte des Kirchhundemer Landes – von 1816 bis 1994. In: Becker, Günther/Vormberg, Martin: Kirchhundem. Geschichte des Amtes und der Gemeinde. Kirchhundem 1994. S. 314f.

125 Ebd.

126 ALK Nr. 186. Kirchenaustrittsbescheinigung vom 23.5.1938.

127 Hucke ist als „evangelisch" im Bestattungsregister 1987 (Nr. 63) der Evangelischen Kirchengemeinde Milspe geführt eingetragen am 24.6.1987 kirchlich bestattet worden. Freundliche Mitteilung der Evangelischen Kirchengemeinde Milspe-Rüggeberg.

128 KAO A 3706. Fristsetzung 1.8.1935.

des Bismarckschen Kulturkampfes, der den Geistlichen in der Ausübung ihres Amtes eine Stellungnahme zu politischen Angelegenheiten bei Androhung einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren untersagte. In der NS-Zeit wurde diese Bestimmung auch mitunter dazu verwendet, missliebigen Pfarrern den Prozess zu machen, sie zu Geldstrafen zu verurteilen oder Aufenthalts- und Redeverbote auszusprechen.[129] Wenn also im Falle Putzien die Gestapo § 130a StGB ins Spiel brachte, waren derartige Sanktionen zu befürchten.

Offensichtlich sahen sowohl die Gestapo als auch die landrätliche Behörde Handlungsbedarf und waren bestrebt, Putzien in die Schranken zu weisen. Der Kirchhundemer Amtsbürgermeister erstellte einen „Personalbogen" mit allen erforderlichen Angaben über Putzien und vermerkte unter Punkt 8: „Vermögensverhältnisse: kann ev[en]t[uel]l[e] Strafe und Kosten zahlen". Punkt 9 lautete: „Ruf: politisch nicht einwandfrei".[130] Augenscheinlich dachte man daran, Putzien mit gehörigen Geldstrafen zu überziehen.

Gendarmeriemeister Buchen bekam am 13. Juli 1935 (mit dem Vermerk: „Eilt") den Auftrag vom Kirchhundemer Amtsbürgermeister, Zeugen des Bittgottesdienstes zu ermitteln: „Diese sind eingehend zu vernehmen. Ausserdem ist über die jetzige und frühere politische Einstellung des Pfarrers Putzien zu berichten."[131] Vom 19. Juli 1935 datiert sodann der angeforderte Bericht, unterzeichnet von den Gendarmeriebeamten Buchen und Ahrens. Letzterer führte hinsichtlich der von ihm durchgeführten Überwachung noch näher aus:

> „Der Gottesdienst war an diesem Abend von etwa 15-17 Personen besucht. Bei den Besuchern handelte es sich um überwiegend ältere Frauen und einigen [!] Männern [!]. Um nicht erkannt zu werden, habe ich [...] mich am hinteren Eingang der Kirche gesetzt und habe kurz vor Beendigung des Gottesdienstes die Kirche verlassen. Infolgedessen konnte ich die Besucher nicht erkennen. Eine weitere Nachforschung nach den [...] Kirchenbesuchern ist unsers E[rachtens] nach auch zwecklos, da, selbst wenn die Besucher den Willen hätten, Aussagen zu machen, diese alten Leute kaum dazu in der Lage wären. [...] Dr. Putzi[e]n hat sich mir [...] gegenüber mehrmals geäußert, daß er keineswegs regierungsfeindlich

[129] Martin Niemöller wurde „wegen fortgesetzten Vergehens gegen § 130a Abs. 1 StGB zu 7 Monaten Festungshaft verurteilt." (So Niemöller, Wilhelm: Macht geht vor Recht. Der Prozeß Martin Niemöllers. München 1952. S. 84). Friedrich Zipfel (Kirchenkampf in Deutschland 1933–1945. Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit. Berlin 1965) weist (a.a.O., S. 81) darauf hin, dass Anklagen alleine wegen Vergehens gegen den oben angeführten Paragraphen relativ selten erhoben worden sind, in Verfahren bei Verstößen gegen allgemeine Gesetze und Verordnungen allerdings strafverschärfend wirkten (so a.a.O., S. 236).

[130] KAO A 3706. Ohne Datumsangabe.

[131] KAO A 3706. Fristsetzung 20.7.1935. Der Bericht sollte in dreifacher Ausfertigung abgeliefert werden.

eingestellt sei. Er selbst habe Hitler früher gewählt. Er sei mit den großen Zielen der Regierung voll und ganz einverstanden. Nicht einverstanden sei er aber mit der Kirchenpolitik. [...] Aus seinen Äußerungen glaube ich entnommen zu haben, daß Putzi[e]n ein unbedingter Gegner von Rosenberg und dem Reichsbischoff [!] Müller ist."[132]

Die Beamten wiesen abschließend noch darauf hin, dass sie Putzien selbst nicht vernehmen könnten, da die Vernehmung von Geistlichen durch die vorgesetzte Behörde untersagt sei.

Dr. Putzien hat – soweit wir dies erkennen können – in den Bittgottesdiensten an Wochentagen nicht das Gros der Gemeinde erreicht, die Zahl der Gottesdienstbesucher war gegenüber dem sonntäglichen Kirchenbesuch[133] recht gering. Allerdings wusste man in der Gemeinde, welche kirchenpolitischen Positionen der Pfarrer vertrat, und dass er „Neuheidentum" und „Deutsche Christen" samt Reichsbischof kompromisslos bekämpfte.

In der Altenhundemer Gemeinde muss es jedoch einige wenige Personen gegeben haben, die der „neuheidnischen" Weltanschauung (aus welchen Gründen auch immer) zugeneigt waren. Das hat Putzien umgetrieben, und selbst eine Gestapohaft Ende 1939 konnte ihn nicht mundtot machen. In der bereits erwähnten Predigt zum Reformationstag 1944 findet sich folgende charakteristische Passage:

„[...] und so hat die Reformation nun die Losung ausgeschrieben: ‚Das Wort Gottes allein', und wiederum trifft diese Losung mitten hinein in unsere Zeit. Hören wir nicht Stimmen, und es ist mir schon selbst gesagt worden von Gliedern der Gemeinde, sollte man nicht auch auf die Stimme des Blutes hören? Sollte man nicht das Wort Gottes [...] alten und neuen Testaments doch jetzt artgemäß auslegen und verstehen, und etwa auf die Stimmen in der Natur und der Geschichte und auf die Stimme des Blutes, das in uns rollt[,] lauschen? – Ich brauche [mich] nicht mit Widerlegung dieser Frage hier aufzuhalten, aber wir spüren sofort die ganze gegenwärtige Bedeutung dessen, was die Reformation gerade auch für unsere Zeit jetzt bedeutet."

Und Putzien beendete seine Predigt – wobei jeder Hörer über des Pfarrers Einstellung nicht im Unklaren gelassen wurde – mit folgenden Gedanken: Es gelte „der Glaube allein[,] kein ‚sowohl – als auch', sondern ein ‚entweder – oder', denn [und hier zitierte er aus Schillers „Wallensteins Tod" den berühmten, von den Nationalsozialisten schmählich missbrauchten Aphorismus][134] die Freiheit und das Himmelreich gewinnen keine Ha!-

[132] KAO A 3706. Orthographie und Grammatik originaliter.

[133] In der kirchlichen Statistik für 1938 (ALK Nr. 189) gab Putzien die Jahresdurchschnittszahl der Besucher mit „120" an.

[134] Möglich erscheint, dass Putzien auch an Ernst Moritz Arndts Liedvers (aus: Gruß an die Freunde) aus den Befreiungskriegen gedacht hat: „Denn Treue steht zuerst, zuletzt / Im Himmel und auf Erden; / Wer ganz die Seele drein gesetzt, / Dem wird

ben! ‚Jesus Christus gestern und heute und derselbe auch in Ewigkeit'[135], Amen."

Erste polizeiliche Vernehmung Putziens

Nach der Überwachung des Bittgottesdienstes vom 5. Juni 1935 und den darauf erfolgten Ermittlungen hielt es die Gestapo jetzt für angezeigt, Putzien amtlich und verantwortlich vernehmen zu lassen. Er wurde für den 16. August zur Kirchhundemer Behörde vorgeladen. In seiner Vernehmung bestätigte er vor dem Gendarmeriebeamten Ruegenberg die Richtigkeit der im Polizeibericht wiedergegebenen Äußerungen seiner Kanzelrede, gab an, die in der Rede gemachten Tatsachenangaben aus einem von Präses Koch verantworteten BK-Rundschreiben erhoben zu haben, und betonte, dass

> „ich es für meine Pflicht halte, die Gläubigen über alle Vorgänge, welche Bezug auf kirchliche Angelegenheiten haben, genau und vollständig zu informieren. Dieses ist auch deshalb notwendig, weil nach meiner Ansicht heute eine neue Christenverfolgung eingetreten ist, welche, wie in allen anderen Ländern[,] auch in Deutschland besteht. [...] Ich behaupte, dass in Deutschland diese Christenverfolgung von den Deutschen Christen und dem Neuheidentum ausgeht und betrieben wird, welche zu ihrer Unterstützung die politische Macht heranzieht. Die Verfolgung besteht schon darin, dass Pfarrer in Massen in Konzentrationsläger geschafft und die Diener Gottes in einzelnen Landesteilen an ihrer freien Meinungsäußerung behindert werden."[136]

Das waren ungemein mutige, sogar tollkühne und verwegene Worte! Putzien spielte mit dem Feuer und rettete sich in keinerlei diplomatische Finessen oder bagatellisierende Formulierungen. Es wäre ihm nicht schwergefallen, den jeweils bestellten Polizeispitzel ungenauer, unverstandener oder falscher Berichterstattung zu zeihen, zumal es keine Zeugen zu geben schien, die die Berichte des Beamten bestätigen konnten. In der Altenhundemer Kirchengemeinde gab es offensichtlich kein Gemeindeglied (mehr), dessen sich die Polizeibehörden als Informant bedienen konnten. Putzien kämpfte mit offenem Visier. Musste er – diese Sentenz wird Karl Barth zugeschrieben –, wenn er schon wie Daniel in der Löwengrube saß, die Löwen noch am Schwanze ziehen?

die Krone werden. / Drum muthig drein und nimmer bleich! / Denn Gott ist allenthalben. / Die Freiheit und das Himmelreich / Gewinnen keine Halben."

[135] Hebräer 13,8.

[136] KAO A 3706. Vernehmungsniederschrift.

Die Vernehmungsniederschrift ging, wie nicht anders zu erwarten, am 20. August 1935 wiederum an die Gestapo in Dortmund, an den Regierungspräsidenten in Arnsberg und an Kreisleiter Fischer in Olpe.[137]

Und Putzien zog, um im Bilde zu bleiben, die Löwen weiterhin kräftig am Schwanz.

Kanzelabkündigung zum Bußtag, 20. November 1935

Zum Bußtag am Mittwoch, 20. November 1935, – zu Friedenszeiten noch als ein staatlicher Feiertag begangen – hatte der Bruderrat der Bekennenden Kirche in der EKdapU eine regimekritische Kanzelabkündigung herausgegeben, die von deren Pfarrern an diesem Tag den Gemeinden im Gottesdienst bekanntgegeben werden sollte. In diesem Wort des Preußischen Bruderrates, beschlossen am 13. November 1935 und natürlich auch der Gestapo bekanntgeworden, hieß es:

> „Wir sehen, wie eine neue Religion unser Volk von dem Herrn Christus hinwegführen will. Wir sehen, wie neben der Gottesbotschaft eine Menschenlehre in der Kirche Heimatrecht fordert und findet. Wir sehen, wie dem theologischen Nachwuchs auf den Universitäten die rechten Lehrer des Wortes Gottes einer nach dem anderen genommen werden, wie es der Bekennenden Kirche verwehrt wird, in eigenen Ausbildungsstätten die Studenten zu lehren[,] und wie auf solche Weise die künftigen Prediger dahin gebracht werden sollen, eine andere, falsche Lehre zu lernen und anzunehmen. [...] Wir rufen deshalb die Gemeinden auf: Hört nicht auf die Stimmen, die euch fremde Lehren anpreisen; hört nicht auf die Stimmen der eigenen Angst und Sorge; hört auf den Herrn, der allein das Haupt der Gemeinde ist!"[138]

Der zur Überwachung des Gottesdienstes in Altenhundem am Bußtag bestellte Gendarmeriebeamte Adolf Beckmann – in der Bevölkerung „Papa Grausam" genannt –[139] hatte offensichtlich Schwierigkeiten, den Gedanken und dem Verlauf von Predigt und Kanzelabkündigung zu folgen. Er notierte (ohne einen Zusammenhang herzustellen) einzelne Passagen und fügte sie aneinander. Putzien zitierte er so:

> „An den Universitäten der Gegenwart wird eine Lehre gepredigt, die ich nicht anders als ein neues Heidentum bezeichnen kann. Darüber hinaus wird der theologische Nachwuchs gezwungen, diese neue Lehre in sich aufzunehmen und für ihre spätere Tätigkeit als Grundlage anzuerkennen."[140]

137 KAO A 3706. Weiterleitung durch den Landrat von Olpe.
138 LkA EKvW 5.1 Nr. 785 F2.
139 Freundlicher Hinweis von Gemeindearchivar Martin Vormberg.
140 KAO A 3706.

Die acht dem Gottesdienst beiwohnenden Arbeitsdienstleute seien wegen der gefährlichen Worte des Predigers (so Beckmann),

> „willens [gewesen], das Gotteshaus zu verlassen. Nach ihrer Auffassung und Überzeugung ging der Prediger in seinen Ausführungen zu weit, war doch innerhalb derselben seine Gegensätzlichkeit zum heutigen Staat und seinen Voraussetzungen zu erkennen."[141]

Nach Form und Inhalt war der Polizeibericht wenig aussagekräftig. Das Landratsamt leitete ihn dennoch an die Gestapo in Dortmund weiter, versehen mit dem Vermerk, dass die Kanzelabkündigung „im hiesigen Kreise [Olpe] lediglich in dem Gottesdienst in der Kirche Altenhundem-Meggen durch [...] Dr. Putzien [...] zur Verlesung gekommen" sei.[142] Mithin waren insgesamt vier Beamte abgestellt gewesen, die Bußtagsgottesdienste in den Kirchengemeinden Olpe, Attendorn, Grevenbrück und Altenhundem zu überwachen.

„Denkschrift" und Kanzelabkündigung der „Bekennenden Kirche" 1936

Paul Putzien berichtet in seiner „Gemeindegeschichte":

> „Auch die lange Denkschrift der BK vom August 1936 [...] kam in der Gemeinde von der Kanzel zur Verlesung".[143]

Wenn Putzien expressis verbis auf die Verlesung dieser langen und ihm offensichtlich sehr wichtigen Denkschrift hingewiesen hat, so ist die Frage nach deren Bedeutung zu klären. Die eigentliche „Denkschrift" wurde im Mai 1936 verfasst, wobei nicht zu entscheiden ist, ob Putzien die „Denkschrift" selbst oder die aus ihr hervorgegangene Kanzelabkündigung vom August 1936 gemeint hat. Wahrscheinlich ist Letzteres der Fall gewesen, obwohl sich die undatierte, hektographierte eigentliche „Denkschrift" im Besitz Putziens befunden hat und archiviert worden ist.[144]

Zu beider Vorgeschichte ist Folgendes zu wissen wichtig: Zur Befriedung der innerkirchlichen Konflikte setzte Reichskirchenminister Hanns Kerrl[145] 1935 sogenannte „Kirchenausschüsse" ein.[146] In der „Bekennenden Kirche" war man uneins darüber, ob man in diesen „Kirchenausschüssen" mitarbeiten solle; darüber zerbrach die innere Einheit der BK.[147] Der

[141] Ebd.
[142] KAO A 3706. Weiterleitung mit Vermerk am 22.11.1935.
[143] Putzien, Gemeindegeschichte S. 24.
[144] AKL Nr. 206. Vervielfältigter Text, Schreibmaschinenschrift.
[145] *1887 Fallersleben, †1941 Paris. Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten seit 1935.
[146] Herbert, Karl: Der Kirchenkampf. Historie oder bleibendes Erbe? Frankfurt (Main) 1985. S. 143f.
[147] A.a.O., S. 144-154.

kämpferische Teil der BK – nunmehr als „Dahlemiten"[148] bezeichnet – verweigerte daraufhin auch eine Zusammenarbeit mit den „intakt" gebliebenen Landeskirchen und bildete eine sogenannte „Zweite Vorläufige Kirchenleitung (VKL II)", in der so bekannte Persönlichkeiten wie die Pfarrer Martin Niemöller, Hans Asmussen[149] und Karl Lücking[150] mitwirkten.[151] Von dieser innerkirchlichen Entwicklung im Protestantismus profitierten vor allem die Nationalsozialisten, denen an einer Schwächung der BK gelegen war.

Da die VKL II der (irrigen) Meinung war, der Reichskanzler sei über die kirchenzerstörenden Begebenheiten im Reich nicht hinreichend informiert, übergab sie am 4. Juni 1936 eine für Hitler persönlich bestimmte, streng vertrauliche „Denkschrift" in der Reichskanzlei. In ihr wurden folgende Punkte respektive Gravamina thematisiert: 1. Entchristlichung, 2. Positives Christentum, 3. Zerstörung der kirchlichen Ordnung, 4. Entkonfessionalisierung, 5. Nationalsozialistische Weltanschauung, 6. Sittlichkeit und Recht und 7. Der Anspruch Gottes. Durch eine Indiskretion gelangte der Text der Denkschrift an die ausländische Presse. Die VKL II sah sich daraufhin dem Vorwurf des Landesverrats ausgesetzt und gab Teile der Denkschrift den Gemeinden als Kanzelabkündigung vom 23. August 1936 bekannt.[152]

Obwohl die Gestapo bereits am 14. August Abkündigung, Verbreitung und Vervielfältigung der Kanzelabkündigung verboten hatte, gelangte diese in die Hände vieler BK-Pfarrer und wurde den Gottesdienstbesuchern mitgeteilt.[153] In Altenhundem hat Pfarrer Putzien dies nachweislich „von der Kanzel" getan, wobei er mögliche Konsequenzen für sich in Kauf nahm. Damit verortete sich Putzien ohne Wenn und Aber im radikalen, „dahlemitischen" Flügel der BK. Für einen einzelnen Gemein-

148 Benannt nach Berlin-Dahlem, dem Tagungsort der Dahlemer Reichsbekenntnissynode 1934, auf der das „kirchliche Notrecht" ausgerufen worden war. Kompromisslose Verfechter des Notrechts (als „Dahlemiten" bezeichnet) waren unter anderem Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller. Zu den „Dahlemiten" siehe Schaeberle-Koenigs, Gerhard: Und sie waren täglich einmütig beieinander. Der Weg der Bekennenden Gemeinde Berlin-Dahlem 1937–1943 mit Helmut Gollwitzer. Gütersloh 1998. S. 33f.

149 *1898 Flensburg, †1968 Speyer. Kurzbiographie unter: http://de.evangelischer-widerstand.de.

150 *1893 Lüdenscheid, †1976 Bad Salzuflen; s. Bauks, Pfarrer Nr. 3865.

151 Niemöller, Wilhelm: Die Evangelische Kirche im Dritten Reich. Handbuch des Kirchenkampfes. Bielefeld 1956. S. 163.

152 Zur komplizierten Entstehungs- und Überlieferungsgeschichte der Denkschrift s. Besier, Gerhard: Die Kirchen und das Dritte Reich. Spaltungen und Abwehrkämpfe 1934–1937 (Die Kirchen und das Dritte Reich 3). Berlin/München 2001. S. 482-510. Die Denkschrift und die Kanzelabkündigung sind abgedruckt bei: Beckmann, Jahrbuch S. 132-141. Eine Abbildung der Denkschrift findet sich unter: http://de.evangelischer-widerstand.de/html/view.php?type=dokument&id=91.

153 Putzien, Gemeindegeschichte S. 24. Zur Verbreitung der „Denkschrift" siehe: Herbert, Kirchenkampf S. 169, und Besier, a.a.O., S. 502.

depastor in der sauerländischen Diaspora, der nur sporadisch Kontakt mit gleichgesinnten Amtsbrüdern pflegen konnte, war dies kein selbstverständlicher Akt, sondern eine mutige Entscheidung.

Offensichtlich scheute der Staat vor einer reichsweiten Verhaftungsaktion oder der Verhängung von sonstigen Strafen wegen der Verbreitung dieser Kanzelabkündigung zurück, denn dies hätte unliebsames Aufsehen vor allem im Ausland hervorgerufen, da fast zeitgleich im August 1936 die mit hohem Propagandaaufwand ausgerichteten Olympischen Spiele in Berlin stattfanden.[154]

Die ungewöhnlich umfangreiche, hier nur stark gekürzt wiedergegebene Abkündigung stellte Folgendes heraus:

> „Brüder und Schwestern! Das deutsche Volk steht vor einer Entscheidung von größter geschichtlicher Bedeutung: Es geht darum, ob der christliche Glaube in Deutschland Heimatrecht behalten soll oder nicht. Mit einer Wucht und Planmäßigkeit ohnegleichen wird das Evangelium von Jesus Christus heute bei uns bekämpft. [...] Machtmittel des Staates und der Polizei werden weithin eingesetzt gegen das Evangelium von Jesus Christus und gegen die, die sich zu ihm bekennen. [...] Es ist [...] ein schier unfaßbarer Gedanke, daß sich [...] staatliche Organe gegen das Evangelium von Jesus Christus wenden. Und doch geschieht es. [...] Der Totalitätsanspruch dieser [„neuheidnischen"] Weltanschauung bringt ungezählte evangelische Menschen in schwere Gewissensnot und in die ständige Versuchung zu Heuchelei und Lüge. Unter der Losung ‚Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens' wird die Kirche mehr und mehr [...] zurückgedrängt. [...] Wer sich gegen diese Bekämpfung des christlichen Glaubens auflehnt, muß gewärtigen, daß er als Staatsfeind gebrandmarkt wird. Der evangelische Christ findet vielfach bei Staatsbehörden kein Gehör, wenn er [...] Dingen widersprechen muß, die wider Gottes klares Gebot sind, wie etwa der massenhaften Vereidigung von Kindern am 20. April 1936.[155] [...] Viele Pfarrer und Laien haben in diesen Jahren um des Glaubens willen gelitten, haben zum Teil im Gefängnis und im Konzentrationslager gesessen, Ausweisungen u[nd] a[nderes] erdulden müssen. Wir wissen nicht, was uns noch bevorsteht. Aber was auch komme – wir sind gebunden an den Gehorsam gegen unseren himmlischen Vater!"

Es ist deutlich, dass die Worte dieser Abkündigung nicht nur innerkirchlich zu verstehen waren, sondern weit in den politischen Raum hinein-

[154] Zur Thematik „Kirche und Olympiade" s. Besier, Kirchen S. 543-551. Zur innenpolitischen Situation während der Olympiade siehe Endlich, Stefanie: [Art.] Olympische Spiele. In: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hgg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München 1997. S. 625: „Die Spiele wurden durch höchsten finanziellen und organisatorischen Aufwand zu einer beispiellosen ästhetisch-politischen Großinszenierung [...]. Für die Dauer der Spiele waren antisemitische Parolen [...] entfernt und der Verkauf des Hetz-Blattes *Der Stürmer* untersagt worden."

[155] Bei der Überführung der Pimpfe in die Hitlerjugend und Neuaufnahme der Zehnjährigen in das Deutsche Jungvolk am Geburtstage Hitlers.

reichten und Ideologie und Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus tangierten. Putzien wird sich dessen sehr wohl bewusst gewesen sein, und zwar auch darüber, dass er mit der Verlesung ein persönlich hohes Risiko einging. Inwieweit seine Gemeinde die Inhalte der Abkündigung bei dem einmaligen Vortrag von der Kanzel verstanden und nachvollzogen hat, ist schwer einzuschätzen. Auf jeden Fall wird dieses Wort, weil an einem Sonntag verkündet, wesentlich mehr Menschen erreicht haben als BK-Abkündigungen in Fürbittgottesdiensten an Wochentagen. Aufgrund der lückenhaften archivalischen Überlieferung ist nicht festzustellen, ob der Gottesdienst am 23. August 1936 polizeilich observiert und Putzien wegen der verbotenen Kanzelabkündigung von der Polizei verhört worden ist.

Insgesamt gestaltete es sich für die Polizeibehörden schwierig, sämtliche Gottesdienste beider Konfessionen flächendeckend und zu allen Zeiten zu überwachen. Die personellen Ressourcen der Polizei waren nicht beliebig zu vermehren, zumal das vorrangige Interesse der Behörden bei den zahlreichen und seit langem gepflogenen intensiven geistlichen Aktivitäten der Mehrheitskonfession lag. Die Gestapo selbst wurde zu Überwachungsmaßnahmen nicht eingesetzt, ihre Personaldecke war recht dünn. Im Kreis Olpe gab es keine einzige Gestapo-Dienststelle. Die nächste befand sich in Siegen, eine Außenstelle des Staatspolizeiamtes Dortmund.[156]

Fürbitten und Protestaktionen im Sommer 1937

Wilhelm Niesel bemerkt rückschauend zutreffend: „Das Jahr 1937 sollte das schwerste Jahr des Kirchenkampfes werden. Was der Staat 1936 im Blick auf die Olympiade unterlassen hatte, holte er jetzt nach."[157] Nationalsozialisten hatten dasjenige, was die kirchliche Opposition nach den Spielen zu gewärtigen hatte, bereits an einer Schaufensterscheibe unweit einer Berliner Kirche in den Vers gefasst:

„Nach der Olympiade
Hauen wir die BK zu Marmelade;
Dann schmeißen wir die Juden raus,
Dann ist es mit der BK aus."[158]

156 Hey, Bernd: Die nationalsozialistische Zeit. In: Kohl, Wilhelm (Hg.): Westfälische Geschichte Bd. 2. Das 19. und 20. Jahrhundert. Politik und Kultur. Düsseldorf 1983. S. 231.

157 Niesel, Wilhelm: Kirche unter dem Wort. Der Kampf der Bekennenden Kirche der altpreußischen Union 1933–1945. Göttingen 1978. S. 137.

158 Zitiert nach: Bentley, James: Martin Niemöller. Eine Biographie. München 1985. S. 153.

Das Reichsinnen- und das Reichskirchenministerium hatten am 9. Juni 1937 per Verordnung verfügt, dass alle nicht von den kirchenverfassungsmäßig vorgeordneten Kirchenbehörden genehmigten Kollekten unzulässig und zu beschlagnahmen seien. In der westfälischen Provinzialkirche traf dies allerdings nur auf solche Kollekten zu, bei denen zwischen dem offiziellen landeskirchlichen Kollektenplan des Münsteraner Konsistoriums und dem BK-Kollektenplan eine Diskrepanz vorlag. In einem solchen Falle war es dem Einfallsreichtum der BK-Pfarrer überlassen, die „verbotene" Kollekte vor einer möglichen Beschlagnahme rechtzeitig „verschwinden" zu lassen.[159]

Es lag klar auf der Hand: Durch diese Bestimmung sollte die BK finanziell getroffen werden. Kollekten zu ihren Gunsten waren nunmehr verboten. Wie rigide die Obrigkeit verfuhr, zeigt ein Funkspruch der Dortmunder Gestapo an den Olper Landrat, den dieser an die Kirchhundemer Gendarmerie weiterleitete:

> „Der Rat der altpreussischen Union der ev[an]g[e]l[ischen] Kirche [sic] hat beschlossen, am Sonntag[,] den 15.8.[19]37[,] einen Bittgottesdienst durchzuführen. [...] In den Gottesdiensten soll ein ausserordentliches Notopfer eingesammelt werden und noch während des Gottesdienstes in Sicherheit gebracht werden. [...] Die Kollekte ist in jedem Falle sicherzustellen."[160]

Putzien reagierte sehr überlegt, so dass der Kirchhundemer Amtsbürgermeister (als Ortspolizeibehörde) dem Landrat tags darauf nur zu berichten wusste:

> „Am Sonntag den 15. d[iese]s M[ona]ts haben in der ev[an]g[e]l[ischen] Kirche in Altenhundem keine Bittgottesdienste und keine ausserordentlichen Notopfersammlungen stattgefunden. Wie durch die Gend[armerie]-Beamten festgestellt wurde, soll der Bittgottesdienst am kommenden Donnerstag stattfinden. Ich habe veranlasst, dass dieser Gottesdienst überwacht wird."[161]

Am Donnerstag, 19. August 1937, fand dann der angekündigte Fürbittgottesdienst statt. Der überwachende Beamte berichtete:

> „Bei dem [...] Fürbittgottesdienste [...] wurden 4 männliche und 17 weibliche Personen als Teilnehmer gezählt. Die Predigt wurde von Pfarrer Putzi[e]n gehalten und war als ausgesprochene Bekenntnispredigt ausgearbeitet. Eine Kollekte wurde nicht erhoben. M[eines] E[rachtens] war der Prediger bereits gewarnt, denn alle seine Ausführungen waren sachlich und vorsichtig gehalten. Zum Schluß wurde die Liste der festgenomme-

[159] Zipfel, Kirchenkampf S. 125, und Erinnerung des Vfs. an eine entsprechende Bemerkung Helmut Gollwitzers im Kolleg.

[160] GAK, Amt Kirchhundem Teil 2, Nr. 157. „Funkspruch: Aufgenommen: 14.8.[19]37 – 17 Uhr". „Erfolgsbericht bis zum 17.8. an Stapo Dortmund". „Frist des Landrats 16.8. mittags 3 Uhr."

[161] GAK, Amt Kirchhundem Teil 2, Nr. 157. Orthographie originaliter. Bericht des Amtsbürgermeisters Kirchhundem an den Landrat in Olpe vom 16.8.1937.

nen bez[iehungs]w[eise] mit einem Redeverbot belegten Geistlichen und der sonstigen Festgenommenen verlesen."[162]

Offensichtlich gab es in der Kirchhundemer Amtsverwaltung oder der Gendarmerie Bedienstete, die das rigide Vorgehen des Staates gegen die Kirchen nicht mehr hinnehmen wollten und daher sowohl den evangelischen als auch die katholischen Geistlichen bei beabsichtigten Eingriffen und Überwachungen vorab informierten. Wer dies war, ist unbekannt geblieben. In der Kreisstadt Olpe war es wohl der Leiter des städtischen Ordnungsamtes selbst, der die Pfarrer von den angesagten Überwachungen in Kenntnis setzte. In solch einem Fall verzichtete Pfarrer Koch in der Olper Gemeinde auf die Verkündung der BK-Verlautbarung, in Altenhundem zeigte Putzien Zivilcourage und scherte sich nicht um staatliche Verbote.[163]

In dem erwähnten (und überwachten) Fürbittgottesdienst am 19. August 1937 verlas Putzien die Liste der mit Sanktionen belegten BK-Mitglieder. Es handelte sich dabei um die von der „Westfälischen Bekenntnissynode" am 12. August 1937 herausgegebene Aufstellung, in der die Namen von aus der Haft entlassenen, neu in Haft genommenen, mit Redeverbot belegten und vorübergehend inhaftierten Geistlichen und Gemeindegliedern genannt wurden.[164]

Eine intensive Überwachung aller Gottesdienste – auch für Altenhundem – wurde von der Gestapo für Sonntag, 29. August 1937, angeordnet, da anstelle der Predigt eine „Botschaft an die Gemeinden" verkündet werden sollte mit

„scharfe[n] Angriffe[n] gegen den Nationalsozialismus und staatliche Massnahmen. Gegen Verlesung in Kirchen ist nicht einzuschreiten. Die flugblattartige Verteilung ist jedoch mit allen Mitteln zu verhindern."[165]

In dieser „Botschaft" ging es unter anderem darum, sich nochmals gegen die Propagierung des „Neuheidentums", die Einengung kirchlicher Arbeit, die Behinderung der Jugendarbeit, gegen staatliche Eingriffe in das kirchliche Finanzwesen, Einschränkung geistlicher Tätigkeit durch Verhaftungen, Ausweisungen, Redeverbote und ähnliches zu verwahren. Die Bekanntmachung und Verdeutlichung dieser Gravamina musste bei den staatlichen und Parteistellen zu großer Nervosität führen. Folglich ordnete die Gestapo Überwachung an. Wie wichtig diese genommen wurde, ist

162 GAK, Amt Kirchhundem Teil 2, Nr. 157. Bericht Gendarmeriebeamter Gonther an Gendarmerie-Abteilungskommandant Niemeyer in Altenhundem und an Ortspolizeibehörde Kirchhundem vom 21.8.1937.

163 Thieme, Geschichte S. 197.

164 ALK Nr. 210. Fürbittenliste vom 12.8.1937. Putzien hat alle Fürbittenlisten verwahrt; s. AKL Nr. 206 und Nr. 210.

165 GAK, Amt Kirchhundem Teil 2, Nr. 157. Vermerk: „Funkspruch [der Stapo]. Eingegangen am 28.8.[19]37. 13.50 Uhr." Ohne Adressaten, offensichtlich „Gendarmerie-Abteilungsbereich in Altenhundem".

daran zu erkennen, dass statt einem nunmehr zwei Gendarmeriebeamte zur Überwachung abgeordnet wurden, die Hauptwachtmeister Hormel und Lorenz.[166] Auf diese Weise wollte man wohl sicherstellen, dass mittels einer gegenseitigen Kontrolle der Beamten zuverlässig und vollständig berichtet werde.

Adolf Hitler glaubte, durch eine von ihm zur allgemeinen Überraschung befohlene Kirchenwahl die neutralen oder auch renitenten BK-Pfarrer und Gemeinden kirchenpolitisch entmachten und reichsweit die DC endgültig an die kirchliche Macht bringen zu können.[167] Im Vorfeld dieser dann immer wieder verschobenen und letztlich nie realisierten Wahl – Hitler zweifelte zusehends an ihrem Erfolg – haben sich die in innerkirchliche und theologische Zwistigkeiten verhakten unterschiedlichen Gruppierungen („intakte" Landeskirchen, Dahlemiten, Lutheraner, sogenannte „Gemäßigte" usw.) zusammengefunden und die „Kasseler Botschaft" beschlossen, eine Kanzelabkündigung, die am 29. August 1937 verlesen werden sollte.[168]

Diese Abkündigung war außergewöhnlich umfangreich, und die beiden Polizisten müssen große Mühe gehabt haben, der Verlesung und insbesondere auch der ihnen fremden Terminologie zu folgen. Sie haben sich redlich bemüht, einige Gedanken notiert und das Wesentliche in außerordentlich verkürzter Form und zudem auch noch unvollständig reproduziert. Vergleicht man die Darstellung der Beamten mit dem vollständigen Text der „Kasseler Botschaft", so kann man erkennen, dass Putzien wahrscheinlich die gesamte Kanzelabkündigung ohne nennenswerte Kürzungen seiner Gemeinde zur Kenntnis gebracht hat.[169]

Wie schwer es den Polizisten gefallen war, ihren Auftrag weisungsgemäß zu erfüllen, mag man der Schlussbemerkung ihres Berichtes entnehmen:

> „Diese Ausführungen waren in Redewendungen aus der Bibel oder aus den Evangelien eingekleidet. Wahrscheinlich, um sie nicht allzu auffallend werden zu lassen. Im übrigen muss hier erwähnt werden, dass der Vorlesende nicht gut verstanden werden konnte, da er sehr undeutlich sprach."[170]

[166] GAK, Amt Kirchhundem Teil 2, Nr. 157. Erwähnt im Bericht des Gendarmeriepostenbereichs Meggen II vom 29.8.1937.

[167] Die Motive Hitlers, eine Wahl anzukündigen, sind nie völlig geklärt worden. Zipfels Ausführungen (s. Zipfel, Kirchenkampf S. 95) legen nahe, dass die DC sich dank der erwarteten staatlichen und NS-Protektion die besten Chancen ausrechnete, die Kirchenwahlen zu gewinnen.

[168] Beckmann, Jahrbuch S. 194-198.

[169] Dies ergibt sich aus einem Vergleich der Kanzelabkündigung mit dem Bericht des Gendarmeriepostenbereichs Meggen II vom 29.8.1937 (siehe unten Anm. 170).

[170] GAK, Amt Kirchhundem Teil 2, Nr. 157. Bericht des Gendarmeriepostenbereichs Meggen II vom 29.8.1937, weiter an Ortspolizeibehörde Kirchhundem am 30.8.1937, weiter an den Landrat in Olpe am 1.9.1937.

Im Übrigen waren Putzien und seine Gemeinde schon derart als „Bekennende Kirche" bekannt, dass der Polizeibeamte im Betreff seines Berichtes schrieb: „Ueberwachung eines Gottesdienstes der Bekenntniskirche [sic!] zu Altenhundem".

Fürbitte für Martin Niemöller

Am 1. Juli 1937 musste die „Bekennende Kirche" einen entscheidenden Rückschlag ihrer Arbeit hinnehmen: Pfarrer Martin Niemöller wurde verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit eingeliefert.

Niemöller war seit langem Hitler ein Dorn im Auge, denn er war der einzige, der bei einem Treffen aller evangelischen Kirchenführer mit dem Reichskanzler im Januar 1934 Hitler Auge in Auge widersprochen hatte und darauf bestand, dass auch die Kirche Verantwortung für das deutsche Volk trage und nicht nur der Reichskanzler.[171] Zudem war er derjenige, der eine Fundamentalopposition gegen eine Appeasement-Politik jeglicher Art gegenüber der staatlichen Kirchenpolitik (einschließlich DC und Reichsbischof) vertrat, damit in Opposition zu den Beschwichtigern und Gemäßigten in den eigenen Reihen stand und auf diese Weise zur Symbolgestalt des kompromisslosen kirchlichen Widerstandes wurde. Seine wenig diplomatische Sprache auch auf der Kanzel trug wesentlich dazu bei, dem Staat eine Angriffsfläche für eine Verfolgung nach den Bestimmungen des Heimtückegesetzes[172] und des Kanzelparagraphen zu bieten.[173]

Als der Beginn des Prozesses gegen Niemöller immer weiter verschoben wurde, riet die BK ihren Gemeinden, gegen eine derartige Verzögerungstaktik beim Justizministerium zu protestieren.[174] Der spektakuläre und auch von der Auslandspresse aufmerksam verfolgte Prozess vor dem Moabiter Sondergericht endete am 2. März 1938 mit der Verurteilung Niemöllers zu sieben Monaten Festungshaft, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt galt.[175] Dabei ist zu betonen, dass die soge-

171 Niemöller, Macht S. 19.

172 Heimtückegesetz – „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniform", erlassen am 20. Dezember 1934. Auf Grundlage dieses Gesetzes wurde die strafrechtliche Verfolgung jeder Kritik, die an der nationalsozialistischen Regierung geäußert wurde, möglich. Kritische Äußerungen wurden mit härtesten Strafen geahndet. S. Zipfel, Kirchenkampf S. 98f., S. 237.

173 So bezeichnete Martin Niemöller von der Kanzel Minister Kerrl, den Reichsminister *für* die kirchlichen Angelegenheiten, als „Reichsminister *gegen* die kirchlichen Angelegenheiten". Nach Erinnerung des Vfs. Bemerkung von Helmut Gollwitzer im Kolleg.

174 Niemöller, Wilhelm: Kampf und Zeugnis der Bekennenden Kirche. Bielefeld 1948. S. 426.

175 Niemöller, Macht S. 83, S. 89.

nannte „Festungshaft" eine nicht ehrenrührige Strafe war, also Würde und Ehre des Verurteilten unangetastet ließ.[176] Statt in Freiheit zu kommen, wurde Niemöller aber sofort nach der Aufhebung des Haftbefehls durch das Gericht von der Gestapo festgesetzt und vorerst ins Konzentrationslager Sachsenhausen verbracht, 1941 ins KZ Dachau.[177]

Diese Gesetz und Recht hohnsprechende Verhaltensweise der NS-Machthaber führte sowohl im außerdeutschen politischen und publizistischen Raum als auch im Bereich der BK zu lautstarken Protesten. Die BK setzte umgehend Bittgottesdienste an, obwohl die Gestapo Präses Koch verboten hatte, die BK-Pfarrer zu solchen Gottesdiensten zu veranlassen.[178]

Bereits am Sonntag, dem 6. März 1938, gab Paul Putzien seiner Gemeinde in einer Kanzelabkündigung der BK[179] das Schicksal Niemöllers bekannt – und dass er als Pfarrer wegen der widerrechtlichen Behandlung Niemöllers „läuten lassen würde".[180] Die Ortspolizeibehörde Kirchhundem berichtete daraufhin am nächsten Tag dem Olper Landrat:

> „Heute, am 7.3.[,] wurde die Totenglocke in Altenhundem tatsächlich geläutet[,] und zwar nach Angabe des Ortsgruppenleiters der NSDAP. [Wilhelm] Schmidt[181] einmal gegen Mittag und zum zweiten Male gegen 14½ Uhr."[182]

Dass in den regelmäßigen Fürbittgottesdiensten auch des Pfarrers Niemöller gedacht und für ihn gebetet wurde, ist mit Sicherheit anzunehmen, zumal er auch auf den Fürbittlisten der BK stand.[183]

176 Die Festungshaft wurde erst 1953 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen.

177 Nicolaisen, Carsten: [Art.] Niemöller, Martin. In: Theologische Realenzyklopädie. Bd. 24. Berlin/New York 1994. S. 504.

178 Hey, Bernd: Die Kirchenprovinz Westfalen 1933–1945 (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte 2). Bielefeld 1974. S. 283.

179 ALK Nr. 211. Kanzelabkündigung für den 6.3.1938 (hektographiertes Blatt).

180 GAK, Amt Kirchhundem Teil 2, Nr. 157. So im Bericht des Amtsbürgermeisters Dr. Hucke vom 7.3.1938 an den Landrat. Hucke bezieht sich auf eine Meldung des Gendarmeriebeamten Weissmüller vom selben Tag, der den Gottesdienst am 6.3. überwacht hatte.

181 Wohnhaft Altenhundem, Meggener Straße, laut: Adreßbuch des Kreises Olpe, Ausgabe 1938. Auf Grund amtlichen Materials hg. Feudingen 1938. S. X.

182 GAK, Amt Kirchhundem Teil 2, Nr. 157. Der Ortsgruppenleiter hat das Geläut nicht ohne Grund als ein solches der „Totenglocke" angesehen. Welchen Grund die zeitliche Differenz zwischen dem mittäglichen und dem Geläut um 14.30 Uhr einerseits und dem angekündigten von 15.00 Uhr bis 15.15 Uhr andererseits hatte, ist unbekannt, jedoch unerheblich. Wichtig war allein, dass das Geläut als Trauer- und Protestgeläut ausgeführt und als solches auch verstanden wurde. Es kann sich nicht um ein Beerdigungsgeläut gehandelt haben, denn zwischen dem 2. und dem 17. März hat es keine Beerdigung gegeben (so ALK Sterberegister 1938).

183 ALK Nr. 195. Undatierte Fürbittliste (wohl Ende 1937) der Superintendentur Lüdenscheid mit acht Namen aus der westfälischen Kirchenprovinz. Als neunter Name ist zu lesen: „Martin Niemöller, z[ur] Z[ei]t Berlin NW 40, Alt-Moabit 12a Untersuchungsfängnis".

Die Gestapo in Dortmund reagierte erst ziemlich spät auf das Glockenläuten. Anders als die Gestapo Bielefeld, die bereits am 7. März 1938 aktiv geworden war,[184] reagierten deren Dortmunder Kollegen erst am 18. März mit einem Verbot des täglichen Protest- und Trauerläutens:

> „Aus Anlass der erneuten Festnahme des Pfarrers Niemöller hat der Bruderrat der Westfälischen Bekenntnissynode angeordnet, dass täglich zum Zeichen der äußeren Trauer in der Zeit von 15,00 – 15,15 Uhr die Kirchen mit einer Glocke zu läuten haben.
> Ich ersuche, umgehend die verantwortlichen Pfarrer vorzuladen und ihnen das Läuten schriftlich zu Protokoll zu untersagen. Es ist ihnen zu eröffnen, dass sie mit strengsten staatspolizeilichen Massnahmen zu rechnen haben, falls sie dieser Auflage nicht umgehend nachkommen."[185]

Da dieser Befehl aber erst am 23. März bei der Kirchhundemer Ortspolizeibehörde angelangt war, konnte Putzien mithin mehrere Tage lang die Totenglocke zu der angegebenen Zeit läuten lassen, und viele Altenhundemer Bürger werden sich hinsichtlich des Grundes für das ungewöhnliche Läuten kundig gemacht haben. Eine Aktennotiz vom 23. März auf der Verfügung beweist tatsächlich das wiederholte Totengeläut:

> „Gend[armerie]-Meister Weissmüller ist heute verständigt worden, falls Pfarrer Putzien das Protestgeläute noch fortsetzt, ihn für den nächsten Morgen nach hier zu bestellen."[186]

Auf die angedrohten Konsequenzen hin hat dann Putzien das Geläut zwar eingestellt, sich jedoch andere Formen des Protestes überlegt. In einem Aktenvermerk vom 2. April 1938 berichtete der erwähnte Gendarmeriebeamte, dass das Geläut zwar tatsächlich eingestellt worden sei, sich Pfarrer Putzien jedoch dahingehend geäußert habe,

> „er würde, damit die Leute schon merkten, was los sei, zukünftig die [...] Kirchenbesucher anstatt wie bisher mit sämtlichen, nur mit 1 Kirchenglocke zum Kirchgang einladen."[187]

Der Olper Landrat Dr. Evers, dem der Sachverhalt mitgeteilt wurde, ließ Putzien wissen, ein solches Verhalten werde für ihn nicht ohne Konsequenzen bleiben. Putzien bezeichnete die ihm unterstellte Äußerung als ein Gerücht und nicht der Wahrheit entsprechend und gab an, „er beabsichtige nicht, zukünftig ein Protestgeläute in irgendeiner Form weiter durchzuführen."[188] Dabei ist es dann auch geblieben. Die wachsame Ob-

[184] Hey, Kirchenprovinz S. 283.
[185] GAK, Amt Kirchhundem Teil 2, Nr. 157. Anordnung der Gestapo Dortmund (mit Eilvermerk) vom 18.3.1938 an die Landräte im Regierungsbezirk Arnsberg und den Polizeipräsidenten in Dortmund.
[186] GAK, Amt Kirchhundem Teil 2, Nr. 157. Aktenvermerk der Ortspolizeibehörde Kirchhundem vom 23.3.1938.
[187] GAK, Amt Kirchhundem Teil 2, Nr. 157. Aktenvermerk der Ortspolizeibehörde Kirchhundem.
[188] Ebd.

rigkeit hatte indes weiter ein Auge auf den renitenten Geistlichen, musste aber feststellen, „dass das Protestgeläute nicht mehr, auch nicht in versteckter Form durchgeführt werde".[189]

Die Inhaftierung Martin Niemöllers im KZ Sachsenhausen hatte auch zur Folge, dass sich die Presbyterien vieler BK-Gemeinden beschwerdeführend an das Reichsjustizministerium wandten, durchaus darum wissend, dass sie mit ihrem Protest nichts ausrichten und ohne Antwort bleiben würden. Der Altenhundemer Kirchenvorstand – Putzien dürfte hier als federführend anzunehmen sein – beschloss in seiner Sitzung vom 23. März 1938:

> „Das Presbyterium richtet an das Justizministerium das Gesuch, den Herrn Pfarrer Niemöller auf Grund des Gerichtsurteils auf freien Fuß zu setzen. Die Gemeinden können die erneute Inhaftierung Pfarrer Niemöllers in einem Konzentrationslager nicht verstehen und befinden sich in großer Erregung."[190]

Es spricht für das Mitgefühl und die Solidarität des Presbyteriums, dass es Frau Niemöller „seine herzliche Teilnahme bekundet[e] und sie, ihren Gatten und ihre Kinder Gottes gnädiger Hut"[191] anbefahl. Frau Niemöller bedankte sich mit den Worten:

> „Auch Sie gehörten [mit Ihrem Schreiben] zu denen, die uns ihrer Gemeinschaft am Reich Gottes versicherten. [...] Wir trösten uns [mit] der Botschaft, daß Gott mit uns ist und seine Diener und sein Wort erhalten wird."[192]

Martin Niemöller sollte erst am Ende des Krieges seine Freiheit wiedererlangen, als Truppen der deutschen Wehrmacht das SS-Bewachungskommando entwaffneten, das den Befehl erhalten hatte, ihn und viele prominente Mitgefangene noch in letzter Stunde zu liquidieren.

Trügerische Ruhe

Die Zeit von Frühjahr 1938 bis Herbst 1939 scheint für die Altenhundemer Gemeinde und Putzien insofern eine ruhigere Zeit gewesen zu sein, als keinerlei Konflikte der BK mit den Staatsbehörden sich bis auf die Ebene der Ortsgemeinde verlagert hatten; jedenfalls scheint nichts dergleichen dokumentiert worden zu sein. Dies kann allerdings nur unter Vorbehalt gesagt werden, da Unterlagen verschollen, vernichtet oder beschlagnahmt worden sein könnten. Pfarrer Putzien dürfte auch in dieser Zeit die

[189] GAK, Amt Kirchhundem Teil 2, Nr. 157. Aktenvermerk der Ortspolizeibehörde Kirchhundem vom 12.4.1938.
[190] ALK Nr. 144 (Protokollbuch).
[191] Ebd.
[192] ALK Nr. 210. Schreiben von Elsa Niemöller vom 15.4.1938.

Verlautbarungen und Fürbittlisten der BK seiner Gemeinde zur Kenntnis gebracht haben, ohne damit aber offensichtlichen Anstoß zu erregen.

Zu innerkirchlichen Auseinandersetzungen kam es indes in jener Zeit wegen des sogenannten „Treueides". Friedrich Werner (DC), Präsident des „gleichgeschalteten" Evangelischen Oberkirchenrates (EOK) in Berlin, der obersten Verwaltungsbehörde der altpreußischen Kirche (EKdapU), hatte im Frühjahr 1938 die Vereidigung aller Pfarrer auf den Führer angeordnet – begründet mit einem angeblichen entsprechenden Wunsch des Staates. Die Eidesformel lautete:

> „Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe."[193]

Putzien verweigerte selbstredend die Unterzeichnung dieser uneingeschränkten, umfassenden Eidesformel, die einem Blankoscheck gleichkam; dem zuständigen Münsteraner Konsistorium teilte er (wie alle BK-Pfarrer) mit:

> „Unter Berufung auf mein Ordinationsgelübde erkläre ich, daß ich den Treueid nach dem im Gesetzblatt der Deutschen Evangelischen Kirche angeordneten Verfahren nicht leisten kann."[194]

Damit gehörte Putzien (wie auch Pfarrer Koch in Olpe) zu den insgesamt 490 westfälischen Pfarrern, die vorerst den Treueid verweigerten; 127 Pfarrer, vor allem wohl DC und „Neutrale", leisteten der Forderung Folge.[195]

Die BK konnte auch aus der nationalen Tradition heraus keine grundsätzlichen Einwände gegen einen Eid auf das Staatsoberhaupt erheben, doch Präses D. Koch wollte diese Eidesleistung nur unter dem Vorbehalt der Prärogative des Ordinationsgelübdes der Geistlichen akzeptieren und verfasste eine entsprechende Erklärung dazu, die der altpreußische EOK widerwillig hinnahm. In dieser Erklärung vom 16. Juli 1938 hieß es:

> „Er [der Eid] schliesst durch die Berufung auf Gott ein Tun aus, das wider das in der Heiligen Schrift bezeugte Gebot Gottes ist. Damit halten wir uns an das Wort des Herrn: ‚Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist' und an die apostolische Auslegung ‚Man muss Gott mehr gehorchen denn den Menschen' und ‚Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat'."[196]

Eine mit diesen eindeutigen theologischen Kautelen versehene Eidesformel konnte Putzien verantworten; er unterzeichnete sie am 19. Juli 1938 und übersandte sie Präses Koch.[197]

193 Zitiert nach Beckmann, Jahrbuch S. 232f.
194 LkA EKvW 1 (neu) Nr. 2271. Schriftliche Erklärung Putziens vom 29.5.1938.
195 Gerlach-Praetorius, Angelika: Die Kirche vor der Eidesfrage. Die Diskussion um den Pfarrereid im „Dritten Reich". Göttingen 1967. S. 125.
196 LkA EKvW 1 (neu) Nr. 2271.
197 Ebd.

Der Treueid selbst wurde für 30 Pfarrer der Synoden Lüdenscheid und Iserlohn ebenfalls am 19. Juli in Altena durch einen Vertreter des Konsistoriums abgenommen. Die Versammelten ließen es sich nicht nehmen, in geradezu Schwejkscher Manier an den Führer und Reichskanzler folgende Adresse zu richten:

> „Nachdem wir soeben den Treueid geleistet haben, bitten wir den Führer inständig, unseren Bruder Martin Niemöller aus dem Konzentrationslager zu entlassen, damit er wie wir im Dienst unserer Kirche für Führer, Volk u[nd] Vaterland seine Kräfte einsetzen kann."[198]

Pfarrer Dr. Putzien in Gestapohaft

Dass die lokalen nationalsozialistischen Staats- und Kommunalbehörden sowie die Parteidienststellen keine Sympathien für Pfarrer Putzien hegten, ist offensichtlich. Zu renitent hatte er sich seit der Zeit der „Machtergreifung" verhalten und mit seinem Eintreten für die genuinen Rechte der Kirche und die Unverfälschtheit der Verkündigung mittelbar die Staatsordnung des „Dritten Reiches" auf dem Weg über die Bekämpfung der systemtreuen „Deutschen Christen" und der staatlich protegierten Vertreter des „Neuheidentums" infrage gestellt. Putzien war diesbezüglich zu keinerlei Kompromissen bereit, machte aus seiner Einstellung kein Hehl und tat seine Überzeugung mit beträchtlicher Lautstärke kund. Jedermann in Altenhundem kannte ihn. Im vertrauten Kreis, so zum Beispiel mit dem Rektor der Altenhundemer Rektoratsschule, Josef Mimberg, in dem er auf einen Geistesverwandten traf, fielen Worte, von denen er später sagte:

> „Hätte Herr Rektor meine Äusserungen über das 3. Reich [...] weitergegeben, ich wäre längst an den Galgen gekommen."[199]

Aus Sicht der örtlichen Staats- und Parteivertreter bedurfte es nur noch eines Tropfens, um das Fass zum Überlaufen zu bringen. Der unbequeme Pfarrer musste diszipliniert werden. Dies sollte im Herbst 1939 geschehen, in einer Zeit also, als der ausgebrochene Zweite Weltkrieg die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich zog und ein gemaßregelter Pfarrer nicht mehr von großer Bedeutung zu sein schien.

[198] AKLP Nr. C 1,15. Konzept. Rückseitig 30 Unterschriften, unter anderem von Putzien, Arning und Lücking.

[199] Entlastungszeugnis Putziens für Josef Mimberg vom 16.12.1945 (beglaubigte Abschrift). Familiennachlass Mimberg im Besitz seines Großneffen M. P., Olpe.

Putziens Denunzierung

Putzien war zeit seines Lebens der Überzeugung gewesen: „Konfirmandenkinder hatten ihn denunziert."[200] Dies ist aber nur zum Teil zutreffend, zumal ein Schriftverkehr, der zeitlich vor den von der Polizei protokollierten Vernehmungen der Konfirmanden lag – auf diese Befragungen wird noch einzugehen sein –, jene Situation deutlicher zutage treten lässt, die zu seiner Verhaftung führte.

Am 22. September 1939 ließ NSDAP-Kreisleiter Fischer die Kirchhundemer Polizeiverwaltung, also Amtsbürgermeister Dr. Hucke, wissen, Putzien solle „im Konfirmandenunterricht gegenüber den Schülern staatsfeindliche Äußerungen getan haben". Er habe erklärt, „es würden unzählige Tränen vergossen, welche der englische Premierminister Chamberlain [...] alle in seinem Regenschirm auffange." Putzien sei, so Fischer, „von jeher als politischer Hetzer bekannt" und solle, falls die Anschuldigungen zuträfen, „verhaftet und von der Geheimen Staatspolizei nach Dortmund überführt" werden.[201] Auf welchem Weg der Kreisleiter an diese Informationen gelangt ist, kann nur vermutet werden. Die Konfirmanden, die später vernommen wurden, sind bei der Polizei nicht von sich aus in denunziatorischer Absicht initiativ geworden, denn sie wurden jeweils „vorgeladen" oder „bestellt". Möglicherweise haben diese Konfirmanden, die samt und sonders in der HJ waren,[202] ihrem Jungvolk- oder Fähnleinführer aus der (von der NSDAP ungern tolerierten) Konfirmandenunterweisung berichtet oder sind ausgeforscht worden, was dann „nach oben" weitergemeldet wurde. Mit dieser Überlegung korrespondiert auch das Verhalten des Schülers Robert P., der dem vernehmenden Polizeibeamten berichtete:

> „Ich habe die von dem Pfarrer gemachten Äußerungen unserem Fähnleinführer Schulz erzählt. Schulz sagte uns, daß er es melden würde. Wenn wir dann zu den Angaben vernommen würden, müßten wir auch dafür stramm stehen."[203]

Darüber hinaus muss noch auf nicht mehr zu klärende Weise der Kaufmann Willy Knigge aus Meggen in die Denunziation verwickelt gewesen sein, denn Amtsbürgermeister Hucke befahl eine beschleunigte Vernehmung der Schüler Robert P. und Siegfried S., die nach Auskunft Knigges die inkriminierten Äußerungen Putziens bestätigen könnten.[204]

200 Putzien, Gemeindegeschichte S. 25.
201 KAO A 3706. Schreiben der NSDAP-Kreisleitung Olpe (Kreisleiter Fischer) an Polizeiverwaltung Kirchhundem vom 22.9.1939.
202 Die Mitgliedschaft der vernommenen Schüler in der HJ geht aus den Polizeiprotokollen hervor.
203 KAO A 3706. Vernehmung vom 11.10.1939 durch Polizeihauptwachtmeister Arens.
204 KAO A 3706. Vermerk („vertraulich") des Amtsbürgermeisters Dr. Hucke vom 7.10.1938, gesandt an die Ortspolizeibehörde des Amtes Bilstein in Grevenbrück.

Die Zeugeneinvernahme der Schüler Robert P., Günter S., Siegfried S., Erwin B. und Gerhard J. (allesamt aus Meggen) fand am Mittwoch, dem 11. Oktober 1939, statt.[205] Sie wurden unabhängig voneinander vernommen und machten im Wesentlichen ähnliche oder übereinstimmende Angaben zu den Äußerungen Putziens. B. gab unter anderem an, Putzien habe in den ersten Kriegstagen gesagt, Deutschland werde den Krieg verlieren, England ihn gewinnen und Chamberlain mit seinem Regenschirm kommen und die Tränen der Deutschen sammeln. Gerhard J. gab zu Protokoll:

> „In den ersten Kriegswochen sagte er im Unterricht: ‚Es gibt Leute, die reden vom ewigen Deutschen Reich. Das ist Mumpitz und Quadderei. Es werden noch andere Schlachten als die vor Warschau geschlagen werden. Letzten Endes sind ja noch die Franzosen und Engländer da. Gott wird das Deutsche Reich wegen seiner Gottlosigkeit noch strafen. Auch werden noch viele Tränen vergossen werden, denn wir gehen einer harten Zeit entgegen.'"[206]

Als Putzien erfahren habe, J. sei Jugendschaftsführer[207] beim Jungvolk, habe er (so J.) geäußert: „Ihr seid ja noch keine Führer, sondern höchstens Verführer. Ihr wisst ja nicht, was unter Führung zu verstehen ist." Entschuldigungen für das Fernbleiben vom Kirchlichen Unterricht oder vom Sonntagsgottesdienst habe Putzien (so Robert P.) nicht gelten gelassen:

> „Vor etwa 2 oder 3 Wochen hatten wir an einem Freitag die Altmaterialiensammlung von dem Jungvolk durchzuführen. [...] Meine Mutter schrieb mir dann einen Zettel, daß ich wegen der Sammlung an dem Unterricht nicht hätte teilnehmen können. Hierauf sagte der Pfarrer, das sei keine Entschuldigung, der Unterricht ginge vor."[208]

Sämtliche Jungen wiesen darauf hin, dass Putzien nicht mit dem „Deutschen Gruß", also mit „Heil Hitler", gegrüßt werden wollte und auf einen solchen immer mit „Guten Tag" geantwortet habe.

Am 12. Oktober 1939 sandte der Elsper Polizeihauptwachtmeister Arens[209] den Vorgang mit den Zeugenaussagen an den Amtsbürgermeister in Grevenbrück, der ihn am selben Tag an den Kirchhundemer Amtsbürgermeister weiterreichte und mit dem Vermerk versah:

> „Da die Schüler dem Sinne nach alle das Gleiche bekunden, bestehen an der Richtigkeit der Aufgaben [muss heißen: Angaben] m[eines] E[rach-

[205] KAO A 3706. Daselbst alle Protokolle der Zeugenvernehmungen. Gerhard J. und Erwin B. wurden durch den Hilfspolizeibeamten Kratzenberg, Günter S. und Robert P. durch Polizeihauptwachtmeister Arens vernommen.

[206] KAO A 3706.

[207] Der Jugendschaftsführer hatte die Verantwortung für zwölf Jungen. Näheres bei: http://www.kollektives-gedaechtnis.de/texte/vor45/hjugend.html.

[208] KAO A 3706.

[209] Nicht identisch mit dem Gendarmeriewachtmeister Ahrens. Die Polizeibehörde in Elspe war für diese Zeugenvernehmung zuständig, da Meggen zu deren Bereich gehörte. Die Kirchhundemer Polizeibehörde war für Altenhundem zuständig.

tens] keine Zweifel. Aus diesem Grunde und um die Inschutzhaftnahme nicht länger hinauszuzögern[,] ist von der Vernehmung weiterer Zeugen einstweilen abgesehen worden."[210]

Wie sind die Aussagen der Schüler zu bewerten? Zweifellos – dies geht aus allen Vernehmungen hervor – hat sich Putzien in seinem Gebaren und seinen Äußerungen gegenüber den Konfirmanden höchst ungeschickt verhalten. Dabei ist allerdings zu beachten, dass es sich – und dies geht indirekt aus den Zeugenbefragungen hervor –[211] bei einigen von ihnen um disziplinlose und schwierige Jungen gehandelt hat, die sehr bewusst ihre Mitgliedschaft in der HJ gegenüber dem Pfarrer ausspielten, nicht zuletzt deshalb, um diesen zu reizen und auch zu ärgern.[212] Dabei mögen sie auch bewusst oder unbewusst Putziens Formulierungen tendenziell einen politisch negativ konnotierten Sinn beigelegt haben. Putzien hat sich durch eine solche Verhaltensweise provozieren lassen und wird dem einen oder anderen der sich flegelhaft und herausfordernd benehmenden Jungen auch Ohrfeigen verpasst und sie verbal attackiert haben.[213] Interessant ist, dass die Zeugen samt und sonders aus dem ausgesprochen proletarischen Milieu Meggens stammten und wohl über ihre Elternhäuser kirchenkritisch ausgerichtet waren. Von Schwierigkeiten Putziens mit Konfirmanden aus anderen Ortschaften gibt es keine Nachricht.

Putzien hat sich im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten in einem totalitären Staat zusammen mit der Gemeindeschwester um eine intensive Jugendarbeit in seiner Gemeinde gekümmert. Dabei waren ihm von Staats wegen zahlreiche Aktivitäten untersagt wie etwa Wanderungen, Fahrten, Zeltlager usw., die samt und sonders der Hitlerjugend vorbehalten waren. Dass auf diesem Hintergrund manche Konfirmanden den Kirchlichen Unterricht nicht als sonderlich attraktiv betrachtet haben, ist verständlich, doch gehörte die Konfirmation als unbestrittener „rite des passage" hin zur Erwachsenenexistenz auch in der Zeit des „Dritten Reiches" zum üblichen protestantischen Lebensvollzug.

210 KAO A 3706.

211 Siehe die folgende Anmerkung.

212 KAO A 3706. Polizeiliche Vernehmung des Schülers Erwin B., in der dieser angab: „Ferner hat er [Putzien] uns [...] den Gruß ‚Heil Hitler' verboten und gesagt, wir sollten die Mütze abnehmen und ‚Guten Tag' sagen. Da wir nun erst recht mit ‚Heil Hitler' grüßten, schlug er uns. Ich habe selbst unzählige Schläge mit seiner Hand an meinem Kopf erhalten."

213 KAO A 3706. Polizeiliche Vernehmung des Schülers Günter S., in der dieser ausführte: „Wohl habe ich schon mal eine Ohrfeige erhalten, weil ich während des Unterrichts gesprochen hatte. Ein andermal auch, weil ich ihm Widerworte gegeben hatte." Polizeiliche Vernehmung des Aufbauschülers Gerhard J.: „Es vergeht auch keine Unterrichtsstunde [im Konfirmanden- oder im schulischen Religionsunterricht?], in der er nicht von der Religion zur Politik überspringt und hier ca. eine Viertelstunde darüber redet. Wenn ihm nun ein Schüler etwas widerlegen wollte, so jagte er diesen sofort hinaus und schloß das Unterrichtszimmer ab."

Insbesondere die Konfirmationen selbst gestaltete Putzien in einer Weise, dass der Gegensatz zur Staatsideologie signifikant hervorgehoben wurde – nicht unbedingt zum Wohlgefallen etlicher dem System mehr oder minder zugeneigter Gemeindeglieder und ganz gewiss nicht im Sinne der NSDAP, die davon Kenntnis genommen haben dürfte:

> „Die Konfirmandenprüfungen [wurden] jedes Jahr in der Weise gehalten, daß die großen, christlichen Grundwahrheiten den Eltern und der versammelten Gemeinde missionarisch durch die Kinder vorgehalten und bezeugt und die Irrlehren der damaligen Zeit gebrandmarkt wurden."[214]

Es verwundert, dass Putzien nicht die Konsequenzen bedacht hat, die sich für ihn, seine Frau und seine mittlerweile fünf Kinder aus seinem gesamten Verhalten ergeben könnten. Zumindest musste er damit rechnen, dass systemkritisch zu interpretierende Äußerungen interessierten Stellen hinterbracht würden. Putzien war an sich klug genug, den totalitären Charakter des „Dritten Reiches" zu erkennen, doch hat er wohl nicht bedacht, dass manche seiner Formulierungen missverständlich waren und gezielt gegen ihn Verwendung finden könnten. Solange er „nur" die „Deutschen Christen" und das „Neuheidentum" in den Blick nahm und gegen sie predigte und argumentierte, war es schwierig, ihm ein staatsabträgliches Verhalten anzulasten. Mit seinen Äußerungen im Konfirmandenunterricht hatte er aber eine Grenzlinie überschritten, die es möglich machte, gegen ihn vorzugehen und ihn abzustrafen.

Warnungen im Vorfeld seiner Inhaftierung hat Putzien in den Wind geschlagen. Sein Grevenbrücker Kollege Konrad Pook[215] berichtete in einem Brief am 22. November 1939 seinem Amtskollegen Theodor Brandt[216], Pfarrer an der Dortmunder Reinoldikirche:

> „Die Altenhundemer Gemeindeschwester [Elsa Mann] hat Br[uder] P[utzien] in den letzten Wochen vor seiner Verhaftung wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß etwas gegen ihn im Gange sei, sie wies ihn auch darauf hin, *worum* es sich nach den Gerüchten handeln sollte. Br[uder] P[utzien] hat dann immer wieder geantwortet, daß der Gebrauch solch sinnloser politischer Äußerungen für ihn überhaupt nicht in Frage komme, am allerwenigsten im kirchlichen Unterricht."[217]

Die Konsequenzen für Putzien, die sich aus den Vernehmungen letztlich ergeben haben, waren für die Konfirmanden wohl kaum vorhersehbar. Eine mögliche KZ-Haft für den Pfarrer mit all den furchtbaren Begleitumständen dieser Haft lag außerhalb des Vorstellungsvermögens jener drei-

[214] Putzien, Gemeindegeschichte S. 24f.

[215] *1909 Wesermünde-Lehe, †1987 Herne; s. Bauks, Pfarrer Nr. 4842. Bauks gibt das Todesjahr fehlerhaft an. Freundliche Mitteilung LkA EKvW vom 29.10.2015.

[216] *1890 Kaiserslautern, †1981 Bad Salzuflen. Freundliche Mitteilung LkA EKvW vom 29.10.2015.

[217] ALK Nr. 1. Schreiben von Pastor Pook an Brandt vom 22.11.1939. Sperrung im Original.

zehn- bis vierzehnjährigen Jungen. Für sie war Putzien jemand, der nicht in die neue Volksgemeinschaft passte, der dem starken Führerstaat, dem neuen Deutschen Reich „der Größe und der Ehre und der Kraft und der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit"[218] nichts abzugewinnen vermochte und deswegen von der Obrigkeit zur Rechenschaft gezogen werden sollte. Einer physischen Drangsalierung oder Vernichtung des Pfarrers hätten sie wohl kaum die Hand gereicht.[219]

Dr. Hucke war sichtlich erfreut, endlich belastendes Material über den Pfarrer in den Händen zu halten, und übersandte es der Dortmunder Gestapo noch am Samstag, 14. Oktober 1939, mit der Bitte,

> „der Außenstelle [der Geheimen Staatspolizei] Siegen [...] die Ermittlungssache [...] sofort mit dem Auftrage zu übersenden, die verantwortliche Vernehmung und die Inschutzhaftnahme des Putzien durchzuführen."[220]

An den Landrat richtete Hucke mit gleichem Datum folgendes Schreiben:

> „Von den [...] Ermittlungsvorgängen überreiche ich anliegend Abschrift in 5facher Ausfertigung. 2 Abschriften sind heute der Stapo Dortmund und 1 Abschrift ist der Kreisleitung der NSDAP. in Olpe unmittelbar übersandt worden."[221]

Landrat Evers war wegen der unmittelbaren Übersendung der Unterlagen an die Gestapo höchst ungehalten und sah sich vor vollendete Tatsachen gestellt: Dr. Hucke hatte den Dienstweg nicht eingehalten! Evers schrieb daher mit seinem großen blauen Stift in seiner fast unleserlichen Handschrift quer über das Blatt:

> „Das unmittelbare Übersenden soll aufhören. Es muß zum mindesten mir in der Sache *vorher* telef[onisch] Mitteilung gemacht werden. Ich halte ein scharfes Durchgreifen durch die Stapo für notwendig. E[vers]."[222]

Die Dortmunder Gestapo handelte dann umgehend. Aufgrund der ihr übersandten Unterlagen und der von ihr aufmerksam registrierten bisherigen Geschehnisse um Pfarrer Putzien verhaftete sie diesen am Mittwoch, 18. Oktober 1939, in seinem Pfarrhaus und verbrachte ihn nach Dortmund. Im Haftbuch des Polizeipräsidiums findet sich die Eintragung:

218 Adolf Hitler am 10. Februar 1933 im Berliner Sportpalast.

219 Putziens Tochter, Frau Dorothea Jens, Lüdenscheid, ist der festen Überzeugung, dass die erwähnten Konfirmanden keinesfalls eine Drangsalierung oder Vernichtung des Pfarrers beabsichtigen wollten. Sie kennt die seinerzeitige Situation sowohl aus eigener Erinnerung als auch aus der familiären Überlieferung (Gespräch mit Vf. am 10.1.2016).

220 KAO A 3706. Amtsbürgermeister Dr. Hucke an Gestapo Dortmund vom 14.10.1939. Der Dienstweg über den Landrat wurde nicht eingehalten.

221 KAO A 3706. Eingangsvermerk des Landrats vom 16.10.1939.

222 KAO A 3706. Unterstreichung im Original.

„Tag der Verhaftung: 18.10., 16.20 Uhr [...] Ursache der Verhaftung: politisch, staatsf[eindliche] Äusserungen".[223]

Von seiner Frau konnte Putzien sich nicht mehr verabschieden, sie war verreist.[224]

Verantwortlichkeiten

Von den Personen, die für die Verhaftung Putziens verantwortlich waren, ist zuerst *Bürgermeister Dr. Siegfried Hucke* zu nennen. Er war ein völlig überzeugter Nationalsozialist, in der Bevölkerung nicht gelitten, besaß kein politisches Augenmaß, war für sein Amt zu jung, ohne ausreichende Erfahrung und nur von dem Gedanken beherrscht, die NS-Ideologie in seinem Verantwortungsbereich, das heißt im Amt Kirchhundem, effektiv umzusetzen. Dabei galt es, Störenfriede auszuschalten, hier den evangelischen Pfarrer. Dieser Charakterisierung entspricht, dass Hucke neben seinem Bürgermeisterposten auch noch „Vorsitzender des Kreisparteigerichts" war.[225] Sein direkter Schriftverkehr mit der Gestapo zeugt davon, dass er mit seinem ambitionierten Verhalten sogar willens war, den Landrat als vorgeordnete Behörde zu überspielen.[226]

Kreisleiter Wilhelm Fischer wollte Putzien ebenfalls als ein störendes Element entfernt wissen. Ihm war bewusst, dass dies leichter zu bewerkstelligen war als bei einem katholischen Geistlichen, dessen Verfolgung eine Rebellion der Gläubigen zur Folge gehabt hätte. Als jedoch Fischer realisierte, dass Putzien Schlimmes zu gewärtigen hatte, versuchte er, dies zu verhindern. Auf seine Initiative wird später hinzuweisen sein. Blut wollte er jedenfalls nicht an seinen Händen haben, so rabiat er auch in Einzelfällen sein mochte. Was Fischer an Putzien maßlos geärgert haben wird, war dessen Ablehnung des „Deutschen Grußes", denn Fischer war ein fanatischer Befürworter desselben und sollte dies sogar 1942 in einer kleinen Schrift energisch kundtun.[227]

[223] LA Polizeipräsidium Dortmund Nr. 1418 (Haftbuch).
[224] So Pastor Pook an Pfarrer Brandt vom 22.11.1939; ALK Nr. 1.
[225] Adreßbuch Kreis Olpe 1938, S. X.
[226] Die Charakterisierung Huckes ergibt sich aus dessen Verhalten im Fall Putzien, aus dem Verfolgungsverlangen gegen den ehemaligen Zentrumspolitiker Josef Schmelzer (Oberhundem) (siehe unten Anm. 231) und aus den Ausführungen in Vormberg, Martin: Die neuere Geschichte des Kirchhundemer Landes – von 1816 bis 1994. In: Becker/Vormberg, Kirchhundem, dort S. 310-321, S. 329-339, S. 344-358.
[227] Zur Charakterisierung von Person und Verhalten des Kreisleiters Wilhelm Fischer ist auf die ausführliche Publikation des Verfassers zu verweisen: Thieme, Hans-Bodo: Der Olper NSDAP-Kreisleiter Wilhelm Fischer (1906–1965). Eine biographische Skizze. In: Wermert, Josef (Hg.): Olpe in Geschichte und Gegenwart (Jahrbuch des Heimatvereins für Olpe und Umgebung 20). Olpe 2012. S. 13-134. Nachweislich hat Fischer im Kreis Olpe die Hinrichtung zweier polnischer Zwangsarbeiter ver-

Letztlich ist als verantwortlicher Amtsträger *Landrat Dr. Herbert Evers* zu nennen. Hucke hatte ihn zwar übergangen, aber es wäre dem Landrat nicht unmöglich gewesen, die Verhaftung zu sistieren, Putzien zu sich zu zitieren und ihm unter vier Augen oder auch im Beisein des Kreisleiters „den Kopf zu waschen", für den Fall andauernder Widersetzlichkeit mit Schutzhaft zu drohen, aber zwischenzeitlich die Sache auf Eis zu legen. Das hätte Putzien wahrlich verstanden. Wenn es um evangelische Geistliche ging, zeigte sich Evers hart und kompromisslos. Das musste auch der Grevenbrücker Vorgänger von Pastor Pook, Pastor Hans Wendt (in Grevenbrück von 1934 bis 1936)[228], erfahren, dessen Verhalten Evers wiederholt der Gestapo zur Kenntnis gebracht hatte.[229] Ob Evers generell Aversionen gegen evangelische Geistliche gehegt hat, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, ist aber keinesfalls ausgeschlossen. Auf jeden Fall wird Evers deren geistige und geistliche Unabhängigkeit irritiert haben. Nicht einmal in eine festgefügte und damit berechenbare kirchliche Hierarchie waren sie eingebunden und daher bei Widerspenstigkeit und politischer Unbotmäßigkeit nicht leicht zu disziplinieren. Evers muss eine gewisse Kenntnis über den Protestantismus gehabt haben, denn er kam aus einem konfessionsverschiedenen Elternhaus. Evers' Vater war evangelisch und hatte bestimmt, nach seinem Tod – er starb bei einer Explosion in der Dynamitfabrik Grevenbrück am 13. September 1929 – auf dem evangelischen Kirchhof in Altenhundem, also neben dem Gotteshaus, in dem Putzien wirken sollte, zur letzten Ruhe gebettet zu werden.[230]

War es für Evers opportun, verhinderte er die Verfolgung Andersdenkender, so – auch gegen den Widerstand Huckes – die des ehemaligen Oberhundemer Zentrumspolitikers Josef Schmelzer, zumal dieser vor Evers und im Beisein von Kreisleiter Fischer und SA-Standartenführer Georg politische Abstinenz geschworen und sich auch daran gehalten hatte.[231] Ein ähnlich konziliantes Verhalten Evers' ist gegenüber dem katholischen Pfarrer Wilhelm Sondermann (in Grevenbrück von 1934 bis 1949) zu berichten, der in Evers' Heimatgemeinde Dienst tat. 1935 vor dem Sondergericht Dortmund – es tagte in Grevenbrück – wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz angeklagt, wurde Sondermann aufgrund der für ihn ausgesprochen entlastenden Zeugenaussage des Land-

hindert und zu Kriegsende in Unna dafür gesorgt, dass zwei Volkssturm-Kompanien nicht in einen sinnlosen Endkampf geführt wurden.

228 *1906 Asemissen, †1941 (gefallen in Russland); s. Bauks, Pfarrer Nr. 6795.

229 Thieme, Hans-Bodo: Herbert Evers. Landrat des Kreises Olpe von 1933 bis 1945. Ein politisches Leben in Widersprüchen (Schriftenreihe des Kreises Olpe 29). Olpe 2001. S. 139-143.

230 Sauerländisches Volksblatt vom 17.9.1929; Evangelische Kirchengemeinde Grevenbrück. Bestattungsregister: Sterbeeintrag vom 16.9.1929. Beisetzung durch Pfarrer Hoos (Altenhundem).

231 Thieme, Fischer S. 40-50.

rats freigesprochen, obwohl die Staatsanwaltschaft eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten beantragt hatte.[232]

Das Schicksal von Dr. Putzien war für den Landrat ohne jegliches Interesse – Evers ließ den Pfarrer ins offene Messer laufen.

Gestapohaft

Die für den Regierungsbezirk Arnsberg zuständige Behörde der Geheimen Staatspolizei befand sich in Dortmund. Dorthin wurden alle Personen überstellt oder vorgeladen, bei denen Ermittlungsbedarf bestand, weil sie sich wegen staats- oder systemabträglichen Verhaltens verdächtig gemacht hätten und vernommen werden sollten. Das Gebäude in der Steinstraße, auch „Steinwache" genannt, war ursprünglich ein normales Polizeigefängnis, in das aber nach 1933 in zunehmendem Maße von der Gestapo verhaftete Personen verbracht wurden und in dem auch verhört und gefoltert wurde. Vernehmungen und – gegebenenfalls – Folterungen fanden auch in der eigentlichen Gestapo-Dienststelle in Dortmund-Hörde, Benninghofer Straße 16, statt. Der für den jeweiligen Fall zuständige Gestapobeamte erstellte am Ende der sich auch über längere Zeit hinziehenden Vernehmungen einen Schlussbericht und versah ihn mit einem Strafvorschlag: Verwarnung, kurzfristige Haft oder Einweisung in ein KZ.[233]

Pfarrer Putzien wurde im Polizeigefängnis Steinstraße inhaftiert,[234] was den Vorteil hatte, dass seine Bewacher „normale" Vollzugsbeamte waren und keine Gestapoangehörigen. Bereits einen Tag nach seiner Inschutzhaftnahme wurde er zu den Vorwürfen ausführlich zu Protokoll vernommen.

Hinsichtlich der Verwendung des „Deutschen Grußes" äußerte sich Putzien dahingehend, dass er keinen Schüler wegen der Verwendung des Grußes geschlagen habe:

> „Über die Anwendung des Deutschen Grusses vertrete ich folgenden Standpunkt: Der Deutsche Gruss ist der amtliche Gruss. Ich kann demzufolge auch meine Konfirmanden mit ‚Guten Tag' grüssen. Bei Behörden wende ich stets den Deutschen Gruss an."

Hinsichtlich der Sache mit Chamberlain und dessen Regenschirm erklärte Putzien, dass er auf einem Schülerzettel Chamberlain mit Regenschirm

[232] Thieme, Evers S. 138f.

[233] Nach der Aussage des vormaligen Dortmunder Kriminalkommissars bei der Gestapo Wilhelm Gilbrich vom 22.9.1961 vor den Ermittlungsbehörden im Fall der Hinrichtung des polnischen Staatsbürgers Stanislaus Komakowski im Jahr 1942. LA Staatsanwaltschaft Dortmund, Nr. 1234, Bd. 2/251.

[234] ALK 1. Rundschreiben Superintendent Arning vom 9.11.1939.

gezeichnet gesehen habe. Putziens Kommentar vor den Konfirmanden lautete nach seinen Angaben:

> „Mit dem Regenschirm will sicherlich Chamberlain die Tränen auffangen, die in diesem Kriege vergossen werden."

Putzien bestritt vehement, von einer Niederlage Deutschlands und einem Sieg Englands gesprochen zu haben, wohl aber äußerte er, dass wir in diesem Krieg „sehr viele Menschen verlieren werden." Seine Kritik an der gängigen Redewendung vom „ewigen deutschen Reich" begründete Putzien damit,

> „dass nur das Reich Gottes ewig ist, im Gegensatz zu Deutschland. Ferner gebe ich zu, gesagt zu haben, dass Gott das Deutsche Reich wegen seiner Gottlosigkeit noch strafen würde. Weiterhin habe ich gesagt, dass noch andere Schlachten als die vor Warschau geschlagen werden, da ja auch noch die Franzosen und Engländer da sind."

Putzien muss inzwischen klargeworden sein, dass er sich auf ganz dünnem Eis bewegte und die Vernehmung samt Zeugenaussagen tendenziell auf die Feststellung eines defätistischen, den Wehrwillen Deutschlands schwächenden Verhaltens hinauslaufen könnte. Von daher versuchte er, durch eine salvatorische Formulierung zu retten, was zu retten war:

> „Ich sehe ein, dass ich während des Unterrichts die Politik nicht erwähnen durfte, da ich durch meine getanen Äusserungen [...] Missverständnisse und Zweideutigkeiten hervorgerufen habe. Ich werde in Zukunft politische Äusserungen unterlassen. Zum Schluss will ich noch extra betonen, dass ich durch diese getanen Äusserungen niemals meine staatsablehnende Einstellung den Kindern gegenüber zum Ausdruck bringen wollte."[235]

Ob diese Vernehmung die einzige war, die Putzien überstehen musste, kann nicht gesagt werden. Ermittlungstaktisch war es indes sinnvoll, den Inhaftierten in zeitlichen Abständen nochmals zu den zu untersuchenden Vorwürfen zu vernehmen, um mögliche Divergenzen in den Aussagen zu erheben und so die Wahrheit herauszuschälen. Da die Gestapo dem Landrat auf dessen Ersuchen vom 1. November 1939[236] das Verhörprotokoll (und nur dieses) zugeleitet hatte, kann davon ausgegangen werden, dass zwischenzeitlich auf dem Vernehmungswege keine substantiell neuen Erkenntnisse hatten gewonnen werden können. Jedenfalls sind dem Landrat keine weiteren Protokolle übermittelt worden. Im Übrigen war die Gestapo an der Feststellung der Fakten nur höchst sekundär interessiert – anderenfalls hätte sie bei den Konfirmanden weitere Zeugenvernehmungen durchführen lassen müssen, um Unstimmigkeiten und Widersprüche aufzuklären. Sie hatte den missliebigen Pfarrer hinter Schloss

[235] KAO A 3706. Vernehmungsprotokoll vom 19.10.1939. Kopie des Landrats.
[236] KAO A 3706. Schreiben des Landrats an die Gestapo Dortmund vom 1.11.1939 (Paraphe von Evers).

und Riegel gebracht und dachte nicht daran, ihn bald wieder laufenzulassen.

Zu den Gepflogenheiten der Gestapo gehörte es, den Inhaftierten zu isolieren, ihn also in Einzelhaft zu nehmen, um ihn zu zermürben und aussagebereit zu machen. Aus diesem Grund lehnte die Gestapo in Dortmund bis auf wenige Ausnahmen Besuche bei Putzien ab. Pastor Pook aus Grevenbrück, der sich sehr bemühte, Putzien und dessen Familie in dieser ausgesprochen schwierigen Situation zu helfen, berichtete Jahrzehnte später:

> „Daß Bruder Putzien in der Gefangenschaft so wenig Besuch bekam, lag keineswegs an der Feigheit der Amtsbrüder. Man wurde einfach nicht zugelassen in der Dortmunder Gestapo-Haftanstalt."[237]

Zu Mitgefangenen konnte Putzien keinen Kontakt aufnehmen; die an sich üblichen Hofgänge wurden ihm nicht gewährt.[238] Ein ehemaliger Mithäftling, Kaufmann Albert Schmidt aus Altenhundem, berichtete 1953:

> „Wie mir bekannt ist, hat Herr Pastor Dr. Putzien die strengste 10wöchentliche Einzelhaft verbüßen müssen, wobei er nicht einmal richtige und genügende Ernährung erhielt.[239] Durch besondere Gunst und Fügung konnte ich ihm jedoch mitunter Lebensmittelzuwendungen machen."[240]

Selbstredend setzten Frau Putzien und Pastor Pook sofort Superintendent Arning und die westfälischen BK-Amtsbrüder von der Verhaftung in Kenntnis. Theodor Brandt, Dortmunder Pfarrer an der Reinoldikirche, suchte Kontakt zur Gestapo und berichtete Pook in einem kurzen Schreiben vom 27. Oktober 1939:

> „Der Beamte (Sachbearbeiter Seidel) erlaubt *vorläufig* noch keinen Besuch. Aussagen im Konf[irmanden]Unt[erricht], von Br[uder] P[utzien] bestätigt, wie S[eidel] sagte, der freund[lich] Bibel und Gesangbuch erlaubt. Ich sandte sie heute. Hoffentlich leiteten Sie alle Schritte ein (Präses [Koch], [BK-Pfarrer Ludwig] Steil u[nd] a[ndere])."[241]

Dass der Gestapobeamte die Erlaubnis gab, Putzien Bibel und Gesangbuch zukommen zu lassen, zeigt zumindest, dass Putzien keinen un-

[237] ALK Nr. 1. Schreiben von Pastor Pook an Pfarrer Möllhoff vom 1.11.1982.

[238] LA Regierung Arnsberg, Wiedergutmachungen Nr. 29595. Erklärung des Mitinhaftierten Albert Schmidt, Altenhundem, vom 30.6.1953 (beglaubigte Abschrift vom 2.7.1953).

[239] Putzien spricht über seinen Gefängnisaufenthalt in einem Schreiben vom 21.6.1954, er nennt sich selbst in der 3. Person Singular: „Er verlor im Gefängnis einen Vorderzahn durch Beißen auf einen harten Brotkampen, durfte dann in Begleitung eines Bewachungsmannes mehrere Male zu einem Zahnarzt in Dortmund sich in Behandlung nehmen lassen". LA Regierung Arnsberg, Wiedergutmachungen Nr. 29595.

[240] LA Regierung Arnsberg, Wiedergutmachungen Nr. 29595. Erklärung des Mitinhaftierten Albert Schmidt, Altenhundem, vom 30.6.1953 (beglaubigte Abschrift vom 2.7.1953).

[241] ALK Nr. 1. Schreiben von Pastor Brandt an Pastor Pook vom 27.10.1939.

menschlich verschärften Haftbedingungen ausgeliefert war. Ob des Beamten Aussage, Putzien habe die Vorwürfe eingeräumt, zutrifft oder nur eine Finte darstellte, kann nicht entschieden werden.[242]

In dieser ziemlich aussichtslosen Situation unternahmen Frau Putzien und der mit der Familie befreundete Pastor Birker[243], Begründer des Martinswerks in Dorlar bei Schmallenberg, einen denkbar problematischen, außerordentlich unklugen Schritt. Sie suchten am 1. November 1939 Landrat Dr. Evers auf und baten um Auskunft in der Verhaftungsangelegenheit. Laut eines längeren amtlichen Aktenvermerks wurde „den Erschienenen [...] erklärt, dass [...] die Verhaftung [...] erfolgt sei wegen Äusserungen im Unterricht, aus denen [auf] eine gegensätzliche Einstellung [Putziens] zur Regierung zu schliessen sei."[244] Birker wies darauf hin, dass nach einer Information vom Altenhundemer Ortsgruppenleiter Schmidt, die er, Birker, bekommen habe, die Jungen, die die Äußerungen Putziens weitergegeben hätten, „keinen guten Ruf" genössen. Frau Putzien suchte die beiden Brüder P. (obwohl nur Robert P. vernommen worden war) als Kleinkriminelle hinzustellen, die „schon wegen Apfeldiebstahls einmal festgenommen worden seien, [während] der ältere Bruder schon wegen Diebstahls Gefängnis erhalten habe." Frau Putzien und Pastor Birker waren sich wohl nicht darüber im Klaren, dass sie mit ihren Aussagen die Gestapo mittelbar beschuldigten, sich bei der Verfolgung von Putzien – wissentlich oder auch ohne die Sachlage hinreichend geprüft zu haben – unglaubwürdiger Kleinkrimineller zu bedienen und klärungsbedürftige Sachverhalte nicht weiter zu untersuchen.

Evers scheint über den Besuch von Frau Putzien und Pastor Birker irritiert gewesen zu sein; er konnte sich darauf keinen Reim machen, denn

> „auf die Frage, welchen [!] Zweck von den Erschienenen aus der Unterredung heraus beabsichtigt sei, erklärten die Erschienenen, sie möchten jedenfalls ihre Meinung zum Ausdruck bringen und dann bitten, dass zum mindesten die Frau [Putzien] [...] einmal selbst mit der zuständigen Stelle sprechen dürfe".[245]

242 Da die eingeräumten Vorwürfe nicht konkretisiert worden sind, kann nicht entschieden werden, ob damit sämtliche Vorwürfe gemeint waren. Bekanntlich hatte Putzien die Vorwürfe nur zum Teil eingeräumt. Möglicherweise sollte bei Pfarrer Brandt der Eindruck erweckt werden, Putzien habe alles ihm Vorgeworfene zugegeben.

243 *1907 Langensalza, †1969 Schmallenberg-Dorlar. Freundliche Mitteilung LkA EKvW vom 29.10.2015. Zu Birker s. Burkardt, Johannes: [Art.] Birker, Alfred, Emil („Friedel"). In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon XIX (2001), Sp. 52-54 (online-Ausgabe). Über die Freundschaft von Birker und der Familie Putzien berichtete Frau Dorothea Jens in ihrem Gespräch mit dem Vf. am 21.9.2015.

244 KAO A 3706. Aktenvermerk des Landrats (zur Kenntnisnahme an die Gestapo Dortmund am 1.11.1939 weitergereicht).

245 Ebd.

Damit waren beide natürlich an der völlig falschen Adresse, denn zum einen hatte die Gestapo die Hand auf Putzien und nicht der Landrat, und zum anderen (dies wussten Frau Putzien und Birker indes nicht) war gerade der Landrat sehr daran interessiert, Putzien für lange Zeit aus dem Verkehr gezogen zu wissen.[246]

Evers übersandte der Gestapo den umfangreichen Aktenvermerk über die Unterredung und bat gleichzeitig darum, ihm eine Abschrift des Verhörprotokolls (vom 18. Oktober 1939) zu überlassen, was dann auch mit Datum vom 9. November 1939 erfolgte.[247]

Offensichtlich betrachtete die Gestapo nunmehr die Angelegenheit „Putzien" als hinreichend ermittelt und teilte dementsprechend dem Olper Landrat im gleichen Schreiben mit: „Gegen Putzi[e]n wurde beim Reichssicherheitshauptamt Berlin Schutzhaft beantragt."[248] Dies bedeutete nichts anderes, als dass Putzien in absehbarer Zeit auf unbestimmte Dauer in ein Konzentrationslager überstellt werden sollte. Wie ernst sich die Dinge zwischenzeitlich gestalteten, kann man einer kurzen Notiz entnehmen, die Pfarrer Theodor Brandt seinem Grevenbrücker Kollegen am 12. November 1939 sandte:

> „Lieber Bruder Pook, außer Bibel und Gesangbuch gelang mir nichts mehr – auch kein wiss[enschaftliches] Buch, um das er mich bat. [...] Wir müssen viel beten, daß unser Br[uder] die innere Kraft behält und nicht weich oder mürbe wird."[249]

In der Haft hatte Putzien die Möglichkeit, einen sehr beschränkten Postverkehr zu führen. Zwei Briefe Putziens an den zuständigen Superintendenten Arning sind überliefert. Der erste Brief datiert vom Reformationstag 1939.[250] In ihm schreibt Putzien:

> „Morgen bin ich 14 Tage hier. Es ist alles so ganz plötzlich und unerwartet gekommen. Die Verkündigung der Kirche in Predigt und Unterricht stößt doch in unseren Tagen auf ein furchtbares Unverständnis. Die Konf[irmanden]kinder sind zur Zeit vollkommen unfähig, Glaubensdinge der Kirche im Zusammenhang zu hören, geschweige denn in sich aufzunehmen. [...] Ich lese und lerne nun viel die Glaubenslieder unserer Kirche. Was für ein Schatz von Trost ist doch in ihnen enthalten!"

[246] Landrat Evers war sehr daran gelegen, im Ostteil des Kreises Olpe einen „Unruheherd" zu beseitigen und damit Zweifeln an seiner effizienten nationalsozialistischen Verwaltung vorzubeugen.

[247] KAO A 3709. Schreiben der Staatspolizeistelle Dortmund an Landrat vom 9.11.1939 (nebst Verhörprotokoll als Anlage).

[248] Ebd.

[249] ALK Nr. 1. Schreiben von Pastor Brandt an Pastor Pook vom 12.11.1939.

[250] Fotokopie bei der Tochter von Putzien, Frau Dorothea Jens, Lüdenscheid, die dankenswerterweise diese Kopie dem Vf. zugänglich gemacht hat. Original verschollen.

Putzien tröstete sich und ließ sich trösten von einer Zentralaussage des Römerbriefs: „Was mich anbetrifft, so bin ich ruhig und getrost. Ich halte es mit Röm[er] 8,28."[251]

Der zweite Brief datiert vier Wochen später und gewährt einen sehr begrenzten Einblick in Putziens seelische Situation und in den Haftalltag:[252]

„Dortmund, den 28. Nov[ember] [19]39.

Sehr geehrter Herr Superintendent [Arning]!

Herzlichst danke ich Ihnen für Ihre Segenswünsche zu meinem Geburtstage. Auf den Segen von oben bin ich in meiner Lage ganz besonders angewiesen, sonst würden die Anfechtungen über mich Herr werden. Es freut mich zu hören, daß man auch im amtsbrüderlichen Kreise herzlich meiner gedenkt. Ich bitte Sie, bei der nächsten Konferenz den Amtsbrüdern allen meinen Dank und meinen Gruß zu übermitteln, besonders auch Bruder [Johannes] Thomae[253], [Wilhelm] Sichtermann[254] & Pook, die an mich persönlich geschrieben haben und denen ich nicht allen erwidern kann, weil ich nur beschränkte Schreibmöglichkeit habe. Daher kommt es auch, daß ich Ihnen erst heute schreibe und nicht schon vor 8 Tagen, denn nur am Dienstag darf geschrieben werden[,] und zwar in beschränkter Weise an die nächsten Angehörigen. Daß ich auch einen Brief schreiben kann, und nicht auf Postkarte, und daß ich auch an andere schreiben kann, bedeutet schon eine Vergünstigung[,] für die ich gewiß dankbar sein will. – Das Lied 209[255], auf das Sie mich hinwiesen, paßt wirklich gut in meine Lage. Ich habe es sofort meinem Gedächtnis einverleibt. Sie schrieben, daß Sie nach Altenhundem wollten. Hoffentlich haben Sie Ihr Vorhaben inzwischen wahrgemacht. Meine Frau ist sehr auf Trost angewiesen. Das brauche ich nicht näher zu begründen. Dazu kommt, daß meine Frau, wie mir hier in Dortmund eingefallen ist, in den letzten 4½ Jahren 3 Kindern das Leben geschenkt hat, dazu 2 Mal operiert worden ist, so daß sie schon rein körperlich, besonders durch das lange Stillen der Kinder, stark mitgenommen ist. Sie macht sich nun viele Gedanken und Grübeleien, was ja alles vom Satan ist. Hoffentlich nimmt diese Trennung bald ein Ende, so daß ich auch im amtsbrüderlichen Kreise wieder erscheinen kann! Ich schließe mit dem Worte des Psalmisten: ‚Ich will schweigen und meinen Mund nicht auftun, denn du, Herr, hast's getan!'[256]

In herzlicher Dankbarkeit grüßt Sie
Ihr Putzien"

251 Römer 8,28: Wir wissen aber, dass denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen, denen, die nach dem Vorsatz berufen sind.

252 AKLP Nr. C 2,6.

253 *1873 Saalsdorf, †1959 Attendorn; s. Bauks, Pfarrer Nr. 6313.

254 *1899 Dortmund, †1978 Herford; s. Bauks, Pfarrer Nr. 5849.

255 Evangelisches Gesangbuch für Rheinland und Westfalen. Dortmund o.J., Nr. 209: „In dich hab ich gehoffet, Herr"; im derzeitigen Evangelischen Kirchengesangbuch (EG) Nr. 275.

256 Psalm 39,9 (Luther-Übersetzung 1912).

Selbstredend durchliefen alle Postsachen die Zensur der Gestapo. Von daher wäre es müßig, im Brief detaillierte Angaben zur Haft oder gar zu den Haftgründen erwarten zu wollen. Falls Putzien dem Adressaten etwas zur Kenntnis zu geben suchte, musste dies in verschlüsselter Form geschehen, am besten nur zu verstehen mit theologischem Einblick, über den ein Dortmunder Gestapo-Zensor wohl kaum verfügte. [257]

Eine solche Information ist am Briefende dem zitierten Psalmwort zu entnehmen: Putzien zeigt zum einen an, dass er schweigen werde und keinerlei Interna aus dem Umfeld der BK der Gestapo mitzuteilen gedenke. Dies konnte er etwa dadurch glaubwürdig erscheinen lassen, dass er gegebenenfalls darauf hinwies, nicht zum inneren Zirkel der BK um Präses Karl Koch, Ludwig Steil oder Karl Lücking zu gehören. Sein Reden und Aufbegehren gegen die von den DC und vom „Neuheidentum" ausgehenden Angriffe gegen Bibel, Kirche und Bekenntnis legitimiert Putzien damit, dass er nicht sich selbst, sondern Gott als denjenigen benannte, der diese Proteste und den Widerstreit gefügt habe – in geradezu klassischer Analogie zu den Prophetenbeauftragungen des Alten Bundes. Hier dürfte ein theologisch ungebildeter Gestapomann schwerlich die von Putzien bewusst aufgegriffene Doppeldeutigkeit des Psalmwortes entdeckt haben, sondern dieses als den einem Pfarrer gut zu Gesicht stehenden „frommen Spruch" durchgewinkt haben.[258]

Wie häufig und von wem Putzien in der Haft besucht werden konnte, ist nicht genau zu bestimmen.[259] Belegt sind ein Besuch von Pastor Birker, der wohl aufgrund eines Versehens zu dem Gefangenen vorgelassen worden war, und der eines nicht näher bezeichneten Amtsbruders.[260] Ob Frau Putzien ihren Mann aufsuchen konnte, ist nicht bekannt; jedenfalls ist ein Besuch bis zum 22. November 1939 auszuschließen.[261] Allerdings

[257] Die mit den Vernehmungen und Ermittlungen befassten Gestapobeamten waren überwiegend Kriminalassistenten und Kriminalsekretäre. Sie gehörten zum mittleren Dienst und waren polizeifachlich qualifizierte Beamte. Die Vita eines derartigen Beamten ist beschrieben bei Thieme, Hans-Bodo: Leiden und Sterben des polnischen Fremdarbeiters Stanislaus Komakowski. Eine Fallstudie zur Rassenpolitik des Dritten Reiches. In: Wermert, Josef (Hg.): Olpe in Geschichte und Gegenwart (Jahrbuch des Heimatvereins für Olpe und Umgebung 23). Olpe 2015. S. 67-70, S. 77, S. 88-93. Zur Gestapo siehe: Dams, Carsten/Stolle, Michael: Die Gestapo. Herrschaft und Terror im Dritten Reich. München 2008, S. 60-68: „Die Vielfalt der Gestapobeamten".

[258] Weitere Briefe Putziens aus der Haft sind nicht bekannt; so Frau Dorothea Jens, Lüdenscheid, an den Vf. vom 24.11.2015.

[259] Tigges, Jugendjahre S. 102, berichtet, Putzien sei vom Altenhundemer katholischen Pfarrer Kotthoff im Gefängnis besucht worden. Er gibt ohne nähere Nachweise Lehrer Schmale als Gewährsmann dafür an. Die Nachricht erscheint völlig ungesichert.

[260] ALK Nr. 1 sowie LkA EKvW 1 (neu) Nr. 2271. Schreiben des Lüdenscheider Synodalassessors Hans Störmer (s. Bauks, Pfarrer Nr. 6147) vom 1.12.1939 an das Konsistorium z. Hd. Konsistorialrat Philipps (Eingangsvermerk 4.12.1939).

[261] ALK Nr. 1. Schreiben von Pastor Pook an Pastor Theodor Brandt vom 22.11.1939.

hatte sie die Möglichkeit, für ihren Mann Lebensmittel abzugeben, die ihm auch ausgehändigt wurden.[262]

Für seine Familie dürfte es eine Hilfe gewesen sein, dass Putzien das Gehalt während der Haftzeit weiter gezahlt bekam und somit wenigstens größere finanzielle Probleme erspart blieben.[263]

In welcher Weise die Altenhundemer Gemeinde Anteil an Putziens Schicksal genommen hat, ist nicht überliefert. Wir können allerdings mit Bestimmtheit davon ausgehen, dass von den jeweils amtierenden und Putzien vertretenden Geistlichen – allesamt Pfarrer der „Bekennenden Kirche" – mit vorsichtigen Wendungen in den sonntäglichen Gottesdiensten fürbittend Putziens gedacht worden ist.[264] In dieser Zeit der Repression gegenüber dem christlichen Glauben entstand auch eine bemerkenswerte Solidarität zwischen den Altenhundemer Kirchengemeinden, die unter anderem darin ihren Ausdruck fand, „daß für den evangelischen Ortspfarrer, als er eingekerkert war, in der Kapelle des katholischen Krankenhauses gebetet wurde."[265]

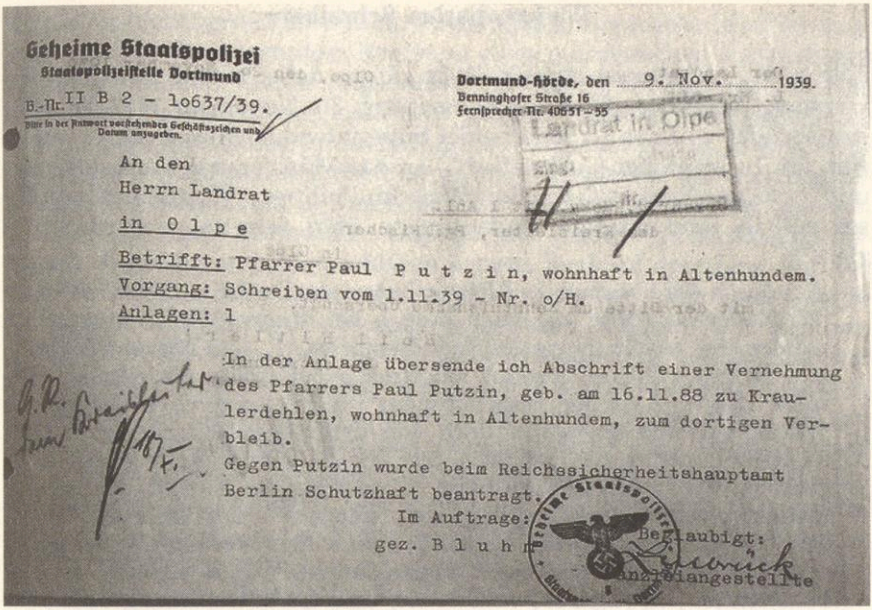
Für die Familie Putzien, die Amtsbrüder des Pfarrers und die Kirchenbehörde in Münster entstand die überaus schwierige Frage, wie Putzien geholfen und er dem Zugriff der Gestapo entwunden werden könne. Wahrscheinlich werden viele informelle Gespräche auf unterschiedliche Weise und auf verborgenen Wegen geführt worden sein, die ihren Niederschlag nicht in schriftlicher Form gefunden haben. Nach Abschluss der staatspolizeilichen Untersuchungen wuchs für Putzien mit jedem zusätzlichen Tag im Gestapogewahrsam die Gefahr, in ein KZ abtransportiert zu werden, aus dem eine baldige Entlassung noch unwahrscheinlicher gewesen wäre als aus dem Dortmunder Gefängnis.

262 Pastor Möllhoff an Vf. vom 30.6.1997.

263 LA Regierung Arnsberg, Wiedergutmachungen Nr. 29595. Antrag Putziens an den Sonderhilfs-Ausschuß für den Kreis Olpe vom 27.2.1947. – Antrags-Formular für frühere Häftlinge der Konzentrationslager.

264 Da die Putzien vertretenden Pfarrer samt und sonders der BK angehörten, war es für sie selbstverständlich, des verhafteten Ortspfarrers fürbittend zu gedenken.

265 Putzien, Gemeindegeschichte S. 36.



Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Dortmund

B.-Nr. II B 2 - 10637/39.

Dortmund-Hörde, den 9. Nov. 1939.
Benninghofer Straße 16
Fernsprecher-Nr. 40651-55

An den
Herrn Landrat
in O l p e

Betrifft: Pfarrer Paul P u t z i n, wohnhaft in Altenhundem.
Vorgang: Schreiben vom 1.11.39 - Nr. o/H.
Anlagen: 1

In der Anlage übersende ich Abschrift einer Vernehmung des Pfarrers Paul Putzin, geb. am 16.11.88 zu Kraulerdehlen, wohnhaft in Altenhundem, zum dortigen Verbleib.
Gegen Putzin wurde beim Reichssicherheitshauptamt Berlin Schutzhaft beantragt.

Im Auftrage:
gez. B l u h m

Geheime Staatspolizei

Beglaubigt:
Angestellte

Abb. 4: Information der Staatspolizeistelle Dortmund an den Landrat in Olpe über die beantragte Verhängung von Schutzhaft gegen Paul Putzien vom 9. November 1936. KAO A 3706. Foto: Hans-Bodo Thieme

Die Gestapo hatte beim Reichssicherheitshauptamt (RSHA) (spätestens) am 9. November 1939 Schutzhaft beantragt und dies auch dem Olper Landrat mitgeteilt. Dieser gab den gesamten Vorgang am 20. November NSDAP-Kreisleiter Fischer zur Kenntnis.[266] Der Landrat erhielt die Unterlagen von der Kreisleitung am 28. November zurück und reichte sie an Amtsbürgermeister Dr. Hucke weiter.[267] Somit war gewährleistet, dass alle infrage kommenden Behörden und Parteidienststellen über die Vernehmung Putziens bei der Gestapo genau informiert waren.

Dass Putzien in den Wochen nach dem 9. November 1939 weiter in Dortmund festgehalten und nicht bereits in ein Lager verbracht wurde, dürfte man den heute nicht mehr völlig aufzuklärenden Verhandlungen, Gesprächen und Interventionen „hinter den Kulissen" zuschreiben können.

[266] KAO A 3706. Übersendungsschreiben des Landrats an Kreisleiter Fischer vom 20.11.1939.

[267] KAO A 3706. Rückgabeschreiben der Kreisleitung vom 25.11.1939. Eingangsvermerk des Landrats am 28.11.1939 mit handschriftlichem Weiterleitungsvermerk des Landrats an Amtsbürgermeister Dr. Hucke.

Ein kryptisches Schreiben

Eine nicht zu unterschätzende Rolle dürfte dabei einem Schreiben zukommen, das Pastor Pook am Donnerstag, 30. November 1939, an seine Amtsbrüder und den Lüdenscheider Superintendenten und dieser wiederum am 1. Dezember („eilbrieflich") an das Münsteraner Konsistorium – und zwar an Oberkonsistorialrat Wilhelm Philipps –[268] gerichtet hat; dieses enthält merkwürdige Andeutungen über Schritte zugunsten Putziens:[269]

> „Da durch ein Versehen [...] Pastor Birker aus Dorlar am letzten Montag [27. November 1939] zu einem Besuch bei Bruder Putzien vorgelassen worden war, waren meine gestrigen Versuche[,] [...] zu Br[uder] P[utzien] zu gelangen, völlig ergebnislos. Auch meine beharrlich wiederholten Hinweise darauf, dass der Besuch Bruder Birkers insofern ein Schlag in's Wasser gewesen sei, als er doch von dem Vermittlungsvorschlag des Kreisleiters nichts gewusst habe, auf dessen Unterbreitung durch einen persönlichen Freund es Frau Pastor es doch bei der Ausnutzung der einmaligen Besuchserlaubnis durch einen Amtsbruder der Nachbarschaft angekommen sei, fruchteten nichts. [...] Über den Vermittlungsvorschlag des Kreisleiters, oder über mein Wissen darüber, war die Gestapo sichtlich konsterniert [...] [Und so] erklärte sie, dass die Entscheidung über Br[uder] P[utzien] einzig und allein bei ihr liege, nicht bei der Partei, nicht beim Kreisleiter. [...] Der einzige Lichtblick ergab sich, als ich auf die große Kinderzahl Putziens hinwies. Darauf wurde mir entgegnet, dass, wenn Br[uder] P[utzien] vielleicht in der nächsten Zeit freigelassen werde, er dies seinem Kinderreichtum zu verdanken habe. In unbestimmter, nicht greifbarer Form wurde in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit einer baldigen Entlassung Br[uder] P[utzien]s gesprochen. Ja, eine mir gegenüber getane Äußerung konnte sogar so verstanden werden, als ob aus diesem Grunde die Versuche, Putziens Entlassung durch eine Versetzung zu erkaufen, unnötig wären. Aber was ist auf solche Anspielungen zu geben?"

Wie ist dieses seltsame Schreiben zu verstehen?

Kreisleiter Fischer hatte, so ist dem Schreiben zu entnehmen, eine Art „Vermittlungsvorschlag" ins Gespräch gebracht, nämlich eine Versetzung Putziens in eine andere Pfarrstelle, denn er war über dessen anstehende Verbringung in ein KZ sehr beunruhigt, weil damit die physische Existenz Putziens infrage gestellt wurde. Fischer wollte den Pfarrer diszipli-

[268] *1891 Bommern, †1982 Witten. Oberkonsistorialrat in Münster 17.7.1939–1.6.1945; s. Bauks, Pfarrer Nr. 4746. Präses Koch hatte im Mai 1939 Philipps als geistlichen Oberkonsistorialrat favorisiert (Hey, Kirchenprovinz S. 194) und bei theologischen Examina mit ihm gut zusammengearbeitet; s. Neuser, Wilhelm: Die Teilnahme der Professoren aus Münster an den kirchlichen Prüfungen – ein Stück westfälischer Kirchenkampf. In: Siegele-Wenschkewitz, Leonore/Nicolaisen, Carsten: Theologische Fakultäten im Nationalsozialismus. Göttingen 1993. S. 344.

[269] ALK Nr. 1 sowie LkA EKvW 1 (neu) Nr. 2271.

niert, aber nicht vernichtet wissen. Putzien sollte für etliche Wochen weggesperrt, nicht hingegen dem Regiment eines mörderischen Arbeitslagers überliefert werden. Ob die angedachte Versetzung ein Ausweg gewesen wäre, steht dahin. Putzien hätte sich in einer anderen Pfarrstelle seine kämpferische Gesinnung und sein forsches Auftreten gewiss nicht abkaufen lassen. Immerhin wäre der Pfarrer aber nicht mehr im Wirkungsbereich Fischers und Evers' gewesen; mochten andere sich mit ihm abgeben.

Dass sich die Dortmunder Gestapo mit diesem „Vermittlungsvorschlag" nicht einverstanden erklären konnte, liegt auf der Hand und hat mehrere Gründe. Zum einen wäre sie dann nicht mehr die verantwortliche Instanz und Herrin des Verfahrens gewesen, sondern hätte sich parteitaktischen Überlegungen gefügt. Erbost musste sie zudem darüber sein, dass die Kenntnis angedachter „Vermittlungsvorschläge" schon in den Reihen der „Bekennenden Kirche" bekanntgeworden war. Zum anderen war seit jeher das Verhältnis zwischen dem Olper Kreisleiter und der Gestapo angespannt, denn Fischer suchte sie aus seinem Zuständigkeitsbereich herauszuhalten, weil sie seinem autokratischen Herrschaftsanspruch im Kreis Olpe im Wege stand.[270] Zudem hätte die Dortmunder Gestapo möglicherweise nur mittelbar auf das Geschehen Einfluss nehmen können, denn die Angelegenheit „Putzien" lag bereits beim Reichssicherheitshauptamt in Berlin, war jedoch noch nicht entschieden worden. Allerdings hätte die Dortmunder Gestapo ihre Schutzhaftbeantragung für Putzien aufgrund einer (behaupteten?) neuen Sachlage noch zurückziehen können.

Auf welche Weise Frau Putzien tätig geworden ist, kann dem Brief nicht mehr genau entnommen werden. Entweder ist sie selbst beim Kreisleiter vorstellig geworden und hat für ihren Mann gebeten, oder sie hat dies „durch einen persönlichen Freund" (wessen? von Frau Putzien? des Kreisleiters?) zuwege gebracht.

Ob der von Pook gebrachte Hinweis auf die hohe Kinderzahl der Familie eine mögliche Bereitschaft der Gestapo, Putzien eventuell zu entlassen, befördert hat, darf füglich bezweifelt werden, zumal die Behörde über den Kinderreichtum hinlänglich informiert war. Indem sie Unverbindliches formulierte, vage Hoffnungen weckte, nebulöse Äußerungen, die zu nichts verpflichteten, in den Raum stellte und potentielle Auswege andeutete, hielt sie für sich selbst alle Möglichkeiten offen. Die Gestapo machte dasjenige, was sie in solchen Verfahren immer zu tun pflegte: Sie zündete „Nebelkerzen".[271] Pook selbst musste sich eingestehen: „Aber was ist auf solche Anspielungen zu geben?" Das Damoklesschwert schwebte weiter über Putziens Haupt.

[270] Siehe dazu: Thieme, Fischer S. 52f.

[271] Dies gehörte zur Praxis und Taktik der Gestapo, die die Angehörigen aus durchsichtigen Gründen beruhigen wollte.

Wie gefährlich und geradezu an einem seidenen Faden hängend die Situation für Putzien tatsächlich war, wird man erst ermessen können, wenn man sich das Schicksal des evangelischen Pfarrers Walter Thiemann[272] aus Gronau vergegenwärtigt. Thiemann hatte am 9. Juli 1939, einem Sonntag, nach einer nationalsozialistischen Beerdigung auf seiner Trompete Choräle intoniert, was die auf dem Friedhof noch anwesenden NS-Funktionäre und SA-Leute als Provokation deuteten; sie sorgten dafür, dass er am nächsten Tag von der Gestapo Münster abgeholt wurde. Am 22. August 1939 wurde ihm ein unter dem 18. August ausgestellter Haftbefehl präsentiert. Thiemann hat dazu später geschrieben:

> „Das giftrote Papier ist gekennzeichnet mit dem Namen Heydrich. Irgendeine Verhandlung [...] fand nicht statt. Am 1. September wurde mir mitgeteilt, daß man mich nach Buchenwald bringen werde".[273]

Am 21. Oktober kam Thiemann im Konzentrationslager an, am 15. Dezember 1939 kam er auf ähnliche Weise frei, wie Putzien freikommen sollte.[274]

Pastor Pook setzte trotz des undurchsichtigen Verhaltens der Gestapo Dr. Putzien mit Schreiben vom 1. Dezember 1939[275] davon in Kenntnis, dass ein möglicher Ausweg aus der verfahrenen Situation darin bestehe, dass Putzien sich mit einer Versetzung einverstanden erkläre, und dieser antwortete ihm am 6. Dezember:

> „Ich teile nun Folgendes mit: Obgleich ich in dem mir unterbreiteten Vorschlag keine rechtmäßige, sondern nur eine zweckmäßige Lösung meines Falles erblicke, so bin ich dennoch bereit, diese Lösung anzunehmen und eine andere Pfarrstelle anzutreten. Sie können in diesem Sinn berichten."[276]

272 *1898 Barmen, †1983 Siegen; s. Bauks, Pfarrer Nr. 6301.

273 Thiemann hat seine Erlebnisse in einer Broschüre geschildert; s. Thiemann, Walter: In meines Herren Hand. Erinnerungen 1934–1939. Sonderdruck aus der Siegerländer kreiskirchlichen Beilage zum Sonntagsblatt „Unsere Kirche". Siegen 1978. S. 20.

274 A.a.O., S. 37f.: „Meine Frau [Hilde] hatte in Köln eine Schulfreundin. Sie war in Hamburg verheiratet. Als sie von meiner Verhaftung erfuhr, schrieb sie Hilde einen Brief und gab ihr den Rat, wenn sie sich dazu in der Lage sehe, sich in einem persönlichen Schreiben an die damalige ‚Reichsfrauenführerin' Frau Scholtz-Klink zu wenden und die unter Darlegung unserer Nöte um ihre Hilfe zu bitten. Wenn sie es tue, wolle ein guter Bekannter aus der Studienzeit Frau Scholtz-Klink besuchen und ihr auch persönlich unser Anliegen vortragen. Hilde schrieb den vorgeschlagenen Brief, und der Bekannte machte seinen Besuch. Bei einem Essen hat dann Frau Scholtz-Klink, wie ich später erfahren habe, Himmler über den Tisch hinüber vorwurfsvoll gefragt, wohin das führen solle, wenn seine Leute so mit den Vätern kinderreicher Familien verführen, und hat ihm von mir erzählt. Er ist darüber sehr betroffen gewesen und hat versprochen, sich um meinen Fall zu bekümmern. Er hat meine Akten angefordert und hat daraufhin meine Entlassung angeordnet."

275 Das Schreiben ist nicht erhalten.

276 Siehe nächste Anmerkung.

Pook bat die Kirchenbehörde, „die Verhandlungen mit der Gestapo in Dortmund und mit dem Kreisleiter in Olpe aufzunehmen, bez[iehungs]w[eise] dieselben zu einem guten Ende fortzuführen."[277] Ob es jemals zu solchen „Verhandlungen" gekommen ist, darf indes bezweifelt werden. Die Gestapo in den Gauen und Regierungsbezirken war niemals ein „Verhandlungspartner". Sie exekutierte, auch in vorauseilendem Gehorsam, was die Zentrale des Unterdrückungssystems, das Reichssicherheitshauptamt in Berlin (RSHA) und dessen Leiter, Reinhard Heydrich, befahlen. Das Schicksal Putziens blieb folglich weiter in der Schwebe.

Wieder in Freiheit

Am Donnerstag, dem 28. Dezember 1939, vormittags 10 Uhr,[278] wurde Paul Putzien ohne jede Vorankündigung aus der Gestapohaft entlassen und konnte zu seiner Familie und seiner Gemeinde nach Altenhundem zurückkehren. Die Freilassung war mit keinerlei Auflagen verbunden, weder mit Redeverbot noch mit Ausweisung noch mit Versetzung in eine andere Pfarrstelle noch mit sonstigen Beschränkungen.[279]

Das dem Entlassungsdatum zeitlich nächste ausführlichere Zeugnis über Putziens Freilassung stammt von diesem selbst; in der „Gemeindegeschichte" führte er dazu aus:

> „Er wäre wohl kaum freigekommen, wenn es nicht gelungen wäre, von Grevenbrück aus durch eine katholische Persönlichkeit, die einen Verwandten im Luftfahrtministerium hatte, mit General Bodenschatz, dem Adjutanten Görings und dadurch mit Göring selbst Verbindung zu bekommen. So wurde der Inhaftierte ganz überraschenderweise am 28.12.1939 durch einen Funkspruch Görings, wie es hieß, plötzlich aus dem Gefängnis entlassen und seinen Familienangehörigen wiedergegeben. Ein im Auftrag Görings aus dem Luftfahrtministerium an die Pfarrfrau geschriebener Brief hat das Eingreifen Görings in diesem Fall bestätigt."[280]

Welche Persönlichkeit hat auf welche Weise das Ende der Gestapohaft bewirkt? Nachforschungen von Pfarrer Richard Möllhoff förderten den Namen desjenigen zutage, auf dessen Tätigwerden hin die Freilassung Putziens erfolgte: Es handelt sich um Aloys Heldmann.

[277] LkA EKvW 1 (neu) 2271. Schreiben von Pastor Pook an das Konsistorium vom 10.12.1939. Darin als Zitat die Textpassage des Schreibens von Putzien. Eingangsvermerk vom 11.12.1939.

[278] LA Bestand Polizeipräsidium Dortmund Nr. 1418 (Haftbuch).

[279] ALK Nr. 1. Mitteilung von Pastor Pook an verschiedene Pfarrer vom 29.12.1939. 1954 erhielt Putzien nach den gesetzlichen Bestimmungen für die erlittene Haft eine Entschädigung von 300 DM; s. LA Regierung Arnsberg, Wiedergutmachungen Nr. 29595. Teilbescheid des Regierungspräsidenten Arnsberg vom 21.10.1954.

[280] Putzien, Gemeindegeschichte S. 25. Der erwähnte Brief ist nicht erhalten.

Aloys Heldmann

Abb. 5: Aloys Heldmann, Foto auf Militär-Beobachter-Schein
Fotograf unbekannt. Privatbesitz Martha Vogt, Grevenbrück

Aloys Heldmann wurde am 2. Dezember 1895 als Sohn des Gärtnereibesitzers Gustav Heldmann in Grevenbrück (Kölner Straße 94) geboren. Seine Herkunftsfamilie war katholisch, in ihr wuchs er auf und blieb zeit seines Lebens dem katholischen Glauben verbunden, selbst in der Hitler-

zeit. Im Ersten Weltkrieg wurde er Leutnant und Führer der Jagdstaffel (Jasta) 10 im Jagdgeschwader Manfred von Richthofens, dessen letzter Geschwader-Kommandeur von Juli bis November 1918 Hermann Göring war. Heldmann hatte als Jagdflieger 15 bestätigte Luftsiege aufzuweisen, wurde hoch dekoriert, erhielt des Eiserne Kreuz II, das Eiserne Kreuz I und am 8. November 1918, drei Tage vor dem Waffenstillstand, das „Kreuz der Ritter des Königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern". Wahrscheinlich hat Göring als Geschwader-Kommandeur Aloys Heldmann zu diesem hohen preußischen Orden vorgeschlagen, der vielfach als Vorstufe des „Pour le Mérite" galt.[281]

Was Heldmann sein gesamtes Leben hindurch bestimmt hat, war die Faszination des Fliegens, das Überwinden der Erdgebundenheit und die Fairness des Kampfes. Wahrscheinlich war dies das Lebensgefühl jener Fliegergeneration, zu der solche Männer gehörten wie von Richthofen, Immelmann, Boelcke, Udet – und eben auch Aloys Heldmann. Dieses Lebensgefühl und die im Ersten Weltkrieg erfahrene Schicksalsgemeinschaft führten unter den überlebenden Fliegern zu einem Zusammengehörigkeitsgefühl und einem Korpsgeist, der lebenslang währte, Krisensituationen überdauerte und in diesem Fall Putzien zur Freiheit verhelfen sollte.

Zum 1. Juli 1933 wurde Heldmann von Göring ins neue Reichsluftfahrtministerium berufen[282] und 1934 zum Hauptmann, 1938 zum Major, 1941 zum Oberstleutnant und 1942 zum Oberst befördert. Vor Kriegsende war er Inspekteur aller Fliegerschulen.[283] Heldmann war von 1933 bis 1945 im Ministerium tätig und hatte Zugang zur Spitze des Hauses. Eine Fotografie[284], wahrscheinlich aus dem Sommer 1938, zeigt ihn im vertrauten Gespräch mit Staatssekretär General Erhard Milch und General Ernst Udet.[285] Befreundet war Heldmann seit der Zeit des Ersten Weltkriegs mit

[281] Orden und Verleihungsurkunde im Besitz der Nichte, Frau Martha Vogt, Grevenbrück.

[282] Viele der überlebenden deutschen Kampfflieger des Ersten Weltkrieges wurden 1933 von Göring in das im Entstehen begriffene Reichsluftfahrtministerium geholt.

[283] Biografische Daten nach: Schneider, Theodor: Luftwaffenoberst Alois Heldmann. In: Jahresheft des Heimat- und Verkehrsvereins Grevenbrück 3 (1984), S. 93-95. Militärverhältnis nach: „Militär-Beobachter-Schein" und Militärpapiere (im Besitz von Frau Vogt, Grevenbrück). Am 20.4.1944 wurde Heldmann mit dem „Deutschen Kreuz in Silber" dekoriert. Nach Mitteilung der „Deutschen Dienststelle (Wehrmacht-Auskunftstelle [WASt])" in Berlin vom 1.12.2015 an Vf. war Heldmann 1940 im Reichsluftfahrtministerium „Chef des Ausbildungswesens – Ausbildungs-Abteilung".

[284] Im Besitz von Frau Vogt, Grevenbrück.

[285] Der Titelheld General Harras in Carl Zuckmayers Theaterstück „Des Teufels General" (1946/1967) hat als Vorbild Ernst Udet. Im Film (1955) verkörperte Curd Jürgens die Rolle Udets.

seinem Fliegerkameraden, dem späteren General Karl Bodenschatz[286], der von April 1938 bis Kriegsende Chef des Ministeramts im Reichsluftfahrtministerium und gleichzeitig Verbindungsoffizier Görings zu Hitler war.[287]

Abb. 6: Staatssekretär General Erhard Milch, Major Aloys Heldmann, General Ernst Udet (von links), um 1938.
Fotograf unbekannt, Repro Hans-Bodo Thieme.
Privatbesitz Martha Vogt, Grevenbrück

Zu Ende des Zweiten Weltkrieges wurde das Reichsluftfahrtministerium von Berlin nach Bad Aibling verlegt. Hier blieben Heldmann und seine Frau bis 1983 wohnen. Im Mai 1983 kehrten beide in sein Elternhaus nach Grevenbrück zurück. Am 26. September 1983 verstarb Aloys Heldmann, zwei Wochen später seine Frau. Zeit seines Lebens hat er den Kontakt zu

[286] Vollhardt, Ulla-Britta: [Art.] Bodenschatz, Karl Heinrich". In: Weiß, Hermann (Hg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich. Frankfurt (Main) 1998. S. 46f.: *1890 Rehau, †1979 Erlangen. Im Ersten Weltkrieg Adjutant Görings im Jagdgeschwader Richthofen. „Duzfreund" von Göring. Von 1938 bis Kriegsende Chef des Ministeramts im Reichsluftfahrtministerium und Verbindungsoffizier Görings zu Hitler. 1941 zum General der Flieger ernannt. 1941 Eintritt in die NSDAP. Ende 1948 als „entlastet" entnazifiziert.

[287] Nachkriegs-Korrespondenz von Bodenschatz an Heldmann im Besitz von Frau Vogt, Grevenbrück.

seiner Herkunftsfamilie gepflegt.[288] Dies ermöglichte seinen Grevenbrücker Verwandten, der Familie Vogt, ihn zu bitten, sich für den von der Gestapo verhafteten Altenhundemer Pfarrer Dr. Putzien zu verwenden.

Die Intervention Aloys Heldmanns zugunsten Paul Putziens

Die Verbindung zur Familie Vogt und damit zu Heldmann kam wohl auf zweierlei Weise zur gleichen Zeit zustande.

Aloys Heldmanns Neffe, Heribert Vogt aus Grevenbrück, Kölner Straße 94, und Putziens ältester Sohn Theodor (beide Knaben Jahrgang 1927) besuchten dieselbe Klasse in der Altenhundemer Rektoratsschule und waren miteinander befreundet.[289] So dürfte Heribert Vogt, damals zwölf Jahre alt, von der Not und Ausweglosigkeit der Familie Putzien, die aus der Verhaftung des Vaters seines Freundes resultierten, unmittelbar erfahren und dies auch im Elternhaus berichtet haben. Da er von der herausgehobenen Stellung seines Onkels („Onkel Alo") in Berlin wusste, liegt die Vermutung nahe, dass er den Wunsch nach dessen Hilfe in die Familie getragen hat.

In zeitlich unmittelbarem Zusammenhang damit muss Pastor Pooks Initiative gesehen werden. Auf Pfarrer Möllhoffs Bitte schilderte dieser 1982 aus seiner Erinnerung die Vorgänge um Putziens Freilassung im November/Dezember 1939:

> „Die Schlüsselfigur in dieser ganzen Sache war [...] der damalige Grevenbrücker Bahnhofsvorsteher Herr Vogt, den ich in diesen Tagen, da er katholisch war, erst kennen lernte. Dieser Herr Vogt entpuppte sich gleich vom ersten Wort an, das ich mit ihm sprach, als ein großartiger Mann. Er bot mir auf der Stelle seine Hilfe an. Das kam so: Herr Vogt war mit dem Besitzer der Grevenbrücker Gärtnerei Heldmann verwandt und wohnte m[eines] W[issens] auch in dessen Hause. Aus dieser Familie Heldmann stammte wiederum der damalige 1. Adjutant [Aloys] Heldmann[290] bei H[ermann] G[öring], der dann den Brief, um den es ging [siehe unten], sicher an H[ermann] G[öring] weitergab. Auch das ist richtig, daß ganz kurz nach der Übergabe des Briefes Bruder Putzien ohne Angaben von Gründen aus der Gestapo-Haft in Dortmund entlassen wurde und wohlbehalten nach Hause kam. Den Brief an H[ermann] G[öring] habe ich verfaßt; er wurde aber abmachungsgemäß von Frau Putzien abgeschrieben

[288] Auskunft seiner Nichte, Frau Vogt, Grevenbrück, vom 24.8.2015.

[289] Die Freundschaft beider erwähnte die Witwe von Heribert Vogt, Frau Martha Vogt, im Gespräch vom 24.8.2015 mit dem Vf. Die Festschrift zur 50-Jahr-Feier des Neusprachlichen Gymnasiums i. E. Altenhundem. 2.–3. Juni 1961. Ohne Ort ohne Jahr [1961]. S. 74, nennt als Absolventen der Oberschule (mit Untersekundareife) für 1943 die Schüler Theodor Putzien und Heribert Vogt.

[290] Welche Funktion Heldmann zu dieser Zeit im Luftfahrtministerium hatte, ist nicht bekannt.

und unterzeichnet.[291] Es war ja wohl klar, daß die gute Frau P[utzien] in ihrer damaligen seelischen Verfassung keinen Brief an den Herrn ‚Reichsmarschall'[292] zustandebringen konnte."[293]

Was den Briefinhalt anbelangt, so konnte Möllhoff angeben, dass sich

> „in der Zeit vor Weihnachten [...] Frau Putzien mit Pastor Konrad Pook [...] in Verbindung gesetzt [habe], um eine Möglichkeit der Haftentlassung zu erkunden. [...] [Beide] meinten, darauf hinweisen zu können, daß Putziens häusliche Anwesenheit als Vater mehrerer unmündiger Kinder [...] dringend erforderlich sei."[294]

Der Grevenbrücker Bahnhofsvorstand Peter Vogt muss indes schon kurz vor seinem Zusammentreffen mit Pook über die Verhaftung Putziens informiert worden sein. In seiner Erklärung vom 30. Juni 1948 in der Wiedergutmachungsangelegenheit Putzien schrieb er:

> „Zu Beginn des Weltkrieges im Jahre 1939 erfuhr ich eines Tages vom [...] [katholischen] Pfarrer a. D. [Franz] Schriek[295] in Grevenbrück, daß Herr Pfarrer Dr. Putzien verhaftet worden sei und in ein Konzentrationslager gebracht werden sollte. Herr [...] Pfarrer Schriek bat mich, einen Brief, in welchem um die Freilassung des Herrn Pfarrers Dr. Putzien gebeten wurde, an meinen Schwager, den damaligen Oberst Heldmann[296] in Berlin weiterzuleiten, welcher gute Beziehungen zu dem damaligen Adjutanten Hermann Görings, General Bodenschatz in Berlin[,] unterhielt. – Ich bat meinen Schwager in einem persönlichen Schreiben[,] doch mit allen Mitteln zu bewirken [zu] versuchen, dass Herr Pfarrer Dr. Putzien wieder auf freien Fuß käme. – Mein Schwager hat meine Bitte erfüllt und Sorge getragen, daß Herr Pfarrer Dr. Putzien schnell wieder freigelassen wurde."[297]

Gesichert ist letztlich Folgendes: Pastor Pook beziehungsweise Frau Putzien hat einen Bittbrief über Heldmann an Göring gerichtet, der zur baldigen Freilassung Putziens geführt hat, Peter Vogt hat diesen Brief offenbar mit einem Begleitschreiben versehen.

Bei allen Überlegungen, die schließlich zur Freilassung Putziens geführt haben, muss als Schlüsselfigur General Karl Bodenschatz angenommen werden, denn der Weg zu Göring führte nur über ihn, da er der Chef des Ministeramtes im Luftfahrtministerium war. Dass überhaupt eine Verbindung zu Göring überlegt wurde, war an sich schon ein kühnes Unterfangen, denn Göring war zu dieser Zeit in keiner Weise mehr

291 Der Brief ist nicht erhalten.
292 Göring wurde erst nach dem Westfeldzug 1940 zum Reichsmarschall ernannt. Mosley, Leonard: Göring. (Aus dem Englischen). Bergisch Gladbach 1977. S. 299.
293 ALK Nr. 1. Schreiben von Pastor Pook an Pfarrer Möllhoff vom 1.11.1982.
294 Pfarrer Möllhoff an den Vf. vom 30.6.1997. Das Ehepaar Putzien hatte fünf Kinder.
295 *1867 Unna, †1946 Grevenbrück; katholischer Pfarrer in Grevenbrück 1909–1934. Freundliche Auskunft des Stadtarchivars von Lennestadt, Jürgen Kalitzki, vom 7.12.2015.
296 Heldmann war 1939 noch Major.
297 LA Regierung Arnsberg, Wiedergutmachungen Nr. 29595.

dienstlich mit Angelegenheiten der Gestapo befasst. Als preußischer Ministerpräsident hatte er zwar 1933 die Gestapo gegründet, doch wurde 1936 Heinrich Himmler, Reichsführer SS, Chef der gesamten deutschen Polizei, mithin also auch der Gestapo, die später mit der Kriminalpolizei vereinigt wurde. Oberbehörde war seit September 1939 das Reichssicherheitshauptamt mit Reinhard Heydrich an der Spitze.[298]

Heldmann hat wohl das Schreiben von Frau Putzien dem mit ihm befreundeten Bodenschatz gegeben, verbunden mit der Bitte, es Hermann Göring zu übermitteln und diesen um eine entsprechende Intervention zu ersuchen, – oder Heldmann ist sogar persönlich bei seinem ehemaligen Geschwader-Kommandeur vorstellig geworden. Dagegen spricht die Überlegung, dass Göring von Geistlichen und Kirche wenig hielt[299] und sich ihretwegen keinen Ärger einhandeln wollte, wenn seine Fürsprache ruchbar würde. Hier hätten vor allem Probleme mit Himmler im Raum gestanden. Argumente für eine entsprechende Verwendung Görings zugunsten Putziens wären darin zu suchen, dass Göring gelegentlich mitmenschliche Regungen erkennen ließ, einem Fliegerkameraden seines Geschwaders einen Gefallen schuldig war oder – nach den Worten von Pook – „seinen ‚Freunden' von der SS und der Gestapo gern einen ‚auswischen' würde, wo er nur eben konnte, wenn nur er dabei nichts riskierte."[300] Dr. Putzien sah jedenfalls Göring als denjenigen, dem er seine Freilassung zu verdanken hatte: „Göring selbst ist es gewesen, der [...] über die Gestapo hinweg meine Freilassung anordnete."[301]

Möglich erscheint allerdings auch, dass Heldmann Bodenschatz das Bittschreiben übergeben und dieser daraufhin eine entsprechende Freilassungsanordnung formuliert und sie Hermann Göring zur Unterschrift „untergeschoben" hat. Da Göring unzählige Befehle, Anordnungen, Anweisungen, Beförderungen, Versetzungen, Gesuche, Genehmigungen usw. zur Unterzeichnung vorgelegt wurden, war es für einen Chef des Ministeramts, der die Usancen seines Ministers kannte, nicht unmöglich,

[298] Weiß, Hermann: [Art.] Heydrich, Reinhard. In: Weiß, Hermann (Hg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich. Frankfurt (Main) 1998. S. 204.

[299] In der Luftwaffe existierten keine Planstellen für Militärgeistliche. „Göring war der Militärseelsorge nicht günstig gestimmt"; so May, Georg: Interkonfessionalismus in der deutschen Militärseelsorge von 1933 bis 1945. Amsterdam 1978. S. 79f. Göring veranlasste die Schutzhaft (mit Todesfolge) für einen katholischen Geistlichen, weil dieser ihn ignoriert hatte (http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/Z/Seiten/JosefKasparZilliken.aspx; Aufruf 9.1.2016). Rundschreiben Görings an die Staatspolizeistellen vom 29.1.1934, kirchliche „Gruppen ausgesprochen reaktionärer Einstellung" (das heißt die BK) besonders zu beobachten; so Scholder, Klaus: Die evangelische Kirche in der Sicht der nationalsozialistischen Führung. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), Heft 1, S. 21.

[300] ALK Nr. 1. Schreiben von Pastor Pook an Pfarrer Möllhoff vom 1.11.1982.

[301] LA Regierung Arnsberg Wiedergutmachungen Nr. 29595. Putzien an den Kreissonderhilfsausschuß bei der Kreisverwaltung Olpe vom 1.8.1949.

zu einer derartigen Unterschrift zu gelangen und dann alles weitere selbst zu veranlassen.

Oder aber Bodenschatz, von Heldmann mit der Materie vertraut gemacht und um Hilfe gebeten, hat schlichtweg im (behaupteten) Namen Görings die entsprechenden Schritte in die Wege geleitet und die Gestapo Dortmund zur Freilassung Putziens veranlasst.

Welche der drei Möglichkeiten die größere historische Wahrscheinlichkeit für sich beanspruchen kann, ist nicht zu entscheiden. Die internen Zusammenhänge mussten seinerzeit im Dunkel bleiben, ansonsten wäre der Erfolg gefährdet gewesen.

Versetzt man sich in die Lage des Dortmunder Staatspolizeiamtes, so wird, wenn von einem hohen Berliner Ministerium namens des „zweiten Mannes" im „Dritten Reich" eine Freilassung angeordnet wurde, kein Gestapomann in der Provinz auf die Idee gekommen sein, die Zweck- und die Rechtmäßigkeit eines solchen Schrittes nur im entferntesten in Zweifel zu ziehen oder nachprüfen lassen zu wollen, zumal vom RSHA noch keine Entscheidung ergangen war.

Heldmann hat im Kreis seiner Familie ein einziges Mal seine Intervention zugunsten Putziens thematisiert und dabei nur verlauten lassen, er habe einmal einem Geistlichen – ohne den Namen und die Konfession zu nennen – aus großer Not helfen können.[302]

Kriegszeit und erste Nachkriegsjahre

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges und insbesondere nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 flachten die Auseinandersetzungen im Kirchenkampf ab. Die Nationalsozialisten hatten sich vorgenommen, nach dem „Endsieg" mit den Kirchen und kirchlichen Gruppen „abzurechnen", und vertagten demzufolge schwere Auseinandersetzungen. In der Altenhundemer Gemeinde sind jedenfalls keine Pressionen seitens des Staates oder der Partei nachweisbar, sieht man von den dem Kriegsgeschehen geschuldeten Restriktionen und der Abschaffung des schulischen Religionsunterrichts in der Volksschule einmal ab, der notgedrungen von der Kirchengemeinde in eigenen Räumen fortgeführt wurde.[303] Für alle Schüler von der 1. Klasse an wurde der Unterricht eingerichtet, nur vier Kinder kamen nicht, „so daß etwa 98% erfaßt sind." Den Unterricht erteilten Putzien und die Gemeindeschwester.[304]

302 Frau Martha Vogt im Gespräch mit dem Vf. am 24.8.2015.
303 AKLP Nr. C 4,26. Schreiben von Putzien an Superintendent Arning vom 7.2.1941.
304 AKLP Nr. C 4,26. Schreiben von Putzien an Superintendent Arning vom 30.6.1941.

„Schon 1936 wurde ein Vorkatechumenat für die 11jährigen mit einer Wochenstunde, 1939 und 1940 ein Gesamtjugendkatechumenat, das die 6-18-jährigen umfaßte, eingerichtet".[305]

Allerdings erreichte die vierwöchentliche Christenlehre der Jugendlichen bis 18 Jahre nur eine kleine Zahl der Jungen und Mädchen.[306] Dies alles waren mühevolle Bestrebungen, ein Gegengewicht gegen die NS-Indoktrinierung der Jugend zumindest ansatzweise zu schaffen.[307]

Über das unvermittelte Wiedererscheinen Putziens nach seiner Inhaftierung werden die örtlichen Staatsvertreter und Parteifunktionäre sehr erstaunt gewesen sein, zumal über ihn keinerlei Sanktionen verhängt worden waren. Sie hatten ihn wohl schon in einem Konzentrationslager gewähnt. Da er aber anscheinend außerordentlich einflussreiche Fürsprecher besaß, dürften ihn die lokalen Machthaber nicht mehr behelligt haben.

Für Putzien selbst ergab sich nach seiner Haftentlassung indes das Problem, wie mit der anstehenden Konfirmation zu verfahren sei, denn auch bei denjenigen Jungen, die belastende Aussagen zu Protokoll gegeben hatten, stand im März 1940 die Konfirmation an. Anfangs soll sich Putzien überhaupt geweigert haben, den gesamten Jahrgang zu konfirmieren, eine Entscheidung, die sich bis zu Präses Koch herumgesprochen hatte und auf dessen Unverständnis gestoßen war.[308] Schließlich hat Putzien dann doch die Konfirmation am 17. März durchgeführt – und auch diejenigen wurden eingesegnet, die vor der Polizei ausgesagt hatten.[309] Für den Konfirmanden Gerhard J. hatte Putzien einen seltsamen, aber höchst charakteristischen Bibelspruch ausgewählt: „Kinder, hütet euch vor den Abgöttern!"[310]

Die Kriegssituation stellte an Putzien neue Aufgaben. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr sah er sich als Pfarrer gefordert. Er musste Familien begleiten, deren Söhne im Felde standen, und hatte des Sonntags die Gefallenen abzukündigen. Dieser schmerzlichen Pflicht entledigte er sich nicht unter Verwendung der damals wohlfeilen Formel, der Betreffende sei „für Führer, Volk und Vaterland" gefallen, sondern er gab lediglich den „Soldatentod" bekannt.[311] Für die Angehörigen der in frem-

[305] Putzien, Gemeindegeschichte S. 24.
[306] AKLP Nr. C 1,27. Bericht Putziens an die Kreissynode, ohne Datum, wohl Ende 1945.
[307] An der Altenhundemer Rektoratsschule erteilte Putzien von 1933 bis 1950 durchgängig den wöchentlich zweistündigen Religionsunterricht für die evangelischen Schüler.
[308] AKLP Nr. C 2,6. Schreiben von Präses D. Koch an Arning vom 7.3.1940.
[309] ALK , Konfirmandenverzeichnis 1940. Eintragungen von der Hand Putziens.
[310] 1. Johannes 5,21. ALK, Angabe im Konfirmandenverzeichnis 1940.
[311] ALK Nr. 1. Angabe wahrscheinlich von Pastor Pook in einem undatierten Manuskript für ein Referat.

der Erde bestatteten Soldaten aus der Gemeinde wurde eine kirchliche Gedenkfeier mit Heiligem Abendmahl angeboten.[312]

Putzien dürfte seltsam berührt gewesen sein, als er auch den Tod von dreien seiner ehemaligen Konfirmanden mitteilen musste, die ihn 1939 durch ihre Aussagen bei der Polizei in so große Schwierigkeiten gebracht hatten: Erwin B., Robert P. und Gerhard J.[313] Die letzte Nachricht von J. datierte von Ende Januar 1945 aus Posen,[314] P. kam zwischen dem 16. und 18. April 1945 in Hornow (Niederlausitz),[315] B. am 12. April 1945 bei Hellisö (Norwegen) ums Leben.[316]

Von Pfingsten 1940 an hatte Putzien nicht nur seine eigene Gemeinde pfarramtlich zu versorgen, sondern bekam auch noch Grevenbrück und Umgebung zugewiesen, da der dortige Pfarrverweser Reinhard Goudefroy[317] zur Wehrmacht einberufen wurde. Der Bezirk, den Putzien nun zu betreuen hatte, war außerordentlich groß, und die meisten Wege musste er mit dem Fahrrad zurücklegen. Die von ihm geforderte und auch geleistete Arbeit sollte letztlich seine Kräfte übersteigen.

Wie im Zweiten Weltkrieg selbst die „Bekennende Kirche" bemüht war – und dies wohl aus nationaler Überzeugung und nicht (nur) aus kirchenpolitischer Berechnung –, sich in den Kriegsverlauf an der Front und in der Heimat einzubeziehen, zeigt die „Kanzelabkündigung beim Eintritt in das dritte Kriegsjahr" der „Geistliche[n] Leitung der Kirchenprovinz Westfalen. Präses D. Koch" vom 10. September 1941. In ihr heißt es:

> „Bei dem Rückblick auf 2 Jahre Krieg denken wir in erster Linie an unsere Wehrmacht und damit auch an die Glieder unserer Gemeinden, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft ihr Leben für uns einsetzten und einsetzen. Was wir in der Heimat zu danken haben, lässt sich mit wenigen Worten nicht sagen. Unsere Truppen haben [...] Übermenschliches geleistet. Wir danken dem allmächtigen Gott, der die Weltgeschicke in seiner Hand hält, dass er ihren Waffen den Sieg schenkte und dass er ihre Herzen willig und stark machte zu solchen Anstrengungen und Opfern".[318]

Dass Putzien diese Abkündigung verlesen hat, ist nicht nachzuweisen, dennoch aber wahrscheinlich, denn er hat angegeben, alle BK-Verlautbarungen bekanntgegeben zu haben. Allerdings – dies ist bei all den frag-

312 ALK, Angaben im Bestattungsverzeichnis.
313 ALK, Nachträglicher Vermerk (gef[allen]) im Konfirmandenverzeichnis 1940.
314 Freundliche Auskunft von Frau Monika Pieper-Clever, Meggen, an den Vf. vom 9.11.2015. Vom Amtsgericht Grevenbrück am 1.8.1974 für tot erklärt mit Datum 31.12.1945.
315 Standesamt Lennestadt, Sterberegister Meggen 60/1951.
316 Standesamt Lennestadt, Sterberegister Meggen 57/1950.
317 *1904 Liegnitz, †2002 Remscheid. Pfarrverweser Grevenbrück 1940, Kriegsdienst 1940–1945, Pfarrer Grevenbrück 1947–1959; s. Bauks, Pfarrer Nr. 2035a. Sterbedaten: Freundliche Mitteilung durch LkA EKiR vom 10.11.2015.
318 ALK Nr. 196.

würdigen Tönen bemerkenswert – ist in dieser Abkündigung kein einziges Mal vom „Führer" oder von „Adolf Hitler" die Rede.

Der Beginn des Jahres 1943 brachte eine für Putzien einschneidende Veränderung. Bereits 1940 war bei ihm durch eine Reihenuntersuchung eine inaktive Lungentuberkulose festgestellt worden,[319] die sich allerdings bis 1943 deutlich verschlimmerte und in diesem Jahr einen Sanatoriumsaufenthalt von April bis September erforderlich machte. Die Tuberkulose war jedoch noch nicht ansteckender Natur.[320]

Die Amtsbrüder der Nachbarschaft mussten Putzien daher fast ein halbes Jahr lang vertreten, ein mühsames Unterfangen angesichts der Fülle der Aufgaben und der schwierigen Verkehrsverhältnisse. Erschwerend trat hinzu, dass seit 1943 in zunehmendem Maße strukturelle Veränderungen die traditionelle Kirchengemeinde betrafen: Viele Menschen aus luftgefährdeten Gebieten, Ausgebombte, Flüchtlinge, Evakuierte und Vertriebene aus dem Osten suchten in ländlichen Regionen Schutz, viele auch eine Bleibe, und so kam es, dass ein starker Zustrom nach Altenhundem und in alle umliegenden Ortschaften zu verzeichnen war. Pfarrer Putzien berichtete:

> „Die Kirchengemeinde [...] umfaßte bis zum Ausbruch des Krieges etwa 1600 Gemeindeglieder. Seitdem ist die Gemeinde, jedenfalls vorübergehend, stark gewachsen, besonders durch die Evakuierungen, so daß ihre Zahl etwa 4000 beträgt."[321]

Als gutes Beispiel dafür mag „der Bezirk Oedingen dienen, der bis zum Jahre 1945 nur einen evangelischen Knecht [als Protestanten aufzuweisen] hatte, dann aber sehr stark mit Ostvertriebenen belegt wurde, sodass in diesem Bezirk etwa 300 Ostflüchtlinge [...] evangelischen Bekenntnisses untergebracht wurden."[322]

Man spürt den Worten Putziens die Erschütterung ab, wenn er am Schluss seines am Jahresende 1945 für die Kreissynode verfassten Berichtes über die Gemeinde schreibt:

> „Der Krieg ist auch über das Sauerland dahingerast und hat in unserer Kirchengemeinde verhältnismäßig große Spuren zurückgelassen. Fast die Hälfte des Ortes Altenhundem ist zerstört, vor allen Dingen durch Bombentreffer. Schon am 2. Oktober des vergangenen Jahres fielen die ersten Bomben. Mit dem 22. Februar und dem 5. März dieses Jahres häuften sich aber die Angriffe, die wegen des großen Verkehrs- und Verschiebebahn-

[319] LA Regierung Arnsberg, Wiedergutmachungen Nr. 29595. Ablehnender Rentenbescheid der Landesrentenbehörde NRW an Erben Dr. Putzien vom 7.12.1962.

[320] AKLP Nr. C 2,6. Bescheinigung des Staatlichen Gesundheitsamtes Olpe vom 23.2.1943.

[321] AKLP Nr. C 1,27. Bericht Putziens an die Kreissynode Lüdenscheid, ohne Datum, wohl Ende 1945.

[322] Putzien, Gemeindegeschichte S. 35.

hofes sich bis zum 10. April, an welchem die Amerikaner einzogen, bis zu 4 Mal am Tage häuften. Meggen hat weniger gelitten."[323]

Die Kriegs- und Nachkriegswirren führten zu einer numerischen Vergrößerung der Gemeinde. Allein die dadurch bedingte Zunahme an Kasualien bedeutete eine beträchtliche Belastung für Putzien. Gab es 23 Taufen im Jahr 1939, so waren es 1945 bereits 59. An kirchlichen Bestattungen sind für 1939 acht, aber 85 für 1945 gemeldet,[324] wobei diese hohe Zahl auf Tieffliegerbeschuss und auf Bombenangriffe zurückzuführen ist, denen Altenhundem als Eisenbahnknotenpunkt ausgesetzt war. Auf vielen katholischen Friedhöfen der Umgebung – so in Bilstein, Kirchveischede, Oedingen, Cobbenrode, Albaum, Heinsberg, Langenei, Oberhundem und Silberg – wurden Evangelische durch Putzien bestattet. Kurz nach Kriegsende starb in Saalhausen die Witwe des Medizinnobelpreisträgers Robert Koch, Hedwig geb. Freiberg (*1873), die aus dem bombenzerstörten Berlin ins Sauerland gekommen war. Sie wurde von Putzien auf dem Dorffriedhof von Saalhausen beerdigt.[325] Auch die Zahl der Kommunikanten stieg in der Zeit des Zusammenbruchs an. Nahmen 338 Gemeindeglieder am Abendmahl im Jahr 1938 teil, so 568 im Jahr 1946.[326]

Nach dem Ende des „Dritten Reichs" veränderte sich das kirchliche Leben in Altenhundem beträchtlich. Putzien notierte:

„Eine Reihe von längst toten Gemeindegliedern sind in den letzten 12 Jahren hier aus der Kirche ausgetreten. Sie kehren jetzt allmählich zurück, indem sie wenigstens ihre Kinder taufen lassen."[327]

Da die Gemeinde durch Flüchtlinge und Evakuierte stark angewachsen war und auch die Krisensituation der Katastrophe des Jahres 1945 manchen zur Kirche zurückgeführt hatte, wurden bis 1949 sonntäglich nunmehr zwei Gottesdienste gefeiert, ein etwas verkürzter Frühgottesdienst um 8 Uhr und ein Hauptgottesdienst um 9.30 Uhr. Doch als sich die Lebensverhältnisse wieder zu normalisieren begannen, blieb davon auch die Kirche nicht ausgenommen:

„Während [...] im Jahre 1945 zur Himmelfahrt der Früh- und Hauptgottesdienst fast bis auf den letzten Platz die Kirche gefüllt hatte, war das in den kommenden Jahren schon anders."[328]

Über den religiösen und sittlichen Zustand seiner Gemeinde in Konsequenz der weltanschaulichen Veränderungen durch das „Dritte Reich" äußerte sich Putzien recht pessimistisch: Er beklagte,

323 AKLP Nr. C 1,27. Bericht Putziens an die Kreissynode Lüdenscheid, ohne Datum, wohl Ende 1945.
324 ALK Nr. 189. Statistische Übersicht für die Jahre 1938–1946.
325 Angaben (soweit nicht anders vermerkt) nach Putzien, Gemeindegeschichte S. 26ff.
326 ALK Nr. 189. Statistische Übersicht für die Jahre 1938–1946.
327 AKLP Nr. C 1,27. Bericht Putziens an die Kreissynode Lüdenscheid, ohne Datum, wohl Ende 1945.
328 Putzien, Gemeindegeschichte S. 29.

„daß die Kinder und die Jugend, soweit sie nicht im Krieg den Ernst des Lebens kennen gelernt hat, die Haltung des 3. Reiches hat. Von Ehrerbietung gegenüber dem Alter, die doch eine Grundbedingung jeder rechten, in Gott und Gottes Gebot gegründeten Autorität ist, ist wenig zu spüren."[329]

Aus diesen Worten ist natürlich Putziens Enttäuschung darüber ablesbar, dass es Konfirmanden waren, die ihn bei der Polizei belastet hatten, und dass – und hier stand er mit seiner Erfahrung nicht allein – die Erziehung im Nationalsozialismus und die Kriegserlebnisse zu einer allgemeinen Verderbtheit der Sitten in der nun gar nicht mehr homogenen Gesellschaft geführt hatten. Putzien ist offensichtlich (auch aufgrund seines persönlichen Schicksals und seiner recht dogmatisch-lutherischen Haltung) zum Kulturpessimisten geworden:

„Bei vielen Jungen und Älteren herrscht Indifferentismus gegenüber der Kirche und ihrem einzigartigen Auftrag. Es wird langer innerer und innerster Missionierung bedürfen, um diesen Zustand zu beheben, der ja auch seit Jahrzehnten durch die in der evangelischen Kirche herrschende liberale Haltung großgeworden ist."[330]

Die Unterbringung von evangelischen Flüchtlingen und Evakuierten in vielen Ortschaften des Altenhundemer Gebiets in Sammelunterkünften, also Baracken und Notquartieren, hatte zur Folge, dass für deren geistliche und seelische Betreuung auch die Kirchengemeinde Altenhundem-Meggen Verantwortung übernehmen musste. So wurden Gottesdienste in den Außenstationen Wirme, Hofolpe, Würdinghausen, Heinsberg, Langenei, Saalhausen, Lenne, Oedingen und Maumke angeboten, zumeist alle zwei Wochen.[331] Anfangs mussten die Entfernungen durch den Pfarrer zu Fuß oder per Fahrrad bewältigt werden, seit 1947 stand für die Sonntage ein Gemeindeglied mit einem PKW zur Verfügung, „sodaß nun wenigstens für den Sonntag die weiten Wege nach den Außenstationen mit dem Auto zurückgelegt werden konnten."[332]

Da aufgrund seines erheblich verschlechterten Gesundheitszustandes, also der fortschreitenden Tuberkulose,[333] der erhöhte Arbeitsanfall von Putzien allein nicht mehr bewältigt werden konnte, kam von August 1946 bis zum Jahresende 1947 Vikar Harry Körner[334] nach Altenhundem, und

[329] AKLP Nr. C 1,27. Bericht Putziens an die Kreissynode Lüdenscheid, ohne Datum, wohl Ende 1945.
[330] Ebd.
[331] Putzien, Gemeindegeschichte S. 32f.
[332] A.a.O., S. 29.
[333] AKLP Nr. C 2,6. Schreiben von Putzien an Superintendent Köllner vom 10.2.1947.
[334] *1910 Leipzig, †2002 Arnsberg. 1949 Heirat mit Elsa Mann und Rückkehr in die sächsische Landeskirche. Bis 1961 Pfarrer der sächsischen evangelisch-lutherischen Landeskirche, dann Übertritt in die evangelisch-lutherische Freikirche und Dienst in Mühlhausen (Thüringen). 1975 Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland; so laut freundlicher Mitteilung LkA Sa aus Bestand 2, Nr. 3701.

vom 1. Juli 1948 an der aus den Ostgebieten vertriebene Pfarrer Hans-Friedrich Albert.[335]

Ende 1949 wurde Paul Putzien im Altenhundemer St. Josefs-Hospital untersucht und erhielt die durch Röntgenaufnahmen manifestierte Diagnose, dass bei ihm eine „linksseitige komplette Pleuraschwarte [und eine] doppelseitige produktiv-cirrhotische Lungentuberkulose" vorliege.[336] Das Landeskirchenamt, dem dieser Befund zur Kenntnis gebracht werden musste, veranlasste seinerseits eine medizinische Begutachtung, die es dem Lüdenscheider Superintendenten Walter Köllner[337] mitteilte und in der als Ergebnis zu lesen stand, „dass P[astor] Putzien der Arbeit in Altenhundem nicht mehr gewachsen sei".[338] Einer Pensionierung wollte die Kirchenbehörde indes noch nicht nähertreten. Stattdessen schlug das Landeskirchenamt vor, Putzien in Lüdenscheid als Krankenhausseelsorger und Religionslehrer am Gymnasium einzusetzen, ein Dienst, der, wie die Behörde an Putzien schrieb, „einmal Ihren Kräften angemessen ist und zum anderen Ihren besonderen Gaben entspricht."[339]

Putzien erklärte sich damit einverstanden, allerdings „unter der Bedingung [...], daß nach Ablauf der Probezeit von einem viertel Jahr mir gegebenenfalls die Rückkehr in die alte Gemeinde gestattet wird."[340] Er blieb so, obwohl mit einem auswärtigen Beschäftigungsauftrag versehen, der Inhaber der Altenhundemer Pfarrstelle. Am 8. Mai 1950 übernahm er seinen neuen Aufgabenbereich in Lüdenscheid und zog vorerst alleine dorthin; seine Familie blieb im Altenhundemer Pfarrhaus wohnen.

Putziens Predigt auf der Kreissynode 1951 in Altenhundem

Am 9. Mai 1951 tagte die Lüdenscheider Kreissynode in Altenhundem, und Putzien hielt die Synodalpredigt[341], obwohl er bereits in Lüdenscheid tätig war. Dass Putzien in gewisser Weise mit dieser Predigt seine theologische Position umreißen und auch eine Bilanz seiner Tätigkeit in Altenhundem ziehen wollte, dürfte einigermaßen wahrscheinlich sein, denn er

335 Putzien, Gemeindegeschichte S. 33. – *1884 Neapel (Italien), †1976 Detmold. Freundliche Mitteilung LkA EKvW vom 4.12.2015.
336 AKLP Nr. C 2,6. Befund vom 16.11.1949 (beglaubigte Abschrift vom 20.2.1950).
337 *1899 Steppach (Baden), †1981 Bielefeld. Superintendent des Kirchenkreises Lüdenscheid 1948–1964; s. Bauks, Pfarrer Nr. 3363.
338 AKLP Nr. 1,3. Schreiben des Landeskirchenamtes der EKvW an Superintendent Köllner vom 17.4.1950.
339 AKLP Nr. 1,3. Schreiben von Superintendent Köllner an Putzien vom 26.4.1950.
340 AKLP Nr. 1,3. Schreiben von Putzien an Superintendent Köllner vom 29.4.1950.
341 Kopie der Predigt im Besitz des Vfs., vgl. Anm. 8. Hervorhebungen im Original.

wusste sehr genau, dass, selbst wenn er noch einmal nach dorthin zurückkehren sollte, es nur für eine sehr begrenzte Zeit sein würde.[342]

In seiner Predigt schlug Putzien einen großen Bogen von seinem theologischen Anspruch hin zur kirchlichen Wirklichkeit und schloss mit einer etwas verhaltenen Hoffnungszusage unter Bezugnahme auf das Pfingstgeschehen.

Das Thema, mit dem sich die Kreissynode beschäftigte, lautete „Die Konfirmation und der kirchliche Unterricht". Von daher erscheint es verständlich, dass Putzien als Predigttext den Missionsbefehl aus dem Matthäusevangelium (Matthäus 28,16-20[343]) wählte.

Entsprechend diesem Predigttext gliederte Putzien seine recht lang geratene Predigt in drei Teile:

> „Wir hören 1. von der Gabe, 2. von der Aufgabe; diese Aufgabe gliedert sich ihrerseits wieder in zwei besondere Aufgaben, und zwar a) den missionierenden Unterricht, b) den gemeindlichen Unterricht."

Als *„Gabe"* sieht Putzien das „Wort", das heißt das „Wort Gottes" im Sinne der Selbstkundgabe Gottes, wobei – und hier treffen wir auf den Sprachwissenschaftler Putzien – „aller kirchliche Unterricht […] ein ‚Richten unter', das heißt ein ‚Richten unter das Wort', auch der letzte Sinn des Gottesdienstes und aller kirchlichen Handlungen ist." Nur wenn Gottesdienst und Kirchlicher Unterricht aufeinander bezogen geschähen, könne die Einzigartigkeit der Botschaft zum Leuchten gebracht werden, die darin bestehe, dass ER, der Auferstandene, der Herr ist, dem alle Gewalt bis zum Ende aller Tage gegeben ist. „An diesem Totalitätsanspruch des erhöhten Herrn" – hier sehen wir die Barmer Theologische Erklärung kräftig durchscheinen – „werden alle Totalitätsansprüche irdischer Herren und Gewalthaber zunichte. Er hat *alle* Gewalt im Himmel *und auf Erden*."

Von dieser *„Gabe"* ausgehend erkennt Putzien die *„Aufgabe"* eines *„missionierenden Unterrichts"*, in dem die Botschaft in katechetischer Form den Kindern vermittelt wird. Doch genau an diesem Punkt kann er sich aufkommender massiver Zweifel nicht erwehren, die wohl auch autobiographische Züge aufweisen: „Wieviel kann da [bei der katechetischen Unterweisung] verdorben werden! Auch schon *äußerlich*! Ich meine, was

[342] Der Krankheitsverlauf und die amtliche Feststellung, dass Putzien der Arbeit nicht mehr gewachsen sei, legen diese Schlussfolgerung nahe.

[343] Matthäus 28,16-20: „Aber die elf Jünger gingen nach Galiläa auf einen Berg, dahin Jesus sie beschieden hatte. Und da sie ihn sahen, fielen sie vor ihm nieder; etliche aber zweifelten. Und Jesus trat zu ihnen, redete mit ihnen und sprach: Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden. Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes, und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe. Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende."

die Art des Unterrichtens angeht." Und Putzien thematisiert eine Unart, von der er selbst nicht freizusprechen ist:

> „Kommt es nicht [...] auch bei Konfirmationsprüfungen vor, daß alle Fragen und Antworten vorher bis ins Einzelne mechanisch eingehämmert waren und daß dann bei der Prüfung wie in einer Schaustellung mechanisch auf bestimmte eingetrichterte Fragen auch bestimmt eingetrichterte Antworten kommen."

Putzien war mit seiner Diagnose ehrlich und hielt sich und seinen Amtsbrüdern einen Spiegel vor. Er sprach sogar vom „Leerlauf[.] unserer Konfirmationspraxis" und äußerte „die Befürchtung, daß wir, wenn wir an einer Stelle in der Konfirmationspraxis etwas abbauen, das ganze Gebäude unseres volkskirchlichen Unterrichts zum Einsturz bringen."

Wie dem allen zu begegnen sei, wusste er allerdings nicht so recht. Er empfahl, einer seit langem schon bestehenden, geradezu erosionsartig sich ereignenden „Abwertung der Worte, auch und gerade der christlichen", entgegenzuwirken:

> „Glaube, glauben, geloben, bekennen, Taufe, ewig, Ewigkeit und viele andere christliche Worte sind ihrer Inhalte entleert, sind wie abgegriffene Münzen".

Wie allerdings diese Worte wieder gefüllt und bedeutsam gemacht werden könnten, dazu wusste Putzien auch kein didaktisch-methodisches Konzept zu nennen. Allenfalls durch „Lehre", durch *„gemeindlichen Unterricht"*, durch Vorkatechumenat, Nachkonfirmandenjahr, nachbarschaftliche Bibelkreise und durch das, „was schon in der Reformationszeit genannt wurde, das ‚gegenseitige Gespräch und die Tröstung der Brüder'", sah er dazu eine Chance. Putzien versprach sich einiges durch eine Erteilung von Unterricht in den Inhalten der beiden Katechismen Luthers oder der „Institutio" Calvins, jedoch blieb er eine Antwort schuldig, wie verhindert werden könne, dass wieder aufs Neue „abgegriffene Münzen" entstehen.

Putzien wusste um die mannigfachen Defizite, Vorläufigkeiten, faulen Kompromisse und überkommenen Strukturen in der Kirche, kannte sehr genau die Wirklichkeit und kontrastierte sie mit dem Anspruch des Evangeliums. Von daher kann es nicht verwundern, dass er letztlich seine Predigt in thematischer Hinsicht mit lauter Fragen beendete:

> „Eine Bilanz der Kirche in den letzten sechs Jahren seit dem Zusammenbruch, wie müßte sie [...] heute [...] lauten? [...] Aber hat die Kirche seit 1945 nicht eine große Chance verpaßt? War ihr nicht damals ‚eine offene Tür' [...] gegeben wie nie zuvor? Strömten nicht in den beiden ersten Jahren nach dem Zusammenbruch die Leute in die Kirche? Und was ist daraus geworden?"

Was die irdische Gestalt des vorfindlichen Kirchenwesens anbelangte, so durchzog Putziens theologische Gedankenwelt eine ziemliche Skepsis. Er traute der Volkskirche nicht mehr viel zu, sah verpasste Gelegenheiten

und Möglichkeiten. Allerdings konnte er keine Alternative benennen. Er hätte aus seinen dogmengeschichtlichen Seminaren indes wissen müssen, dass auf jede „reformatio" theologisch und soziologisch Orthodoxie und entsprechend formale orthodoxe Strukturen folgen. Letztlich wusste Putzien dies auch – und so lauteten seine allerletzten Worte am Ende der Predigt doch recht tröstlich:

> „Laßt uns nicht müde werden, zu bitten mit dem alten Pfingstlied: ‚Veni Creator Spiritus!' Komm Schöpfer Geist!"

Veränderungen in den Jahren 1950 bis 1955

Von 1950 bis 1952 hatte Putzien einen Beschäftigungsauftrag in Lüdenscheid. Er war zum einen mit Krankenhausseelsorge, zum anderen mit Religionsunterricht am Zeppelin-Gymnasium beauftragt, beides Aufgabenfelder, die ihm nicht fremd waren, da er von Haus aus Philologe und nach seinem Theologiestudium mehrere Jahre Krankenhauspfarrer war. Offensichtlich waren aber die Belastungen in diesen Tätigkeitsfeldern so groß, dass die Landeskirche ihm eine andere Aufgabe zuwies. Sehr zu seinem Missfallen wurde ihm nun als Nächstes die Betreuung zweier Gemeindebezirke in Schwerte übertragen. Dem Presbyterium seiner Altenhundemer Gemeinde teilte er mit:

> „Ich gebe das hiermit [...] zur Kenntnisnahme und überlasse es ihm, dazu Stellung zu nehmen. Was mich persönlich anbetrifft, so kann ich nur sagen, daß ich seiner Zeit den Ruf nach Lüdenscheid unter ganz anderen Voraussetzungen angenommen habe und daß ich, wenn ich diese Entwicklung der Dinge vorausgesehen hätte, niemals nach Lüdenscheid gegangen wäre."[344]

Putzien hegte immer noch den Wunsch, in seine Pfarrstelle nach Altenhundem zurückzukehren, und erwartete unausgesprochen vom Presbyterium, es möge Schritte zur Wiederherstellung des vorigen Zustandes einleiten. Die Zuweisung von Beschäftigungsaufträgen zuerst nach Lüdenscheid, sodann nach Schwerte und schließlich nach Hüllhorst (Kirchenkreis Lübbecke) und Meschede empfand er je länger je mehr als unzumutbar.

In der Zeit der Verschlechterung seiner Gesundheit muss sich Paul Putzien in Wesen und Habitus geändert haben. Er war intelligent genug zu wissen, dass ihm nur noch eine begrenzte Frist gegeben war, und diese Frist versuchte er dadurch zu nutzen, dass er sich zunehmend der Wis-

[344] ALK Nr. 29. Schreiben Putziens vom 20.1.1952.

senschaft verschrieb: Er verfasste die schon früher erwähnte „Gemeindegeschichte" und eine theologischen Dissertation.[345]

Die Altenhundemer Kirchengemeinde, der Lüdenscheider Superintendent und auch die Landeskirche unternahmen zahlreiche Versuche, Putzien zum Verzicht auf seine Altenhundemer Pfarrstelle zu bewegen, doch Putzien wollte nichts davon wissen.[346] Es waren wohl vor allem psychologische, aber auch finanzielle Gründe, die ihn noch nicht an eine Pensionierung denken ließen.

Solange Pastor Albert den Pfarrdienst in Altenhundem versah, brauchte die Angelegenheit keiner Klärung zugeführt zu werden. Und selbst, als dieser zum 1. Mai 1954 pensioniert worden war, suchte die Kirchenleitung, die Sache dilatorisch zu behandeln und die Vakanz dadurch zu überbrücken, dass sie Richard Möllhoff nach Studium und Vikariat als Hilfsprediger (für längstens ein Jahr) nach Altenhundem beorderte. Das Landeskirchenamt wollte auf Zeit spielen. Superintendent Köllner verwies jedoch darauf, dass Möllhoff, der Ostern 1955 sein Hilfsdienstjahr beenden und die Wahlfähigkeit in eine Pfarrstelle erlangen werde, keinesfalls in Altenhundem verbleiben wolle, wenn die Pfarrstellenfrage nicht geregelt werden könne.[347] Einer Pensionierung verweigerte sich Putzien weiterhin mit der schon bekannten Begründung, dass er in ihr eine „Bestrafung" erblicke, er sich für einen ganzen Pfarrdienst stark genug fühle und im Blick auf die Ausbildung seiner Kinder auf sein volles Gehalt angewiesen sei.

Es dauerte noch ein knappes halbes Jahr, bis die Kirchenleitung abschließend handelte. Im Oktober 1955 entschied sie, Putzien zum 31. Januar 1956 in den Ruhestand zu versetzen, insgesamt eine für Putzien höchst komfortable Lösung, denn so wurde er nur zehn Monate vor der regulären Emeritierung in Pension geschickt.[348] Offensichtlich hatte sich Putzien mit dieser Regelung einverstanden erklärt, und so schied er dann doch noch ohne Gram und Groll aus dem Dienst, zumal seine Gesundheit ein Ausscheiden unumgänglich gemacht hatte.

[345] Beide Schriften sind maschinenschriftlich gefertigt und tragen den bibliographischen Vermerk: Meschede 1955 (nach Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen [HBZ] NRW-Verbundkatalog).

[346] AKLP Nr. 1,3. Schreiben Landeskirchenamt EKvW (Oberkirchenrat Niemann) an Superintendent Köllner vom 15.10.1955.

[347] AKLP Nr. 1,3. Antrag Superintendent Köllner an Präses Wilm auf Pensionierung von Pfr. Dr. Putzien vom 14.5.1955.

[348] AKLP Nr. 1,3. Mitteilung Landeskirchenamt EKvW an Superintendent Köllner vom 15.10.1955.

Dr. Putziens letzte Monate

In medizinischer Hinsicht hatte sich Putziens Tuberkuloseerkrankung bis 1950 nicht verschlimmert. Sie befand sich immer noch in einem inaktiven Stadium. Putzien war zu der Auffassung gelangt, seine Krankheit hänge ursächlich mit seinem ausgesprochen unkomfortablen und auch psychisch sehr belastenden Gefängnisaufenthalt zusammen, zumal der erste Nachweis der Tuberkulose erst Ende 1940 erfolgt war. Aufgrund dieser Erkrankung beantragte er 1953 die Anerkennung eines gesundheitlichen Schadens, hob aber ausdrücklich hervor, dass er

> „keine Ansprüche auf finanzielle Wiedergutmachung erheben werde, selbst wenn eine etwaige ärztliche Untersuchung feststellen sollte, daß meine Gesundheit durch die Gefängnishaft gelitten haben sollte".[349]

Das Gesundheitsamt des Landkreises Meschede erstellte daraufhin ein ausführliches Gutachten, in dem ein kausaler Zusammenhang zwischen der Haft und der Erkrankung als unwahrscheinlich bezeichnet wurde:

> „Die Tuberkulose hat vielmehr ihren schicksalsmäßigen, in Schüben verlaufenden, auf inneren Ursachen beruhenden Verlauf genommen."[350]

Der nächste Krankheitsschub erfolgte 1955: Es wurden Tuberkelbazillen im Sputum festgestellt. Trotz einer Heilstättenbehandlung schritt die Krankheit fort.[351]

Dr. Paul Putzien ist nach seiner Pensionierung keine lange Frist mehr beschieden gewesen. Als er im Februar 1956 zu Semesterende aus Münster – er wohnte dort zeitweise studienhalber – nach Lüdenscheid zurückkam, war er sehr entkräftet und verfallen. Seine theologische Doktorarbeit, an der er sieben Jahre gearbeitet hatte, vermochte er noch abzuschließen. Sie trägt den Titel „Das Zeitverständnis bei Johannes auf Grund des Evangeliums, der drei Johannesbriefe und der Offenbarung des Johannes".[352] Die Arbeit war bei Professor Dr. Friedrich Karl Schumann[353], systematischer Theologe in Münster, angefertigt und von diesem auch angenommen worden.

Es verwundert, dass sich Putzien als Doktorvater Professor Schumann gesucht hat, denn dieser war alles andere als ein markanter Vertreter der „Bekennenden Kirche" im „Dritten Reich" gewesen, er hatte eine vermit-

[349] LA Regierung Arnsberg, Wiedergutmachungen Nr. 29595. Schreiben vom 21.6.1953 an das Amt für Wiedergutmachung Meschede.

[350] LA Regierung Arnsberg, Wiedergutmachungen Nr. 29595. Schreiben des Gesundheitsamts Meschede an Amt für Wiedergutmachung Meschede vom 17.7.1953.

[351] LA Regierung Arnsberg, Wiedergutmachungen Nr. 29595. Ablehnender Rentenbescheid der Landesrentenbehörde NRW an Erben Dr. Putzien vom 7.12.1962.

[352] Maschinenschriftlich vervielfältigt. Meschede [ohne Verlag] 1955 ; 208 S. Von der Dissertation sind zwei Exemplare nachweisbar – in der Universitätsbibliothek Erlangen und im Evangelisch-Theologischen Seminar der Universität Münster.

[353] *1886 Meßkirch, †1960 Münster. Angaben nach: Die Religion in Geschichte und Gegenwart (RGG). 3. Auflage. Registerband. Tübingen 1965. Sp. 224f.

telnde Position zwischen BK und DC eingenommen. Von der kämpferischen Überzeugung der „Dahlemiten" ist er jedenfalls weit entfernt gewesen.[354]

Am 17. März 1956 wurde Putzien mit einer Lungenentzündung ins Krankenhaus eingeliefert, am 24. März ist er bei einem Hustenanfall unerwartet verstorben, vier Tage später wurde er in Lüdenscheid zu Grabe getragen. Die mündliche Doktorprüfung, das Rigorosum, hat er nicht mehr ablegen können. Seine Frau hat ihn um 32 Jahre überlebt.[355]

„Seid klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben" (Matthäus 10,16)

Auf Bitten des Verfassers hat Pastor Möllhoff Mitte der 1990er Jahre Gemeindeglieder nach ihren Erinnerungen an Pfarrer Putzien befragt – die seinerzeitige Gemeindeschwester Elsa Mann und zwei Kindergottesdiensthelferinnen aus den Jahren des „Dritten Reiches", die von 1946/1947 an als Katechetinnen in einigen Dorfschulen den evangelischen Unterricht erteilt hatten. Das Ergebnis der Befragungen war (sehr zum Erstaunen von Möllhoff) insgesamt dürftig. Die Eindrücke, die wiedergegeben wurden, lauteten:

> „Persönlich sehr bescheiden", „treu in der Gemeindearbeit" (Gottesdienst und Hausbesuche), „von Anfang an Pastor der Bekennenden Kirche", „Verlesung der Abkündigungen der Bekennenden Kirche", „großes Interesse an liturgischen Fragen", „Einführung in das Leben mit dem Kirchenjahr, tägliche Bibellese nach dem Kirchenjahr, Wochenlieder, Epiphaniasgottesdienste, Erwerb von Antependien", „wir haben theologisch viel von ihm gelernt" usw.[356]

Zu bedenken ist, dass die Befragten ihre Erinnerungen mehr als vier Jahrzehnte nach dem Weggang Putziens aus Altenhundem formuliert haben und schon aus diesem Grund konkrete Dinge aus der damaligen Zeit dem Gesichtsfeld entschwunden waren. Zumindest ist zu konstatieren, dass Putzien mit seiner Persönlichkeit, seiner Frömmigkeit und auch seiner allgemeinen und theologischen Bildung beeindruckend gewesen sein muss, zumal die Altenhundemer Kirchengemeinde eine Gemeinde der „kleinen Leute" war, das heißt, kaum Akademiker oder Angehörige des

[354] 1933 war er zeitweilig Mitglied der Deutschen Christen und Berater des Reichsbischofs Ludwig Müller. 1919 bis 1933 DNVP, Aufnahme in die NSDAP am 1. Mai 1933; zur vita Schumanns siehe: http://www.catalogus-professorum-halensis.de/schumannfk.html; zu seiner Theologie siehe Lessing, Eckhard: Geschichte der deutschsprachigen evangelischen Theologie. Band 2: 1918–1945. Göttingen 2004. S. 71-77.

[355] Mitteilung von Frau Dorothea Jens, Lüdenscheid, Tochter von Putzien.

[356] Möllhoff an Vf. vom 4.5.1997.

Bildungsbürgertums aufzuweisen hatte; vielmehr dominierten hier Arbeiter, Reichsbahnpersonal, Postbedienstete, Schlosser und ähnliche Berufe. Von daher ist zu überlegen, ob diese Bevölkerungskreise willens und in der Lage waren, Putziens eindeutige, geradezu kompromisslose BK-Orientierung zu verstehen, nachzuvollziehen und mitzutragen. Die theologischen Diffizilitäten und kirchlichen Ausdifferenzierungen werden kaum ihr Interesse gefunden haben. Vieles dürfte unter der Rubrik „Pastorengezänk" verbucht worden sein.

Die volkskirchlich geprägte Gemeinde, die aufgrund der Diasporalage keinerlei Kontinuitäten religiöser oder milieuspezifischer Art aufzuweisen hatte und die einer beträchtlichen Fluktuation unterworfen war, brauchte eine „geistliche Grundversorgung" mit „hausbackenem Brot", mit Taufen, Konfirmationen, kirchlichen Bestattungen, ansprechenden Weihnachtsgottesdiensten und mit all dem, was üblicherweise und seit Generationen traditionelles kirchliches Leben bedeutete. Von daher ist zu verstehen, dass sich die Gemeinde nicht auf einen radikalen „BK-Kurs" einschwören ließ, sondern freundlich abwartend die Aktivitäten von Putzien zur Kenntnis nahm. Die Gemeindeglieder schrieben sich zwar in die BK-Listen ein, weil es vom Pfarrer so gewollt war, vermieden aber eine intensivere Hinwendung zur „Bekennenden Kirche". Insofern war Putzien tatsächlich ein Einzelkämpfer ohne weitreichende Resonanz.

Innerhalb der Gemeinde bildeten die „Gemeinschaftschristen" mit ihrer pietistischen Ausprägung eine eigene Gruppierung, die dem vorgeblich christlichen Kurs des „Dritten Reiches" anfangs recht aufgeschlossen gegenüberstand. Als jedoch die Propagierung des „Neuheidentums" um sich griff, die Kirchenfeindlichkeit des Systems nicht mehr geleugnet werden konnte und als Pfarrer reihenweise mit Verfolgung überzogen wurden, dürfte Putzien zweifellos die Gemeinde weithin hinter sich gewusst haben, und die innergemeindliche Differenzierung dürfte nebensächlich geworden sein.

Es stellt sich die Frage, was Putzien mit seiner konsequenten Verortung im Lager der BK erreichen wollte und erreicht hat. Anders gefragt: Was hat es genützt, dass er fortwährend die Löwen in der Danielschen Löwengrube am Schwanz gezogen hat?

In theologischer Hinsicht ist sich Putzien absolut treu geblieben, ist jeglichem, auch nur scheinbaren Kompromiss aus dem Wege gegangen und hat aus seiner absoluten Bindung an die lutherische Rechtfertigungslehre und die Barmer Theologische Erklärung vom Mai 1934 sein je aktuelles Handeln und Verhalten mit einer Konsequenz sondergleichen abgeleitet.

Putziens Methoden waren allerdings höchst problematischer Natur. Das Läuten der Totenglocke zu Niemöllers Verhaftung hat keinerlei Ergebnisse gezeitigt mit Ausnahme der Gefährdung seiner eigenen Person und mittelbar auch derjenigen seiner Familie. Putzien kann nicht derart

blind gewesen sein, dass er sich über den totalitären und von Verfolgungswahn getriebenen Nationalsozialismus Illusionen gemacht hätte. Glaubenstreue und Prinzipienfestigkeit wird man Putzien unbedingt zu bescheinigen haben, an politischer Klugheit und Diplomatie mangelte es ihm ungemein. Ohne Falsch wie eine Taube war er gewiss, ob er klug wie eine Schlange war, steht sehr in Frage.

Anders verhielt sich hingegen sein Olper Amtsbruder Paul Koch. Auch er schloss sich der BK an, ging faulen Kompromissen mit den Machthabern aus dem Weg, vermied aber jede offene Konfrontation. Er wollte mit seiner Gemeinde „überwintern". Vermutlich wird das je unterschiedliche Naturell der beiden Geistlichen aber auch eine bedeutsame Rolle gespielt haben: Koch war Ireniker, Putzien ein Kämpfer, ein Mann der Tat und einer, der – bildlich gesprochen – jeden Morgen die Fahne der „Bekennenden Kirche" zum Kirchturm hinaushängte.

Dass Dr. Putzien die Zeit des „Dritten Reiches" überlebt hat, ist, menschlich gesprochen, der klugen Intervention von Aloys Heldmann zu danken. Wäre Putzien an einem politischen Brennpunkt Westfalens Pfarrer gewesen, also etwa in Dortmund, Münster oder Bochum, und nicht im abgelegenen Sauerland – Staat und Partei wären früher und nachhaltig auf ihn aufmerksam geworden und hätten ihn mit Sicherheit zur Verantwortung und aus dem Verkehr gezogen. An einem solchen Ort, inmitten einer selbstbewussten und wachen Gemeinde und unterstützt von einem dem NS-System gegenüber widerständigen Presbyterium, hätten seine „zeichenhaften" Handlungen wesentlich größere Resonanz gehabt als in einer kleinen, einflusslosen Kirchengemeinde im tiefen Sauerland.

Ob und wie Putziens Amtstätigkeit in der Gemeinde in den Jahren nach seiner Amtszeit weitergewirkt hat, entzieht sich näherer Kenntnis und kann nicht einmal gemutmaßt werden. Noch heute ist indes in der Gemeinde bekannt, dass er von der Gestapo verhaftet worden ist und auf seltsame Weise seine Freiheit wiedergewonnen hat – dies zumindest könnte die Generationen nach ihm zur Nachfrage veranlassen.